



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

3

Voranschlag

Zusatzerläuterungen
und Statistik

2012

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.200.12d

INHALTSÜBERSICHT

Band 1 Bericht zum Voranschlag

Kommentar zum Voranschlag

Voranschlag

Kennzahlen des Bundes

Entwurf zum Bundesbeschluss über den Voranschlag für das Jahr 2012

Band 2A Voranschlag der Verwaltungseinheiten - Zahlen

Voranschlagskredite und Ertragspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Band 2B Voranschlag der Verwaltungseinheiten - Begründungen

Voranschlagskredite und Ertragspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Zusätzliche Informationen zu den Krediten

Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik

Zusatzerläuterungen

Statistik

Band 4 Sonderrechnungen

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte

Infrastrukturfonds

Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Eidgenössische Alkoholverwaltung

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Voranschlagskrediten und Ertrags- bzw. Einnahmenpositionen ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

Band 3 geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein, stellt Sensitivitätsanalysen für unterschiedliche Konjunkturszenarien dar und erläutert Querschnittsfunktionen (Personal, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie sowie die FLAG-Steuerung). Der Statistikeil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

Band 4 enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1-3) geführt werden.

Zusatzerläuterungen und Statistik

Seite

Zusatzerläuterungen	5
1 Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen	7
11 Direkte Bundessteuer	8
12 Verrechnungssteuer	10
13 Stempelabgaben	13
14 Mehrwertsteuer	15
15 Mineralölsteuer	16
16 Schwerkverkehrsabgabe	17
17 Prognose der nichtfiskalischen Einnahmen	18
2 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	21
21 Soziale Wohlfahrt	23
22 Finanzen und Steuern	25
23 Verkehr	27
24 Landesverteidigung	29
25 Bildung und Forschung	30
26 Landwirtschaft und Ernährung	31
27 Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	32
28 Übrige Aufgabengebiete	33
3 Haushaltsrisiken / Alternativszenarien	35
31 Haushaltsrisiken	35
32 Alternativszenarien	38
4 Querschnittsfunktionen	39
41 Personal	39
42 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT	41
43 Bundestresorerie	44
44 Beratungsaufwand	45
5 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	47
6 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	49
7 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	51
Statistik	53
A Übersicht	57
B Finanzierungsrechnung	61
B1 Einnahmen nach Kontengruppen	61
B2 Ausgaben nach Kontengruppen	64
B3 Ausgaben nach Aufgabengebieten	70
B4 Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	78
C Erfolgsrechnung	83

ZUSATZERLÄUTERUNGEN

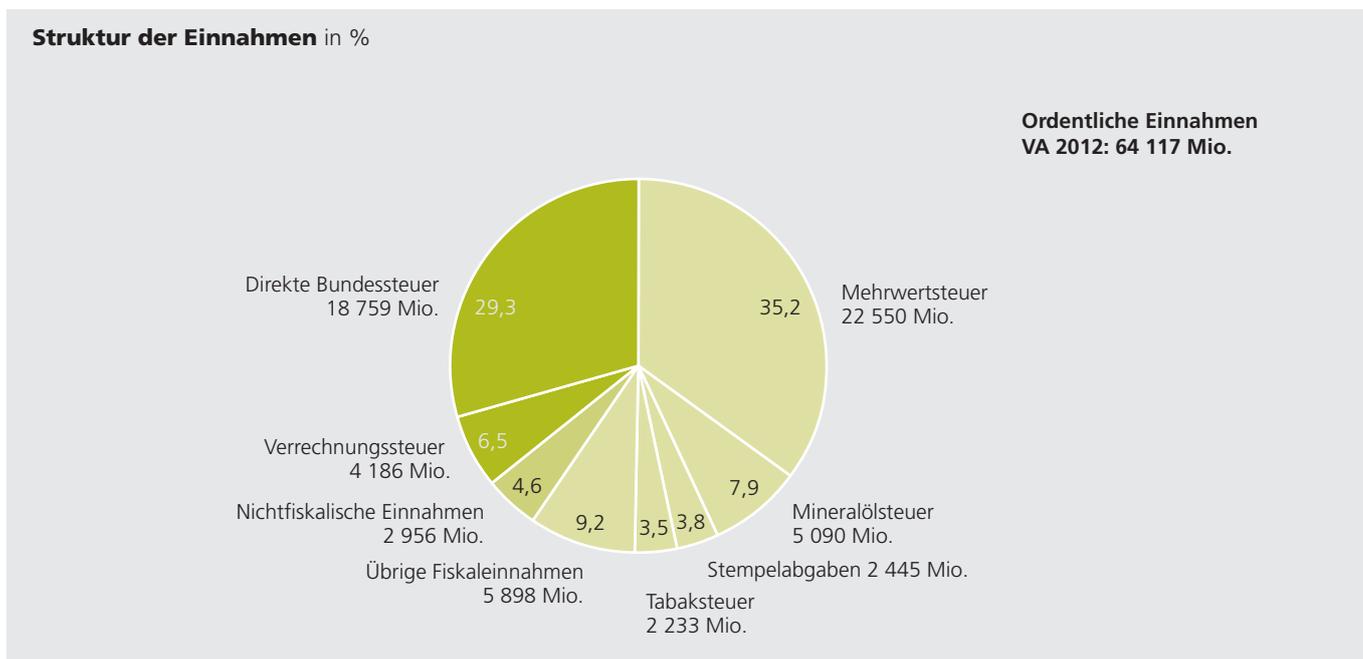


Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2011	
	2010	2011	2012	absolut	%
Ordentliche Einnahmen	62 833	62 423	64 117	1 694	2,7
Fiskaleinnahmen	58 157	57 268	59 914	2 646	4,6
Direkte Bundessteuer	17 886	17 547	18 759	1 212	6,9
Verrechnungssteuer	4 723	3 707	4 186	479	12,9
Stempelabgaben	2 855	2 750	2 445	-305	-11,1
Mehrwertsteuer	20 672	21 450	22 550	1 100	5,1
Übrige Verbrauchssteuern	7 602	7 448	7 435	-13	-0,2
Mineralölsteuer	5 134	5 105	5 090	-15	-0,3
Tabaksteuer	2 356	2 235	2 233	-2	-0,1
Biersteuer	112	108	112	4	3,7
Verkehrsabgaben	2 210	2 150	2 323	173	8,0
Automobilsteuer	373	360	370	10	2,8
Nationalstrassenabgabe	347	340	353	13	3,8
Schwerverkehrsabgabe	1 490	1 450	1 600	150	10,3
Zölle	1 079	1 020	1 060	40	3,9
Spielbankenabgabe	381	405	395	-10	-2,5
Lenkungsabgaben	748	791	761	-30	-3,8
Übrige Fiskaleinnahmen	0	-	-	-	-
Regalien und Konzessionen	1 391	1 335	924	-411	-30,8
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	243	264	275	11	4,0
Gewinnausschüttung SNB	833	833	333	-500	-60,0
Zunahme des Münzumschlags	74	42	87	46	110,0
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	209	168	196	28	16,6
Übrige Regalien und Konzessionen	32	28	33	5	17,6
Finanzeinnahmen	1 233	1 597	1 337	-260	-16,3
Zinseinnahmen	360	793	496	-298	-37,5
Beteiligungseinnahmen	790	800	840	40	5,0
Übrige Finanzeinnahmen	83	3	1	-2	-64,5
Übrige laufende Einnahmen	1 720	1 597	1 691	93	5,9
Entgelte	1 272	1 192	1 247	55	4,6
Wehrpflichtersatzabgabe	155	160	170	10	6,3
Gebühren	217	224	244	20	9,0
Rückerstattungen	108	109	116	8	6,9
EU Zinsbesteuerung	120	135	135	0	0,0
Übrige Entgelte	672	564	581	17	3,0
Verschiedene Einnahmen	447	405	443	39	9,6
Investitionseinnahmen	333	627	252	-375	-59,8

Die Grafik auf der nächsten Seite zeigt die Struktur der für 2012 budgetierten Einnahmen. Die Mehrwertsteuer (MWST) bleibt mit etwas über einem Drittel an den Gesamteinnahmen die wichtigste Einnahmenquelle des Bundes. Ihr Anteil erreicht mit der vollen Wirkung der 2011 erfolgten proportionalen Erhöhung der MWST zugunsten der Invalidenversicherung den höchsten Anteil seit 7 Jahren. Doch auch die direkte Bundessteuer erreicht – trotz bedeutender reformbedingter Einnahmefälle von

1,1 Milliarden – einen hohen Anteil von gegen 30 Prozent. Damit nimmt die Bedeutung der beiden wichtigsten Einnahmenquellen des Bundes erneut zu und erreicht kumuliert knapp 65 Prozent.

Im Folgenden wird die Entwicklung ausgewählter Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen detailliert kommentiert.



11 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Direkte Bundessteuer	17 886	17 547	18 759	1 212	6,9
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	28,5	28,1	29,3		
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	8 088	7 414	9 272	1 858	25,1
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 980	10 268	9 667	-601	-5,9
Pauschale Steueranrechnung	-182	-135	-180	-45	-33,3

Die direkte Bundessteuer wird auf dem *Einkommen natürlicher Personen* sowie auf dem *Reingewinn juristischer Personen* erhoben. Bei der Schätzung der Einnahmen der natürlichen Personen werden die Einkommen der Haushalte als Grundlage verwendet, bei den juristischen Personen die geschätzten steuerbaren Unternehmensgewinne. In beiden Fällen muss auch die zeitliche Verzögerung berücksichtigt werden, die sich aus dem Veranlagungs- und Bezugsverfahren ergibt.

Das Voranschlagsjahr 2012 ist das «Hauptfälligkeitsjahr» der Steuerperiode 2011: Auf dem im Jahr 2011 erwirtschafteten Einkommen oder Gewinn werden die Steuern im Jahr 2012 fällig.

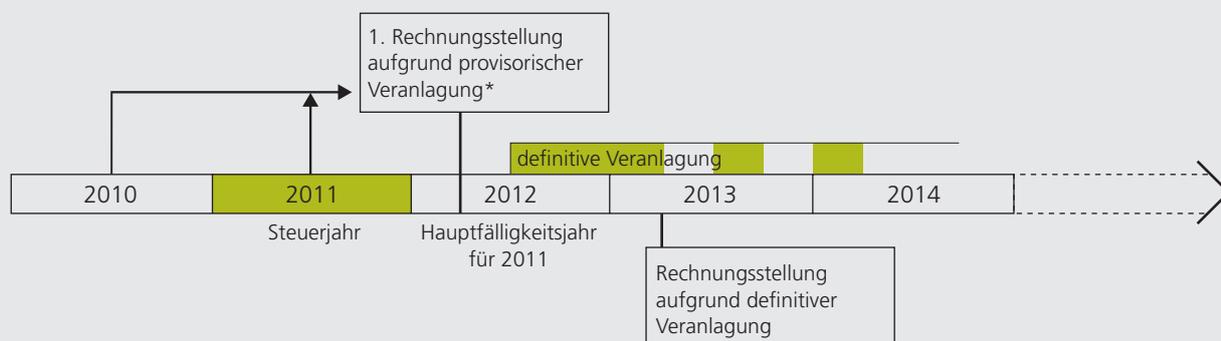
Im Frühjahr 2012 wird grundsätzlich die Steuerschuld für die abgelaufene Steuerperiode 2011 erstmals in Rechnung gestellt. Diese Rechnung beruht jedoch noch auf einer provisorischen Veranlagung, in der Regel gestützt auf die Steuererklärung des Vorjahres (vgl. Schema). Die Steuerpflichtigen können aber der Steuerbehörde Änderungen in ihrer Einkommenssituation frühzeitig melden, damit dies bei der provisorischen Veranlagung berücksichtigt wird. Das Veranlagungs- und Bezugsverfahren führt zu einer effektiven Verzögerung von mindestens ein bis zwei Jahren zwischen der Erwirtschaftung eines Einkommens

oder Unternehmensgewinns durch den Steuerpflichtigen und der Verbuchung einer daraus entstehenden Einnahme durch den Bund.

Zahlungen können sich über mehrere Jahre erstrecken und führen somit beim Bund auch zu «Eingängen aus früheren Perioden». Die definitive Veranlagung für das Steuerjahr 2011 liegt auch bei der Fälligkeit der Steuerschuld des darauf folgenden Steuerjahres 2012 (per 31.3.2013) nicht in jedem Fall vor; im nachfolgenden Schema ist dies durch die zeitliche Streckung des Zeitspanne für die definitive Veranlagung dargestellt.

Schlussendlich vereinnahmt der Bund auch «vorzeitig fällige Beträge», z.B. in Form von Quellensteuern oder ratenweisen Vorauszahlungen. Die Bedeutung der bereits frühzeitig entrichteten Steuern hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Dafür verantwortlich ist der vermehrte Einsatz des ratenweisen Vorausbezugs in den Kantonen. Dadurch erhalten die Steuerpflichtigen die Möglichkeit, ihre Steuerrechnung für ein bestimmtes Steuerjahr bereits im selben Kalenderjahr zu begleichen. In der Folge hat sich die beschriebene Verzögerung beim Veranlagungs- und Bezugsverfahren in den letzten Jahren deutlich verkürzt.

Direkte Bundessteuer: Veranlagungsverfahren



* Die provisorische Veranlagung erfolgt zum Grossteil noch aufgrund der Angaben über die Einkommenslage von 2010. Die Steuererklärung über die im Jahr 2011 erwirtschafteten Einkommen wird erst im späteren Verlauf von 2012 (oder im Jahr 2013) ausgewertet.

Gegenüber dem Voranschlag 2011 nehmen die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer um 1,2 Milliarden oder 6,9 Prozent zu. Allerdings dürfte dieses Einnahmenwachstum die tatsächliche Entwicklung im Jahr 2012 stark überzeichnen. Gestützt auf die Hochrechnung per Ende Juni werden die Einnahmen im Jahr 2011 einen Wert von 18,8 Milliarden erreichen und damit den Voranschlagswert 2011 deutlich übertreffen. Unter Berücksichtigung dieser aktuellen Schätzung für das laufende Jahr wird für den Voranschlag 2012 – trotz Wirtschaftswachstum – mit einer Stagnation der Einnahmen auf dem Vorjahresniveau gerechnet.

Doch die Steuereinnahmen auf dem Reinertrag juristischer Personen und jene auf dem Einkommen natürlicher Personen entwickeln sich sehr unterschiedlich. Bei den Gewinnsteuern wird – im Einklang mit der Wirtschaftsentwicklung – im Vergleich zur aktuellen Schätzung mit einer Zunahme von rund 400 Millionen oder 4,7 Prozent gerechnet. Das effektive Wachstum liegt somit deutlich tiefer als im Vergleich der beiden Voranschläge (+25,1 %). Damit wird deutlich, dass die starke Budgetverbesserung im laufenden Jahr vor allem auf höhere Steuereinnahmen bei den juristischen Personen zurückzuführen ist. Bei den natürlichen Personen hingegen wird mit einem Steuerrückgang von 400 Millionen oder 4,1 Prozent gerechnet. Für diesen verantwortlich sind verschiedene Steuerreformen (Familiensteuerreform, Ausgleich kalte Progression, Kapitaleinlageprinzip), welche am 1. Januar 2011 in Kraft traten und im Voranschlagsjahr 2012 erstmals ihre volle finanzielle Wirkung entfalten (Mindereinnahmen von rund 1,1 Mrd.).

Mit der Familiensteuerreform wird einerseits die Steuergerechtigkeit zwischen Personen mit und solchen ohne Kinder verbessert und andererseits durch die Einführung eines neuen Abzugs für die Fremdbetreuung von Kindern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Die Reform bewirkt eine steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern im Umfang von rund 500 Millionen. Die Folgen der kalten Progression werden neu jährlich ausgeglichen und nicht wie bisher, wenn die Teuerung eine Schwelle von 7 Prozent erreicht hat. Der Ausgleich im Steuerjahr 2011 berücksichtigt die seit dem letzten Ausgleich aufgelaufene Teuerung gemäss dem Landesindex der Konsumentenpreise im Umfang von 5,16 Prozent. Insgesamt resultieren dadurch bei der direkten Bundessteuer Mindereinnahmen im Umfang von ebenfalls rund 500 Millionen. Weitere Mindereinnahmen bei der direkten Bundessteuer entstehen durch den Wechsel zum Kapitaleinlageprinzip mit der Unternehmenssteuerreform II (-100 Mio.). So versteuern natürliche Personen tiefere Einkommen, da die Unternehmen einen Teil der Dividendenzahlungen durch Kapitalrückzahlungen ersetzen. Ohne diese Sonderfaktoren würde sich das Einnahmenwachstum bei der direkten Bundessteuer auf 5,1 Prozent belaufen.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder 3,2 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen (vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung von 180 Mio.) gehen an die Kantone.

12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Verrechnungssteuer	4 723	3 707	4 186	479	12,9
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,5	5,9	6,5		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	4 714	3 700	4 175	475	12,8
Steuerrückbehalt USA	10	7	11	4	57,1

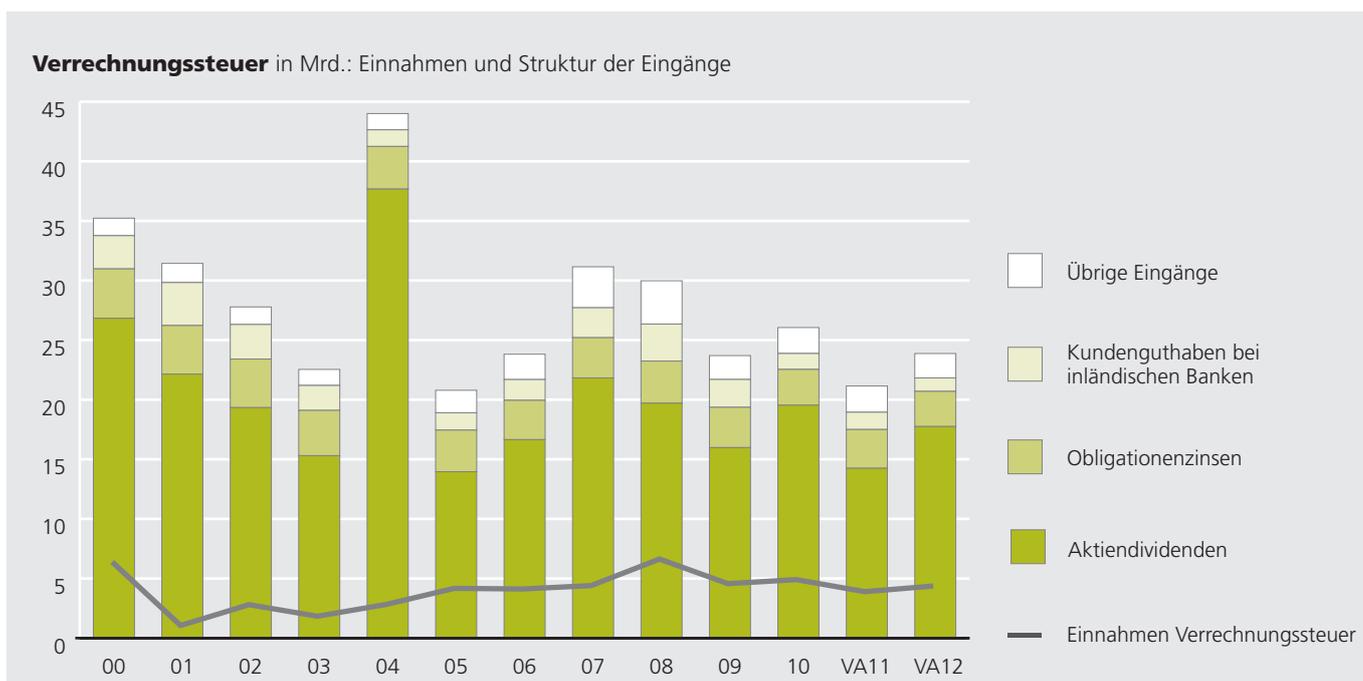
Der Ertrag der *Verrechnungssteuer* verzeichnet aufgrund zyklischer Schwankungen, einmaliger Faktoren gesetzlicher oder rechnerischer Natur oder aufgrund anderer, kaum quantifizierbarer und von Natur aus unvorhersehbarer Sonderfaktoren eine ausgeprägte Volatilität. Eine genaue Schätzung des zukünftigen Ertrags ist demzufolge nicht möglich. Aus diesen Gründen wird im Budget seit 2005 jeweils anstelle einer Punktschätzung ein langjähriger Durchschnittsbetrag eingesetzt. Für den Voranschlag 2012 wurde die Schätzmethode wie jedes Jahr einer Neuüberprüfung unterzogen. Angesichts der jüngsten Ergebnisse wird der Ertrag dieser Steuer neu mit der exponentiellen Glättungsmethode veranschlagt.

Die Schätzung für 2012 ergab 4,2 Milliarden und liegt damit deutlich über dem für 2011 budgetierten Betrag (3,7 Mrd.). Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass diese Schätzung stärker von den jüngsten, äusserst guten Ergebnisse beeinflusst wird als diejenige für den Voranschlag 2011, die auf dem Durchschnitt von 2002 bis 2009 beruhte. Zudem trägt die aktuelle Schätzung für 2012 dem Grundtrend der vergangenen Jahre Rechnung, welcher stark nach oben weist.

Inadäquate Punktschätzung

Die Gründe, weshalb in den letzten Jahren auf eine punktuelle Schätzung verzichtet wurde, treffen angesichts der Besonderheiten der Verrechnungssteuer und der Anforderungen der Schuldenbremse immer noch zu.

Erstens ist immer noch sehr *unsicher*, wie hoch der Verrechnungssteuerertrag für ein bestimmtes Jahr ausfallen wird. Die Eingänge waren auch in den vergangenen Jahren sehr volatil. Von 2005 bis 2007 erreichten sie rund vier Milliarden, 2008 sogar 6,4 Milliarden. In jüngster Zeit, 2009 und 2010, betragen sie zwischen 4,4 und 4,7 Milliarden. Die Volatilität des Ertrags dieser Abgabe ist hauptsächlich dadurch bedingt, dass die Verbuchung der Eingänge und die Einreichung der entsprechenden Rückerstattungs Gesuche zeitlich weit auseinanderliegen. Nicht nur unterliegt das zeitliche Auseinanderklaffen von Eingängen und Rückerstattungen an sich grossen Schwankungen; hinzu kommt, dass jedes dieser beiden Elemente dazu noch eine äusserst dynamische Entwicklung aufweist, die sehr unterschiedlich verlaufen kann.



Ausserdem erweist sich die Volatilität dieser Steuer im *Kontext der Schuldenbremse* als problematisch, weil die höchstzulässigen Ausgaben direkt vom Einnahmenniveau abhängen, das um den Faktor k korrigiert wird. Der Faktor k vermag die starken Schwankungen der Verrechnungssteuer jedoch nicht auszugleichen, weil er nur konjunkturell bedingte Schwankungen vermindern kann. Es braucht demnach eine glättende Schätzmethode, um zu vermeiden, dass sich diese starken Schwankungen dieser Steuer in den jährlichen Ausgaben niederschlagen.

Schätzung mit exponentieller Glättung

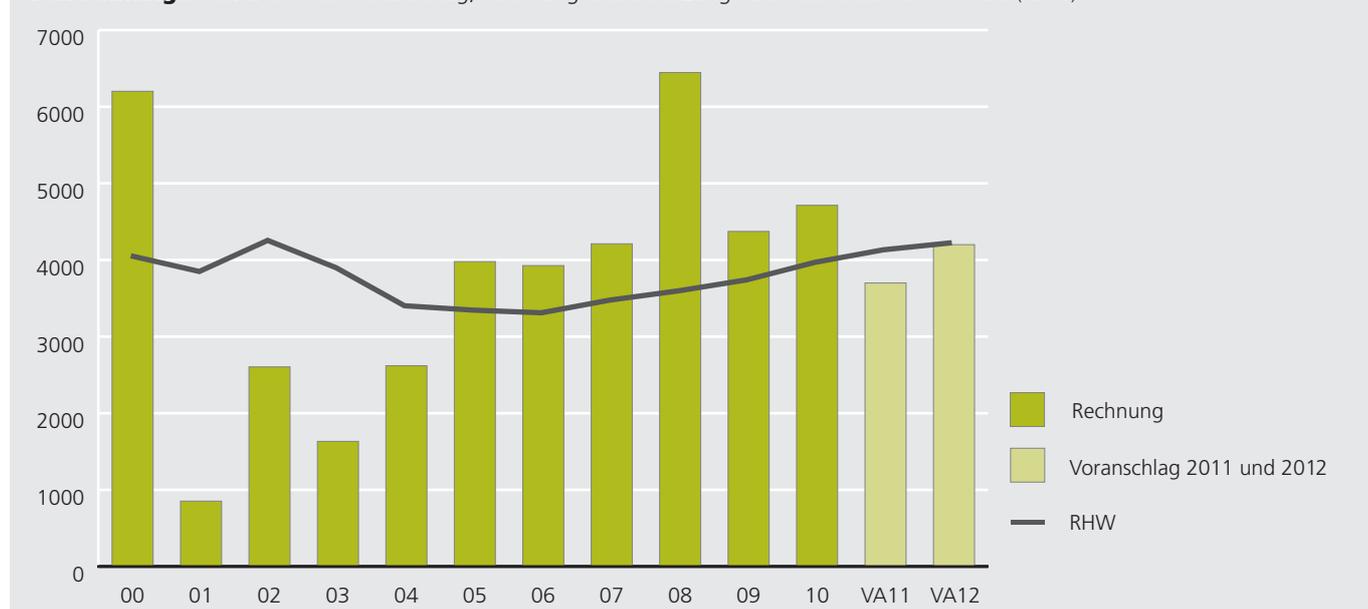
Seit dem Voranschlag 2005 wird eine Schätzung mithilfe eines langjährigen Durchschnittswertes ermittelt. In den letzten Jahren stellte sich jedoch heraus, dass die so errechnete Budgetschätzung systematisch tiefer ausfiel als das effektive Ergebnis, weil der langjährige Durchschnitt die zweitangigen Daten (das heisst, die guten Ergebnisse der letzten Jahre) zu wenig stark gewichtet. Die Wahl fiel deshalb auf eine neue Schätzmethode, welche die Schwächen eines langjährigen Durchschnittswertes auszugleichen vermag: gemeint ist die robuste Holt-Winters-Methode, die ein Glättungsverfahren verwendet und den aktuellen Trend am Rande mitberücksichtigt.

Die robuste Holt-Winters-Methode weist folgende Vorteile auf:

- Zunächst erlaubt diese Methode eine *Begrenzung des Einflusses der sogenannten Ausreisser*, welche die ganze Prognose verfälschen. Der jährliche Ertrag der Verrechnungssteuer weist effektiv extreme Werte innerhalb einer Spannweite von 853 Millionen im 2001 bis 6,4 Milliarden im 2008 auf. Deswegen braucht es eine spezifische Glättungstechnik wie diejenige,
- Die Holt-Winters-Methode erlaubt zudem die Berücksichtigung eines allfälligen *Trendeffekts*. Die in den vergangenen Jahren beobachtete Ertragsentwicklung bei der Verrechnungssteuer lässt darauf schliessen, dass diese Steuer in jüngster Zeit einen Aufwärtstrend aufwies, der in den Schätzung berücksichtigt werden sollte.

die bei der Holt-Winters-Methode verwendet wird. So kann trotz der grossen Volatilität des Ertrags der Verrechnungssteuer eine «robuste» Prognose erstellt werden, während ein auf einer kurzen Dauer errechneter mehrjähriger Durchschnitt zu hohe Schwankungen aufweist, sobald besondere Jahresergebnisse hinzukommen oder wegfallen. Mit der neuen Methode lassen sich in Zukunft starke jährliche Schwankungen der veranschlagten Einnahmen und eine damit einhergehende, durch die Vorgaben der Schuldenbremsen bedingte, inadäquate Ausgabenpolitik verhindern.

Verrechnungssteuer in Mio.: Voranschlag, Rechnung und Schätzung nach Methode Holt-Winters (RHW)



Konfiguration der Schätzung

- Die Schätzperiode erstreckt sich über die 20 letzten bekannten Jahresergebnisse. Für den Voranschlag 2012 sind dies die Ergebnisse der Jahre 1991 bis 2010.
- Für 2012 besteht die die Prognose für das letzte bekannte Jahr aus dem geglätteten Wert, der mit der Holt-Winters-Methode errechnet wurde (d.h. 3,95 Mrd. für 2010), plus einem Betrag für die Jahre 2011 und 2012, der der geschätzten jährlichen Zunahme entspricht. Damit berücksichtigt die Schätzung eine Zunahme um rund 100 Millionen im 2012 oder um circa 2,5 Prozent pro Jahr (siehe Grafik).
- Das solcherart ermittelte Ergebnis wird nicht um die für die nächsten Jahre erwarteten *Sonderfaktoren*, bspw. die Folgen der Einführung des Kapitaleinlageprinzips, korrigiert. Jeder Einzelfaktor ist damit nur noch einer von vielen Sonderfaktoren, welche oft nicht voraussehbar sind. Zwar mag sich ihre jeweilige Auswirkung im Nachhinein als bedeutsam erweisen, doch im Voraus ist sie kaum quantifizierbar. Hingegen werden die *Sonderfaktoren* wegen der Aktualisierung der für die Berechnung benützten Zeitreihe gleich nach Bekanntgabe eines neuen Jahresergebnisses die zukünftigen Schätzungen sukzessive beeinflussen.

13 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Stempelabgaben	2 855	2 750	2 445	-305	-11,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	4,5	4,4	3,8		
Emissionsabgabe	779	620	260	-360	-58,1
Umsatzabgabe	1 417	1 450	1 510	60	4,1
Inländische Wertpapiere	232	200	260	60	30,0
Ausländische Wertpapiere	1 185	1 250	1 250	0	0,0
Prämienquittungsstempel	659	680	675	-5	-0,7

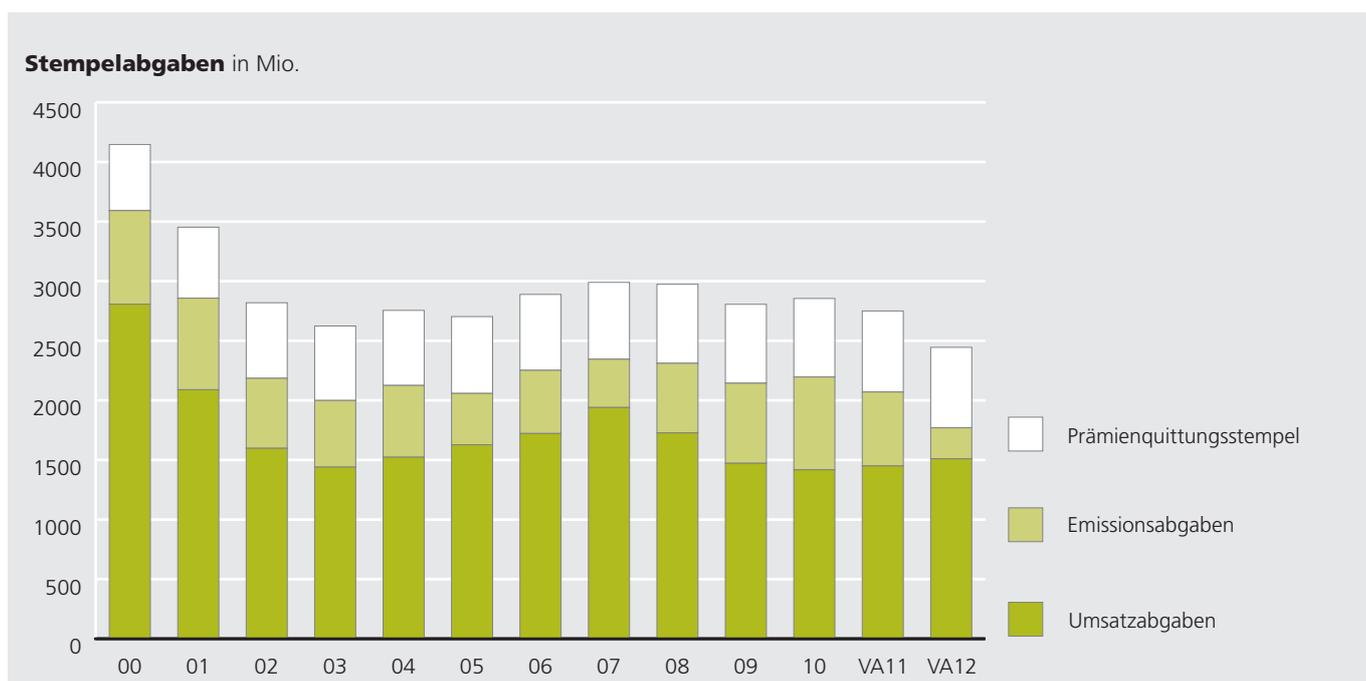
Die Entwicklung der *Stempelabgaben* dürfte 2012 von der Aufhebung der Emissionsabgabe auf der Emission von Fremdkapital geprägt sein. Diese Massnahme, die im Rahmen der neuen Grossbankenregelung «too big to fail» vorgeschlagen wird, befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung. Laut einschlägiger Botschaft berücksichtigt die Budgetschätzung die Einbussen, die aus der vorgeschlagenen Abgabenbefreiung per 1. Februar 2012 resultieren werden. Deshalb und mangels einer Erholung bei den Einnahmen aus der Umsatzausgabe wird der erwartete Ertrag aus der Gesamtheit der Stempelabgaben deutlich unter den für 2011 veranschlagten Betrag zu liegen kommen.

Die Stempelabgaben schwankten in den vergangenen Jahren stark. Beeinflusst werden sie insbesondere von der Konjunkturentwicklung im In- und Ausland, vor allem von der grossen Zahl neuer oder expandierender Gesellschaften sowie in noch grösserem Ausmass von der äusserst volatilen Entwicklung des Börsengeschehens. Ferner prägten sie auch die zahlreichen Gesetzesänderungen, die seit 1993 vorgenommen wurden. Na-

mentlich die Gesetzgebung zur Umsatzabgabe wurde mehrmals revidiert, um der Globalisierung der Börsengeschäfte Rechnung zu tragen und der Konkurrenz seitens der ausländischen Börsen standhalten zu können.

Die *Umsatzabgabe* wird zum grössten Teil auf den Börsengeschäften erhoben. Ihr Ertrag unterliegt somit den naturgemäss unvorhersehbaren Schwankungen der Aktienmärkten. Ausserdem ist sie den Folgen der Strukturanpassungen im Angebot an Finanzprodukten und in den Anlagestrategien der Investoren ausgesetzt. Diese Auswirkungen sind naturgemäss kaum quantifizierbar. Es ist aber zu erwarten, dass die neuen Anlagemöglichkeiten in steuerbefreite Produkte das Wachstum der Erträge aus der Umsatzabgabe beschränken werden.

Seit dem Sommer 2007 beeinträchtigten die Finanzmarktkrise und die darauf folgende Wirtschaftsrezession die Entwicklung der Stempelabgaben relativ stark. Zunächst profitierte der Ertrag aus der *Umsatzabgabe* von Portefeuilleumschichtungen. Danach



verzeichneten sie aufgrund des weltweiten Kurseinbruchs an den Börsen einen deutlichen Rückgang. Dieses Jahr scheinen sie einen leichten Aufwärtstrend zu verzeichnen. Der für die Umsatzabgabe budgetierte Betrag im Jahr 2011 dürfte jedoch nicht ganz erreicht werden. Wegen der heute vorherrschenden tiefen Zinssätze zeichnen sich jedoch infolge der zahlreichen Emissionen von Obligationen und Beteiligungsrechte bei der Emissionsabgabe deutliche Mehreinnahmen ab. Der für die Gesamtheit der Stempelabgaben für das laufende Jahr 2011 veranschlagte Betrag dürfte deshalb voraussichtlich übertroffen werden.

Die Schätzung für den *Voranschlag* 2012 trägt den Mindereinnahmen durch den Wegfall der Stempelabgabe auf der Emission von Fremdkapital ab dem 1. Februar 2012 Rechnung. Nachdem man für das laufende Jahr in diesem Bereich besonders hohe Einnahmen erwartet (600 Mio.), werden die Einnahmeausfälle vor dem Hintergrund der Abschwächung der Konjunktur bei gleichzeitig schrittweisem Anstieg der Zinssätze auf 490 Millionen geschätzt. Dieser Betrag trägt den Abgaben Rechnung, die von der Bundestresorerie im Rahmen ihres Fondseinlageprogramms abgeliefert worden wären. Diese Abgaben werden auf 124 Millionen geschätzt, und ihre Aufhebung hat eine entsprechende Verringerung des Aufwands des Bundes für die Schuldenbewirtschaftung zur Folge.

In Anbetracht der vorgesehenen Abgabenbefreiung der Emission von Fremdkapital, wird die *Emissionsabgabe* in Zukunft nur noch die Schaffung von Eigenkapital, d.h. im Wesentlichen die Aufstockung von Aktienkapital, belasten. Dem Voranschlag liegt die Annahme zu Grunde, dass diese Einnahmen nahe beim 2010 verzeichneten Wert zu liegen kommen werden.

Über 80 Prozent des Ertrags aus den *Umsatzabgaben* entfallen auf Börsengeschäfte mit ausländischen Wertpapieren, der Rest entfällt auf den Handel mit inländischen Titeln. Im Voranschlag 2012 wird nicht erwartet, dass das Volumen der an der Börse gehandelten Wertschriften wieder zunimmt. Das Börsengeschehen wird weiter unter den wenig ermutigenden Gewinnaussichten der börsenkotierten Unternehmen infolge des Abschwungs der Weltwirtschaft und der europäischen Schuldenkrise leiden. Der Voranschlag gründet deshalb auf der Annahme eines bescheidenen Einnahmewachstums bei den Stempelabgaben im Zuge der derzeit beobachteten Entwicklung.

Die Einnahmen aus dem *Prämienquittungsstempel* stiegen in den letzten Jahren insgesamt kaum: In gewissen Versicherungssparten reichte die Zunahme gerade aus, um den Rückgang der auf den Prämien der Lebensversicherungen erhobenen Abgaben auszugleichen. Für 2012 wird von der Annahme ausgegangen, dass diese Einnahmen insgesamt nahe beim für 2011 erwarteten Wert zu liegen kommen werden.

14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2011	
	2010	2011	2012	absolut	%
Mehrwertsteuer	20 672	21 450	22 550	1 100	5,1
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	32,9	34,4	35,2		
Allgemeine Bundesmittel	16 751	16 680	17 350	670	4,0
Zweckgebundene Mittel	3 921	4 770	5 200	430	9,0
Krankenversicherung 5%	884	880	920	40	4,5
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 257	2 250	2 340	90	4,0
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	462	460	480	20	4,3
MWST-Zuschlag 0.4% für die IV	–	860	1 130	270	31,4
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	318	320	330	10	3,1

Der Mehrwertsteuer unterliegen Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt (einschliesslich Eigenverbrauch), sowie die Einfuhr von Gegenständen und der Bezug von Dienstleistungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland.

Abrechnungspflichtig sind grundsätzlich selbständige Leistungserbringer, die einen Umsatz von jährlich mehr als 100 000 Franken aus steuerbaren Leistungen erzielen. Sie haben die Steuer auf dem Bruttoentgelt zu entrichten. Andererseits dürfen sie in ihrer Abrechnung die Steuer abziehen, die auf den von ihnen selber bezogenen Gegenständen und Dienstleistungen lastet (Vorsteuerabzug).

Nicht alle Leistungen werden gleich hoch besteuert. Für die meisten Lieferungen von Gegenständen und für nahezu alle Dienstleistungen gilt der Normalsatz von 8,0 Prozent. Waren des täglichen Bedarfs werden nur mit dem reduzierten Satz von 2,5 Prozent belastet. Beherbergungsleistungen unterliegen dem Sondersatz von 3,8 Prozent.

Eine Reihe von Leistungen sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen, so namentlich in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur, Geld- und Kapitalverkehr, Versicherungen, Vermietung von Wohnungen und Verkauf von Liegenschaften. Wer solche Leistungen erbringt, hat kein Anrecht auf Vorsteuerabzug. Es besteht aber die Möglichkeit, gewisse ausgenommene Leistungen zu versteuern (Option). In diesem Fall gilt das Anrecht auf Vorsteuerabzug.

Die Einnamenschätzung stützt sich auf die prognostizierten Eckwerte für das nominelle Bruttoinlandprodukt (BIP), welches in einem engen Zusammenhang mit der Steuerbasis der Mehrwertsteuer steht. Die im Voranschlag 2012 eingestellten Einnahmen aus der Mehrwertsteuer liegen um 5,1 Prozent über dem Voranschlag 2011. Wird jedoch die für die Budgetierung verwendete Schätzung für 2011 (20,0 Mrd.) als Bezugsgrösse für das Einnahmenwachstum verwendet, ergibt sich ein Anstieg von 2,7 Prozent. Auch dieser Wert liegt über dem nominalen BIP-Wachstum (1,7%). Dies ist auf die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zu Gunsten der IV im Jahr 2011 zurück zu führen. Die Satzerhöhung wirkt sich im Einführungsjahr noch nicht vollständig aus, so dass ein Teil der Mehreinnahmen erst 2012 anfällt und zu einem entsprechend stärkeren Einnahmenwachstum führt. Mindereinnahmen wurden hingegen aufgrund der Mehrwertsteuerreform aus dem Jahr 2010 eingestellt (170 Mio.). Gewisse Massnahmen wirken sich erst mittelfristig auf die Höhe der Mehrwertsteuerforderungen aus und wurden daher erst jetzt bei der Budgetierung berücksichtigt. Korrigiert um die erwähnten Sonderfaktoren entspricht das Mehrwertsteuerwachstum dem nominellen BIP-Wachstum.

Bei den in der Tabelle aufgeführten Komponenten sind auch die Debitorenverluste enthalten. Insgesamt werden diese für 2012 auf 160 Millionen geschätzt. Aufwandseitig müssen zur Berechnung der jeweiligen Einnahmenanteile die Debitorenverluste anteilig abgezogen werden.

15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
				absolut	%
Mineralölsteuern	5 134	5 105	5 090	-15	-0,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,2	8,2	7,9		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 063	3 040	3 040	0	0,0
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 050	2 040	2 030	-10	-0,5
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	20	25	20	-5	-20,0

Die wichtigsten Einflussfaktoren für den Ertrag aus den Mineralölsteuern sind der Fahrzeugbestand, die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer und der durchschnittliche Treibstoffverbrauch pro Kilometer.

- Der *Motorfahrzeugbestand* wuchs in den vergangenen Jahren stetig. So betrug die Zunahme im vergangenen Jahrzehnt rund 1,7 Prozent pro Jahr, wobei die Anzahl der Personenwagen im Durchschnitt um 1,5 Prozent pro Jahr zulegte. Der Voranschlag 2012 unterstellt eine Fortsetzung dieser Entwicklung.
- Mit dem Fahrzeugbestand nahm auch die *Anzahl der zurückgelegten Kilometer* zu. Der Durchschnitt pro Fahrzeug war bei den Personenwagen allerdings in den vergangenen Jahren leicht rückläufig. Auch in dieser Hinsicht wird mit einer fortgesetzten Entwicklung gerechnet.
- Der *durchschnittliche Verbrauch* neuer Fahrzeuge ist im Allgemeinen geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Der durchschnittliche Treibstoffverbrauch sinkt seit längerem kontinuierlich. In den vergangenen zwei Jahren ging der durchschnittliche Verbrauch – unter ande-

rem durch den wirtschaftlichen Einbruch bedingt – weiter zurück. So sind bis im Jahr 2010 der durchschnittliche Verbrauch auf 6,62 l/100 km sowie die CO₂-Emissionen im Mittel auf 161 Gramm gesunken. Eine Fortsetzung dieses Trends wird auch für den Voranschlag 2012 unterstellt.

Auf der Basis der genannten Annahmen zu Fahrzeugbestand, Fahrleistung und Verbrauch wird – bei einer unterstellten Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, die sich insbesondere auf den Treibstoffverbrauch der Lastwagen auswirkt – zunächst mit einem moderaten Zuwachs der Mineralölsteuereinnahmen von 1 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2011 gerechnet.

Ein wichtiger zusätzlicher Einflussfaktor ist die am 18.3.2011 vom Parlament beschlossene Änderung des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO₂-Emissionen (SR 641.71). Diese Änderung sieht vor, die CO₂-Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen an den EU-Vorschriften zu orientieren und bis 2015 auf 130 g/km zu senken. Damit wird sich der Rückgang des durchschnittlichen Verbrauchs deutlich akzentuieren. Im Budgetjahr erreichen diese Mindereinnahmen bereits 100 Millionen, so dass insgesamt ein leichter Rückgang der Einnahmen um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr resultiert.

16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
				absolut	%
Schwerverkehrsabgabe	1 490	1 450	1 600	150	10,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,4	2,3	2,5		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	968	731	752	21	2,9
Ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	–	206	283	77	37,6
Kantonsanteile	484	468	518	49	10,5
Übrige	37	45	47	2	4,1

Der deutliche Anstieg der Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass der für 2011 budgetierte Wert klar unterschätzt wurde. Der Voranschlag 2011 orientierte sich an den erwarteten Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe für das Jahr 2010. Diese Schätzung stellte sich im Nachhinein als zu tief heraus. Neben diesem Basis-effekt haben sich auch die Erwartungen über die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2011 nochmals leicht verbessert.

Die Ergebnisse der ersten Hochrechnung lassen für 2011 Einnahmen in der Höhe von 1570 Millionen erwarten, rund 80 Millionen mehr als 2010. Neben dem guten Konjunkturverlauf führen vor allem zwei Sonderfaktoren – der positive Entscheid des Bundesgerichts zur Tarifierhöhung 2008 sowie die Reduktion der verrechneten Erhebungskosten der Zollverwaltung (von 7 % auf 5 % der Bruttoeinnahmen) – zu diesem starken Anstieg gegenüber dem Vorjahr.

Im Voranschlag 2012 dürften die Einnahmen im Vergleich zur Hochrechnung 2011 um 30 Millionen (+1,9 %) anziehen. Die Schätzung beruht auf folgenden Annahmen:

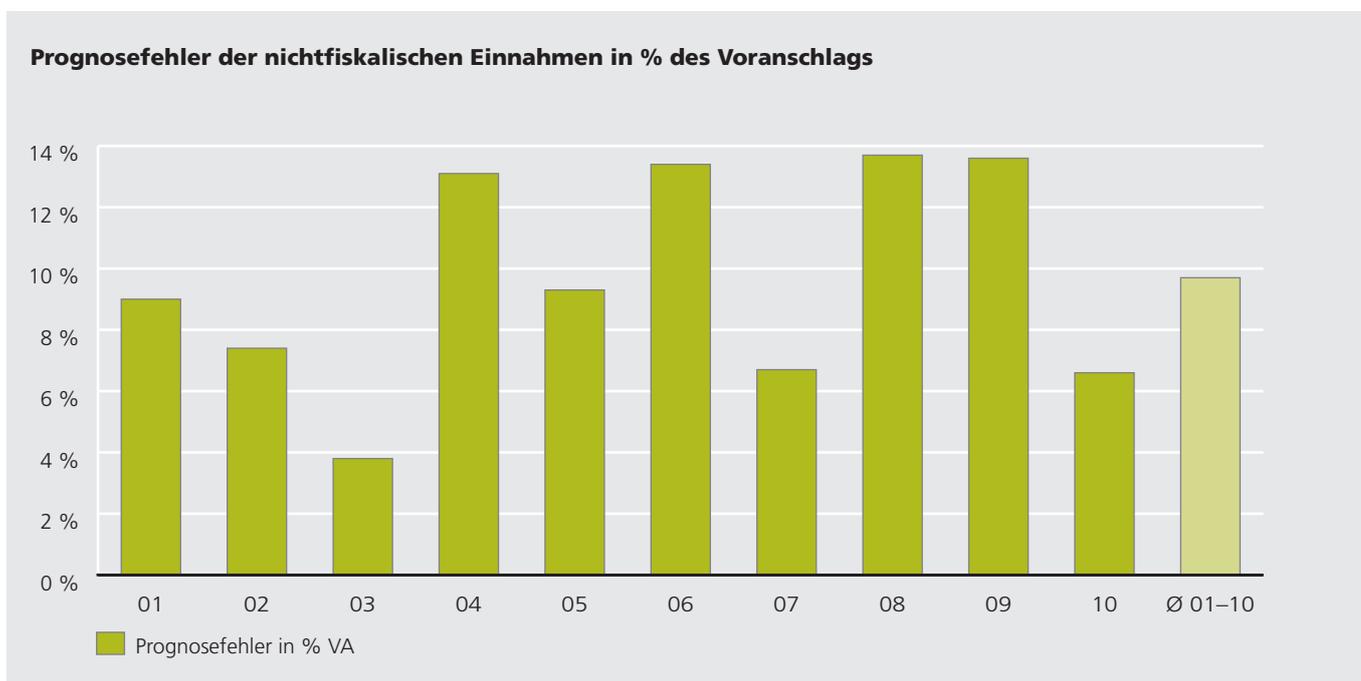
- Der LSVA-Tarif wird ab 1. Januar 2012 an die Teuerung angepasst. Die Berücksichtigung der Teuerung ist nach Artikel 42 des Landverkehrsabkommens zwischen der Schweiz und der EU vorgesehen. Die festgestellte Teuerung von durchschnittlich 0,97 Prozent beruht auf der Entwicklung der monatlichen Konsumentenpreise in der Schweiz von April 2009 bis März 2011.
- Einnahmensteigernd wirkt auch die konjunkturelle Entwicklung. Allerdings ist schwer abzuschätzen, wie stark sich eine Zunahme der transportierten Mengen bei den Einnahmen

auswirkt, da sich die LSVA unabhängig von der Ladung nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeugs bemisst.

- Zeitgleich mit der Teuerungsanpassung wird für Inhaber von Fahrzeugen der Schadstoffklassen EURO 2 und 3 eine Ermässigung von 10 Prozent auf der LSVA für jene Fahrzeuge eingeführt, die mit einem Partikelfilter nachgerüstet werden, der mindestens den EURO 4-Grenzwert einhält. Diese Massnahme ist Teil des Aktionsplans, mit dem der Bundesrat eine nachhaltige Reduktion der Feinstaubemissionen anstrebt.
- Ebenfalls einnahmenmindernd wirkt die Umstellung des Fahrzeugparks. Im Jahr 2010 ist der Anteil der stärker belasteten Fahrzeuge (EURO 0 bis 3) am Total der LSVA-Bruttotonnenkilometer auf unter 40 Prozent gesunken (2009: 46 %, 2008: 61 %). Dieser Erneuerungsprozess hin zu weniger umweltbelastenden und damit weniger stark besteuerten Lastwagen wird sich auch im Jahr 2012 fortsetzen.

Der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe ist zweckgebunden. Nach Abzug der Debitorenverluste sowie der Entschädigung der Kantone für den Vollzug der LSVA und die polizeilichen Kontrollen wird ein Drittel den Kantonen und zwei Drittel dem Bund zugewiesen. Vom Bundesanteil verbleiben 283 Millionen (+77 Mio.) im allgemeinen Haushalt. Diese Mittel werden – wie in Artikel 85 Absatz der Bundesverfassung vorgesehen – zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten und dabei zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung verwendet (vgl. Ziff. 21, Krankenversicherung). Dies schafft Spielraum, um im ordentlichen Budget die finanziellen Mittel für den Substanzerhalt und Betrieb der Bahninfrastruktur haushaltsneutral zu erhöhen.

17 Prognose der nichtfiskalischen Einnahmen



Systematische Unterschätzung im Voranschlag

In der Kategorie der nichtfiskalischen Einnahmen waren die Prognosefehler in den vergangenen Jahren vergleichsweise hoch, und die Einnahmen wurden stets unterschätzt. Unter Ausklammerung von bedeutenden Sonderfaktoren (Rückerstattung ALV-Darlehen, Swisscom-Nennwertrückzahlung, Überbrückungskredit an Jugoslawien und Tadschikistan) beträgt die durchschnittliche Budgetabweichung 2001-2010 immer noch 9,7 Prozent oder 370 Millionen (vgl. Grafik). Dieser Wert steht in starkem Kontrast zum durchschnittlichen Prognosefehler bei den Fiskaleinnahmen (0,7%).

Die beträchtlichen Abweichungen sind auf eine Vielzahl von Gründen zurückzuführen. So wird die heterogene Gruppe der nichtfiskalischen Einnahmen von unterschiedlichen Bestimmungsfaktoren beeinflusst. Im Vergleich zu den Fiskaleinnahmen fehlt zudem oft ein klarer Bezug zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Es ist daher schwieriger, für die Prognose geeignete Indikatoren zu finden. Ausserdem wurden die Einnahmenprognosen wegen der oft untergeordneten Bedeutung auf Stufe der Verwaltungseinheiten teilweise vernachlässigt. Zugleich budgetieren die Verwaltungseinheiten bei jenen Budgetpositionen, die von Jahr zu Jahr grösseren Schwankungen unterliegen, in den meisten Fällen sehr vorsichtig. Die Grafik mit den Prognosefehlern unterstreicht die Tatsache, dass die nichtfiskalischen Einnahmen systematisch zu tief veranschlagt worden sind.

Nichtfiskalische Einnahmen

Unter den nichtfiskalischen Einnahmen werden sämtliche Bundeseinnahmen ohne steuerlichen Charakter zusammengefasst. Zu der heterogenen Einnahmengruppe gehören insbesondere Einnahmen aus Regalien und Konzessionen, Entgelte, Finanzeinnahmen und Investitionseinnahmen. Die nichtfiskalischen Einnahmen belaufen sich im Voranschlag 2012 auf 4,2 Milliarden oder 6,6 Prozent der ordentlichen Einnahmen. Knapp drei Viertel davon entfallen auf zehn Positionen: Neben den Beteiligungserträgen und Gewinnausschüttungen, die von verschiedenen Institutionen beim Bund eingehen (insb. Swisscom, Post, RUAG, SNB, Alkoholverwaltung), sind die Zinserträge auf den Geld- und Kapitalmarktanlagen von Bedeutung. Auch die verschiedenen Bezugsprovisionen für die Erhebung von Steuern und Abgaben (z.B. Entschädigung der Zollverwaltung, EU-Steuerrückbehalt) sowie die Wehrpflichtersatzabgabe und die Versteigerung landwirtschaftlicher Kontingente gehören zu den grossen Positionen innerhalb der nichtfiskalischen Einnahmen.

Die verbleibenden Einnahmen verteilen sich auf rund 220 weitere Budgetpositionen in über 70 Verwaltungseinheiten. Zu erwähnen sind unter anderem Konzessionseinnahmen (z.B. Funkkonzessionen), Einnahmen aus der Zunahme des Münzumschlufs, Gebühren (z.B. Visa-/Passgebühren, Gerichtsgebühren), Entgelte für Dienstleistungen (z.B. Wetterinformationen), Verkäufe (z.B. Ausweisschriften, Karten), Rückerstattungen (insb. im Bereich AHV/IV und Migration), Verzugszinsen, Ertrag aus Informatikleistungen, Mietertrag und Verkaufserlös von Liegenschaften sowie die Rückzahlung von Darlehen an Transportunternehmen und im Wohnungswesen.

Neue Budgetierungsregel

Eine systematische Unterschätzung der Einnahmen hat zur Folge, dass die Vorgaben der Schuldenbremse im Voranschlag zu restriktiv sind. Um dies zu vermeiden, hat der Bundesrat die Verwaltungseinheiten im Rahmen der Weisungen zum Voranschlag 2012 aufgefordert, den Durchschnittswert der Rechnung der letzten vier Jahre einzustellen. Abweichungen von dieser Regel durften nur in begründeten Fällen vorgenommen werden. Der Finanzertrag sowie die Anteile am Reingewinn der Alkoholverwaltung und die Gewinnausschüttung der SNB waren von der Regel ausgenommen.

Das Ergebnis der neuen Budgetierungsregel ist insgesamt positiv ausgefallen. Für Regelabweichungen bestehen konkrete Gründe. Im Vordergrund stehen dabei Tatbestände, die in den vergangenen Jahren zu Mehreinnahmen führten, aber im Voranschlag 2012 teilweise oder ganz ausbleiben dürften, so etwa die Rückzahlung von Darlehen für Wohnbaugenossenschaften oder der Erlös der armasuisse aus den Treibstoffverkäufen an die Post.

Nichtfiskalische Einnahmen

Ohne Finanzeinnahmen, Anteil Reingewinn der Alkoholverwaltung, Gewinnausschüttung SNB

Mio. CHF	Finanzplan	Voranschlag	Differenz zu FP 2012		Ø Prognose-
	2012	2012	absolut	%	fehler 2007–10 in %
Nichtfiskalische Einnahmen	2 049	2 258	209	10,2	13,5
Regalien und Konzessionen	258	316	58	22,6	25,5
Entgelte	1 192	1 247	55	4,7	12,4
Verschiedene Einnahmen	407	443	36	8,8	-6,6
Investitionseinnahmen	192	252	60	31,2	56,5

Stellt man den neu erarbeiteten Voranschlag 2012 dem Finanzplan 2012 vom 18.8.2010 gegenüber (der gemäss bisheriger Praxis bei den nichtfiskalischen Einnahmen nur wenig verändert ins Budgetjahr übertragen würde), so zeigt sich ebenfalls ein erfreuliches Bild. Dies gibt einen weiteren Hinweis auf die im aktuellen Budgetprozess erreichten Verbesserungen. Die Budgeteingaben für die der Regel unterstellten Einnahmenposten übertreffen die Finanzplanzahlen um 209 Millionen oder 10,2 Prozent (vgl. Tabelle). Bei einer Ausklammerung der Einnahmen aus dem EU-Steuerückbehalt auf Zinserträgen, die aufgrund der anhaltend tiefen Zinsen stark zurückgehen, sind es gar über 250 Millionen oder 13,6 Prozent.

Interessant ist auch der Vergleich der Differenz zum alten Finanzplan mit dem mittleren Prognosefehler der Jahre 2007–2010, der 13,5 Prozent beträgt. Während bei den Regalien und Konzessionen die beiden Grössen nahe beieinander liegen, sind die Unterschiede bei den übrigen Einnahmenkategorien verhältnismässig gross. Bei den Entgelten hängt dies in erster Linie mit dem erwähnten EU-Steuerückbehalt zusammen. Bei

den Investitionseinnahmen schwanken die Prognosefehler im Zeitverlauf sehr stark (zwischen 22 und 82 % in den Jahren 2007–2010); die grössten Abweichungen entfallen hier auf die Rückzahlung von Darlehen. Bei den übrigen Einnahmen ist der mittlere Prognosefehler negativ, was auf den bei der Budgetierung noch nicht bekannten Systemwechsel beim Immobilienertrag der ETH im Jahre 2007 zurückzuführen ist.

Fazit

Die vorliegenden Resultate unterstreichen, dass mit der eingeführten Regel ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung gemacht wurde und die Unterschätzung der nichtfiskalischen Einnahmen deutlich reduziert werden kann. Erst die Gegenüberstellung mit den effektiven Eingängen, wie sie in der Rechnung 2012 ausgewiesen werden, wird jedoch zeigen, ob zusätzlicher Handlungsbedarf besteht, damit eine erwartungstreue, das heisst im mehrjährigen Mittel korrekte Budgetierung der nichtfiskalischen Einnahmen erreicht werden kann.

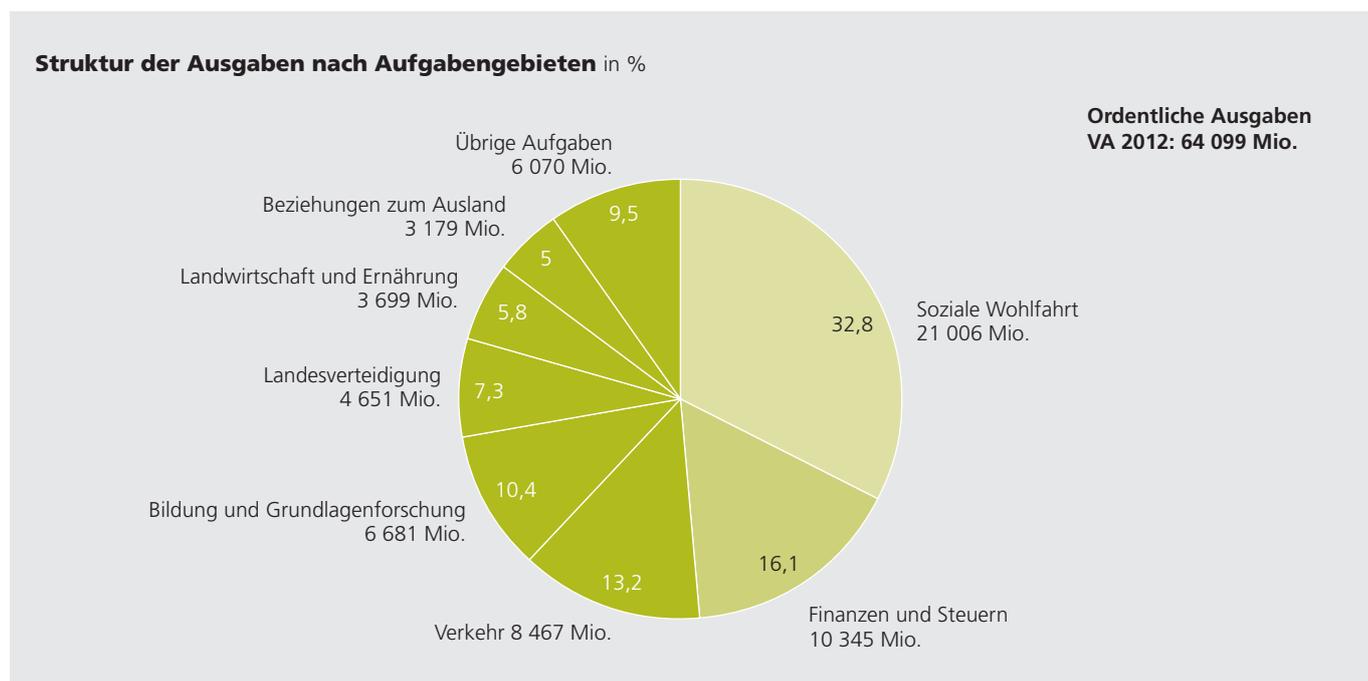
Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	59 266	63 069	64 099	1 030	1,6
Δ in % Vorjahr	1,8	6,4	1,6		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 460	2 589	2 605	15	0,6
Ordnung und öffentliche Sicherheit	910	1 029	1 045	17	1,6
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 607	2 970	3 179	209	7,0
Landesverteidigung	4 395	4 942	4 651	-291	-5,9
Bildung und Forschung	6 067	6 329	6 681	352	5,6
Kultur und Freizeit	413	450	476	26	5,7
Gesundheit	228	213	217	4	1,9
Soziale Wohlfahrt	18 454	20 409	21 006	597	2,9
Verkehr	8 225	8 085	8 467	382	4,7
Umweltschutz und Raumordnung	1 140	1 229	1 172	-57	-4,6
Landwirtschaft und Ernährung	3 666	3 668	3 699	32	0,9
Wirtschaft	591	529	555	26	4,8
Finanzen und Steuern	10 111	10 145	10 345	199	2,0

Hinweis: Die Wachstumsrate der ordentlichen Ausgaben beträgt bereinigt um den einmaligen Sondereffekt SIFEM 2,4%. Die Tabelle enthält bei den «Beziehungen zum Ausland» einen entsprechend um 480 Millionen reduzierten Voranschlagswert 2011 (vgl. Band 1, Ziff. 32).

Die Ausgaben des Bundes verzeichnen 2012 gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von gut 1 Milliarde resp. 1,6 Prozent. Unter Ausklammerung der haushaltsneutralen Kapitalisierung der SIFEM AG im Jahr 2011 erhöht sich der Ausgabenzuwachs auf 1,5 Milliarden, was einer Zunahme von 2,4 Prozent entspricht.

Die wichtigsten Wachstumstreiber sind die grossen Aufgabengebiete. Am deutlichsten zeigt sich dies bei den Beziehungen zum Ausland: Deren Wachstum von 7 Prozent ist auf den politisch angestrebten Anstieg der APD-Quote auf 0,5 Prozent (bis 2015) sowie auf einen einmaligen Sonderbeitrag für das internationale Genf zurückzuführen. Das Wachstum der Sozialen Wohlfahrt sowie der Finanzen und Steuern ist vornehmlich nicht steuerbaren Entwicklungen geschuldet: Während bei der Sozialen Wohlfahrt

u.a. demografiebedingt mit steigenden Ausgaben für die AHV gerechnet werden muss, führen die erwarteten Mehreinnahmen im Aufgabengebiet Finanzen und Steuern zu steigenden Anteilen Dritter an Bundeserträgen. Die überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten im Bildungs- und Forschungsbereich erklären sich grösstenteils mit Aufgabenintensivierungen. Im Verkehr erfordern insbesondere Bau, Betrieb und Unterhalt der Infrastrukturen (Strasse und Schiene) mehr Mittel. Im langsamer wachsenden Aufgabengebiet Landwirtschaft soll das im Voranschlag 2010 erreichte Leistungsniveau gemäss dem Willen des Parlaments gehalten werden. Die deutlich rückläufigen Ausgaben für die Landesverteidigung schliesslich sind auf die Übertragung von Kreditresten früherer Jahre in den Voranschlag 2011 zurückzuführen. Da diese Kreditreste jedoch im laufenden Jahr aller Voraussicht



nach nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden können, wurde von einer neuerlichen Übertragung von Kreditresten in den Voranschlag 2012 abgesehen.

Ein Blick auf die Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten macht deutlich, dass die Aufgabengebiete Soziale Wohlfahrt und Finanzen und Steuern mit ihren hohen Anteilen an gebundenen Ausgaben nach wie vor rund die Hälfte des Gesamthaushalts in Anspruch nehmen. Dass sich dieser Anteil im Vergleich

zu den Vorjahren nur unwesentlich vergrößert hat, ist in erster Linie dem Rückgang der Zinszahlungen zuzuschreiben (geringere Schulden sowie tieferes Zinsniveau). Dies führte dazu, dass in den letzten Jahren keine weitere Verdrängung der weniger stark gebundenen Aufgabengebiete stattgefunden hat. Während die Anteile der Bildung und Forschung sowie der Beziehungen zum Ausland im längerfristigen Vergleich weiter zunehmen, bleiben die Anteile des Verkehrs, der Landwirtschaft und der Landesverteidigung stabil oder gehen zurück.

21 Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
				absolut	%
Soziale Wohlfahrt	18 454	20 409	21 006	597	2,9
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	31,1	32,4	32,8		
Altersversicherung	9 935	10 195	10 452	257	2,5
Invalidenversicherung	3 523	4 824	4 951	127	2,6
Krankenversicherung	2 008	2 181	2 263	83	3,8
Ergänzungsleistungen	1 271	1 372	1 402	30	2,2
Militärversicherung	216	230	230	1	0,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	439	447	459	12	2,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	126	100	93	-7	-6,6
Migration	885	990	1 084	94	9,5
Soziale Hilfe und Fürsorge	51	72	71	-1	-1,4

Die Ausgaben des Bundes für die *Soziale Wohlfahrt* werden 2012 voraussichtlich um 2,9 Prozent zunehmen. Dieses Plus liegt deutlich unter dem für 2011 budgetierten Anstieg von 7,1 Prozent, der sich primär durch die (von 2011–2018 befristete) IV-Zusatzfinanzierung ergab. Wesentlicher Treiber des 2012 veranschlagten Wachstums ist die Altersversicherung, auf die über 40 Prozent des Zuwachses entfallen. Mehr als 20 Prozent haben ihre Ursache in den höheren Bundesausgaben im Bereich Invalidenversicherung. Dieses Bild ist allerdings durch die verzögerte Abrechnung der Mehrwertsteuererträge zu Gunsten der IV verzerrt (vgl. weiter unten). Ins Gewicht fallen darüber hinaus die Aufgabengebiete Krankenversicherung sowie Migration. Ohne die Verzerrung bei der Mehrwertsteuer zu Gunsten der IV fiel das Ausgabenwachstum in der Sozialen Wohlfahrt um 233 Millionen geringer aus und läge noch bei rund 1,8 Prozent.

Die Bundesausgaben für die *Altersversicherung* setzen sich zur Hauptsache aus drei Zahlungsströmen zusammen: (1) aus dem gesetzlichen Bundesbeitrag an die AHV im Umfang von 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben, (2) aus dem Anteil der Versicherung am AHV-Mehrwertsteuerprozent sowie (3) aus den Erträgen der Spielbankenabgabe. Insgesamt steigen die budgetierten Ausgaben für die Altersversicherung um 257 Millionen bzw. um 2,5 Prozent:

- Der Bundesbeitrag erhöht sich um 185 Millionen (+2,5 %) auf 7645 Millionen. Dieser Anstieg ist allein auf die Demografie zurückzuführen, denn 2012 findet keine Rentenerhöhung statt (99% der AHV-Ausgaben bestehen aus Rentenleistungen; die Kosten der AHV werden daher von der Rentenhöhe und der Bevölkerungsentwicklung bestimmt).
- Der Anteil der Versicherung am Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV wird sich gemäss Voranschlag um 93 Millionen auf 2323 Millionen erhöhen. Diese Zunahme von 4,2 Prozent ergibt sich aus der erwarteten Steigerung der Mehrwertsteuererträge im Voranschlagsjahr.
- Bei der Spielbankenabgabe wiederum ist das Jahr 2010 massgeblich. Damals betragen die Einnahmen 381 Millionen; diese werden 2012 zweckgebunden für die Finanzierung der AHV verwendet (-8,1% im Vergleich zu 2011).

Zur Finanzierung der *Invalidenversicherung* leistet der Bund 2012 nicht nur seinen ordentlichen Beitrag in Höhe von 37,7 Prozent der IV-Ausgaben, sondern er zahlt im Rahmen der IV-Zusatzfinanzierung einen Sonderbeitrag an die IV-Zinsen, und er überweist der Versicherung die Erträge aus der befristeten Mehrwertsteuererhöhung (im Umfang von 0,4 MWST-Prozenten). Über die IV-Zusatzfinanzierung fliessen der IV im Jahr 2012 insgesamt 1307 Millionen zu, so dass die Versicherung gemäss Budget ein positives Umlageergebnis von rund 350 Millionen erzielen wird.

- Der ordentliche Beitrag des Bundes wird gemäss Voranschlag angesichts der rückläufigen Ausgaben der IV ebenfalls sinken, und zwar um 101 Millionen (-2,7%) auf 3588 Millionen (zu rund drei Vierteln bestehen die Ausgaben der IV aus Rentenleistungen; weitere 15 Prozent entfallen auf individuelle Leistungen und der Rest auf Beiträge an Institutionen, Zinsen sowie Verwaltungskosten).
- Der Anteil der IV an den Mehrwertsteuererträgen erhöht sich im Gegenzug um 270 Millionen auf 1122 Millionen (+32%). Dieser Anstieg ist die Folge davon, dass die Mehrwertsteuerabrechnungen jeweils mit einer Verzögerung von rund einem Quartal anfallen. Im Jahr 2011, dem ersten Jahr der IV-Zusatzfinanzierung, erhält die IV daher nicht die Erträge aus einem vollen Steuerjahr; dies ist erst ab 2012 der Fall. Zudem wurden die Ertragsschätzungen für die Mehrwertsteuer nach oben revidiert.
- Der Sonderbeitrag des Bundes an die IV-Zinsen wiederum sinkt aufgrund des tiefen Zinsniveaus gegenüber dem für 2011 eingestellten Wert um 49 auf 185 Millionen. Die IV-Schuld gegenüber dem Ausgleichsfonds der AHV wird während der Dauer der IV-Zusatzfinanzierung zum festen Zinssatz von 2 Prozent verzinst. Dies entspricht dem Durchschnitt des siebenjährigen Swap-Satzes während zwei Jahren vor Inkrafttreten der Zusatzfinanzierung.

Bei den *Ergänzungsleistungen* (EL) leistet der Bund Beiträge an die Kantone. Er übernimmt 5/8 der jährlichen EL-Zahlungen, die der Existenzsicherung dienen. Die Krankheits- und Behindernungskosten sowie die Zusatzkosten von EL-Bezüglern im Heim werden dagegen vollumfänglich von den Kantonen getragen.

Bei den zu Hause lebenden Personen gilt die ganze jährliche EL als Existenzsicherung; bei den Personen im Heim macht die Existenzsicherung nur einen Teil der jährlichen EL aus. Der Bund richtet den Kantonen zudem eine Abgeltung für die EL-Verwaltungskosten aus. Umfangmässig machen die EL zur AHV und zur IV je etwa die Hälfte der gesamten Bundesausgaben in diesem Bereich aus. Im Voranschlagsjahr kommt das Ausgabenwachstum von total 30 Millionen (+2,2 %) alleine durch die EL zur IV zustande (+4,7 %), wogegen für den Beitrag an die EL zur AHV ein marginal rückläufiger Betrag budgetiert ist (-1,9 Mio; -0,3 %). Dieses Quasi-Nullwachstum bei den EL zur AHV ist auf zwei gegenläufige Effekte zurückzuführen: Einerseits ist aus demografischen Gründen eine Zunahme der EL-Ausgaben von 32 Millionen zu erwarten; andererseits lag der Rechnungsabschluss des Jahres 2010 unter den Erwartungen, und der daraus resultierende Niveau-Effekt senkt die Ausgaben gegenüber 2011 um 34 Millionen. Bei den EL zur IV gibt es keinen vergleichbaren Niveaueffekt; die Kostensteigerung liegt vor allem an der höheren Anzahl der IV-Bezüger und Bezügerinnen mit Ergänzungsleistungen sowie an der Höhe der ausgerichteten Beiträge.

Die zweckgebundenen Einnahmen aus der Alkohol- und Tabaksteuer, die für die Finanzierung der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL reserviert sind, werden 2012 auf 2508 Millionen veranschlagt. Der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent, welches für die Deckung der demografiebedingten Mehrkosten der AHV seit 1999 erhoben wird, beträgt 477 Millionen (nach Abzug der Debitorenverluste). Mit diesen zweckgebundenen Einnahmen können nur 23,3 Prozent der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL gedeckt werden; ungefähr gleich viel wie im Budget von 2011 (23,2 %).

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* fallen zum grössten Teil im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Der Bundesbeitrag beträgt nach Artikel 66 des Krankenversicherungsgesetzes (SR 832.10) 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Die Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung nehmen im Voranschlag 2012 um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresbudget zu. Der Voranschlagswert für 2011 liegt allerdings um gegen 30 Millionen über dem effektiven Bundesbeitrag für das laufende Jahr. Das um diesen Sonderfaktor bereinigte Wachstum der Ausgaben für die Prämienverbilligung beträgt im Budget 2012 rund 5,1 Prozent. In diesem Schätzwert berücksichtigt sind der mutmassliche Anstieg der Durchschnittsprämie, die Zunahme der Versichertenzahl und die Wirkungen der beschlossenen Sparmassnahmen im Gesundheitswesen sowie schliesslich die Effekte der neuen Spitalfinanzierung. Bei Letzteren bestehen bekanntlich grössere Unsicherheiten. Die Aufteilung des Bundesbeitrags auf die Kantone richtet sich nach deren Anteil an der Wohnbevölkerung (inkl. Grenzgänger). Die Kantone stocken den Bundesbeitrag nach Bedarf auf, um dem gesetzlichen Auftrag nachkommen zu können. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung werden zum Teil zweckfinanziert. Zugunsten unterer Einkommenschichten werden 5 Prozent

des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV-/IV- und FinÖV-Anteil) verwendet, was für 2012 einen budgetierten Betrag von 913 Millionen (nach Abzug der Debitorenverluste) ergibt. Zudem tragen im Voranschlag 2012 die Einnahmen für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs mit 283 Millionen zur Finanzierung der individuellen Prämienverbilligung bei. Die zweckgebundenen Mittel decken damit insgesamt rund 54 Prozent der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung.

Die Ausgaben des Bundes für die *Militärversicherung* nehmen im Voranschlag 2012 um 0,3 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2011 zu und weisen damit eine fast stabile Kostenentwicklung auf. Während die Renten und Abfindungen eine sinkende Tendenz aufweisen, nehmen die Behandlungskosten und Barleistungen gegenüber dem Budget 2011 zu. Die Aufwendungen des Bundes für den *sozialen Wohnungsbau und die Wohnbauförderung* sinken im Vergleich zum Voranschlag 2011 um rund 7 Millionen oder 6,6 Prozent. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Zusatzverbilligungen von Mietzinsen zurückzuführen. Weil seit Beginn 2002 keine neuen Verpflichtungen mehr für diese Aufgabe eingegangen werden, nehmen die auslaufenden Zusatzverbilligungen kontinuierlich ab.

Im Bereich *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* wachsen die Ausgaben um beinahe 12 Millionen (+2,7 %). Diese Entwicklung erklärt sich im Wesentlichen durch die Zunahme des Bundesbeitrags an die Arbeitslosenversicherung gegenüber dem Vorjahr um 11 Millionen. Grund für diese Steigerung ist das erwartete Wachstum der beitragspflichtigen Lohnsumme. Die verbleibende Million resultiert aus mehreren geringfügigeren Variationen.

Im Bereich *Migration* zeichnet sich im Voranschlag 2012 gegenüber dem Vorjahr ein Mehrbedarf von rund 90 Millionen bzw. knapp 10 Prozent ab. Dies liegt insbesondere daran, dass angesichts der Unruhen in Nordafrika und dem Nahen Osten (Syrien) für das Jahr 2012 mit einem Anstieg der Anzahl Asylgesuche von bisher 15 000 auf 19 000 ausgegangen wird. Zudem liegt den Zahlen weiterhin die Annahme steigender Flüchtlingsbestände zu Grunde, da eine Anerkennung als Flüchtling aufgrund des hohen Anteils der Asylgesuche aus Herkunftsländern mit hoher Schutzquote wahrscheinlich ist. Die Mehrausgaben im Voranschlag 2012 fallen somit hauptsächlich in den Bereichen Sozialhilfe Asylsuchende (+39 Mio.), Sozialhilfe Flüchtlinge (+30 Mio.), Betriebsausgaben Empfangszentren (+5 Mio.) sowie Vollzugskosten (+5 Mio.) an. Zu Mehrausgaben führen auch der progressiv ansteigende Beitrag der Schweiz an den Aussengrenzenfonds (+2 Mio.) sowie das verstärkte Engagement der Schweiz im Rahmen von Migrationspartnerschaften (+2,5 Mio.). Dank dem so genannten Dublin-Effekt (d.h. das Asylgesuch einer Person, die bereits im Dublin-Raum ein Gesuch gestellt hat, muss materiell nicht mehr geprüft werden) wird trotz steigenden Asylgesuchszahlen im Jahr 2012 mit weniger Anhörungen und daher mit leicht sinkenden Verfahrenskosten gerechnet.

22 Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
				absolut	%
Finanzen und Steuern	10 111	10 145	10 345	199	2,0
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	17,1	16,1	16,1		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 238	4 067	4 354	287	7,1
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	2 972	3 028	2 889	-139	-4,6
Finanzausgleich	2 901	3 051	3 102	51	1,7

Dieser Aufgabenbereich weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. 2012 entfallen – gegenüber dem Vorjahr unverändert – 16,1 Prozent der ordentlichen Gesamtausgaben auf diese Aufgabengruppe. Dieser Aufgabenbereich zeichnet sich dadurch aus, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmärkte, Zinssätze, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

Das Wachstum der Ausgaben im Aufgabengebiet Finanzen und Steuern gegenüber dem Voranschlag 2011 (+2,0 %) liegt leicht unter demjenigen der Gesamtausgaben (nach Bereinigung um den Sondereffekt SIFEM). Die Zunahme ist hauptsächlich auf die gegensätzliche Entwicklung von zwei der drei Komponenten dieses Aufgabengebiets zurückzuführen: Erstens ziehen die durch eine dynamische Konjunktur bedingten Mehreinnahmen höhere Anteile an den Bundeseinnahmen nach sich; zweitens führt der niedrigere Finanzierungsbedarf im Jahr 2012 zu einem Rückgang bei den Kosten der Vermögens- und Schuldenverwaltung. Die leichte Zunahme bei den Transferzahlungen des Bundes im Rahmen des Finanzausgleichs wirkt sich dagegen nur schwach auf die Entwicklung dieses Aufgabenbereichs aus.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (DBSt) und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die *Anteile an den Bundeseinnahmen*. Ausserdem umfassen sie ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA). Die Zunahme der Anteile an den Bundeseinnahmen gegenüber dem Vorjahr 2011 (+287 Mio., d.h. +7,1 %) erklärt sich hauptsächlich mit den Mehreinnahmen aus der dBSt, bedingt durch die günstige Konjunktur, die zu einem Anstieg der Anteile der Kantone am Bundessteuerertrag um 214 Millionen (+7,1 %) führte. Die Verrechnungssteuer trägt im Zuge der Erhöhung der höheren budgetierten Einnahmen, die durch

eine Änderung der Schätzmethode bedingt ist, ebenfalls zu dieser Entwicklung bei. Ihr Anteil an den Einnahmen nimmt um 49 Millionen (+13,4 %) zu. Dasselbe gilt für die Kantonsanteile der LSVA, die aufgrund einer Neuschätzung der Erträge ebenfalls zunehmen (+49 Mio. oder 10,5 %). Von diesem generellen Trend hebt sich der Rückgang des Gesamtbetrags der Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer, den Zöllen und der LSVA (-28,0 Mio. oder -14,9 % gegenüber 2011) leicht ab.

Die gegenüber dem Voranschlag 2011 sinkenden *Kosten für die Vermögens- und Schuldenverwaltung* (-139 Mio. oder -4,6 %) sind auf die stark rückläufigen Ausgaben für die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie (-145 Mio. oder -77,2 %) zurückzuführen. Die rückläufigen Emissionskosten der Bundestresorerie sind vor allem durch die per 1. Februar 2012 geplante Aufhebung der Emissionsabgabe (siehe Ziff. 13) im Rahmen der Massnahmen zur Stärkung der Stabilität im Finanzsektor («too big to fail») bedingt. Diese Entwicklung kontrastiert mit dem leichten Anstieg (+6 Mio. oder +0,2 %) der Ausgaben für die Passivzinsen. Deren Wachstum wiederum erklärt sich durch gegenläufige Entwicklungen. Die aufgrund der Verringerung der finanziellen Grundlast (Nettorückerstattungen von fälligen Obligationen in einem Gesamtvolumen von 7,6 Mrd.) stark gesunkene Zinslast der Anleihen (-199 Mio.) wurde durch den drastischen Einbruch der für 2012 veranschlagten Agios vollständig zunichte gemacht (66 Mio. gegenüber 300 Mio. im 2011, d.h. ein Rückgang um 234 Mio.). Im Endeffekt erhöhte sich die Zinslast der Anleihen sogar um 35 Millionen. Zudem mussten im Gegensatz zu 2011 bei der Verrechnungssteuer Mehrbelastungen in Höhe von 73 Millionen zu Gunsten der Eidgenössischen Steuerverwaltung veranschlagt werden, wegen Anleihen, die 2012 fällig werden und die ursprünglich mit einem Disagio emittiert wurden. Dieser Mehraufwand von 108 Millionen macht die Entlastungen zunichte, die zum einen aufgrund des geringeren Finanzierungsbedarfs (Abnahme des Emissionsvolumens von 14,7 Mrd. im 2011 auf 12,0 Mrd.) sowie der tieferen Zinssätze auch bei den Geldmarktbuchforderungen (-72 Mio. oder -50 %) und zum ändern in anderen Bereichen wie bei den Festgeldern (-16 Mio.) und den Zinsswaps (-7 Mio.) verzeichnet wurden.

2012 ist das erste Jahr der zweiten Vierjahresperiode des *neuen Finanzausgleichs* (NFA), der 2008 in Kraft trat und ebenfalls diesem Aufgabenbereich zugeordnet ist. Er umfasst den vertikalen Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich. Die vom Parlament in der Sommersession 2011 beschlossenen Transferzahlungen des Bundes für 2012 belaufen sich auf insgesamt 3102 Millionen, was gegenüber 2011 einer Zunahme um 51 Millionen (+1,7 %) entspricht. Die Transferzahlungen schliessen einen Beitrag von 112 Millionen zur Kompensation der beim Übergang zum NFA festgestellten Abweichung von der Haushaltsneutralität mit ein. Dieser Betrag wird proportional auf den vertikalen Ressourcenausgleich und die beiden Lastenausgleichsgefässe aufgeteilt. 2012 beträgt der Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich 2120 Millionen, was gegenüber 2011 einem leichten Anstieg (+20 Mio. oder +0,9 %) entspricht. Diese

Zunahme ergibt sich aufgrund der Abnahme des Ressourcenpotenzials (-61 Mio.) und des zusätzlichen Beitrags im Rahmen der Kompensation für die Abweichung von der Haushaltsneutralität (+81 Mio.). Der Beitrag des Bundes an den Lastenausgleich beträgt 738 Millionen (je 369 Millionen für den geografisch-topografischen und den soziodemografischen Lastenausgleich). Betragsmässig erhöht er sich damit um insgesamt 33 Millionen. Diese Erhöhung ist hauptsächlich auf die Kompensation für die Abweichung von der Haushaltsneutralität in der Höhe von 31 Millionen zurückzuführen. Die übrige Zunahme ist durch die Anpassung an die Teuerung bedingt (von April 2010 bis April 2011: +0,3%). Schliesslich bleibt der 2012 für den Härteausgleich aufgeworfene Betrag gegenüber 2011 unverändert (244 Mio.). Zur Erinnerung: Dieser Betrag bleibt für die ersten acht Jahre fix, anschliessend verringert er sich jährlich um fünf Prozent.

23 Verkehr

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2011	
	2010	2011	2012	absolut	%
Verkehr	8 225	8 085	8 467	382	4,7
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,9	12,8	13,2		
Strassenverkehr	2 914	2 711	2 844	132	4,9
Öffentlicher Verkehr	5 215	5 219	5 444	224	4,3
Luftfahrt	96	155	180	26	16,5

Das Aufgabengebiet Verkehr wächst mit 4,7 Prozent deutlich stärker als der Gesamthaushalt und weist im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von 382 Millionen auf. In allen drei Unteraufgabengebieten nehmen die Ausgaben zu.

Die Ausgaben für den *Strassenverkehr* nehmen um 132 Millionen bzw. 4,9 Prozent zu:

- Die Nationalstrassenausgaben steigen um 129 Millionen auf 2186 Millionen (+6,3%). Grund für diese Zunahme sind namhafte Zusatzbedürfnisse für den Unterhalt und den Ausbau der Nationalstrassen. Diese werden finanziert über eine Mittelumlagerung zwischen dem Infrastrukturfonds und dem Budget des ASTRA. Dies ist möglich, weil für die aus dem Infrastrukturfonds finanzierte Engpassbeseitigung und die Netzvollendung wegen Projektverzögerungen weniger Mittel benötigt werden.
- Die Ausgaben für die Hauptstrassen steigen teuerungsbedingt um rund 2 Millionen auf 187 Millionen.
- Für die übrigen Strassen werden gesamthaft rund 90 Millionen eingesetzt (+ 5 Mio.). Die Beiträge für die Verkehrstrennung sinken infolge Abschluss verschiedener Projekte auf 2 Millionen.
- Die Kantonsanteile an den zweckgebundenen Einnahmen (Mineralölsteuern und -zuschlag, Nationalstrassenabgabe) erreichen 379 Millionen.

Einnahmen und Ausgaben des zweckgebundenen Fonds «Spezialfinanzierung Strassenverkehr» sind im Statistikteil des vorliegenden Bandes in Tabelle B43 dargestellt. Für das Voranschlagsjahr wird ein negativer Saldo von 205 Millionen erwartet. Einerseits wird mit stagnierenden Einnahmen aus den Mineralölsteuern gerechnet, andererseits steigen die Ausgaben teuerungsbedingt und infolge zusätzlicher Aufgaben (Inbetriebnahme neuer Nationalstrassenteilstücke) stetig an. Per Ende 2012 wird die Spezialfinanzierung einen voraussichtlichen Stand von 1689 Millionen aufweisen.

Die Ausgaben für den *öffentlichen Verkehr* nehmen im Vorjahresvergleich deutlich zu (+224 Mio. bzw. +4,3%):

- Die hohe Zunahme bei den Beiträgen an die Infrastruktur der SBB und Privatbahnen (+132 Mio. bzw. +4,9%) ist primär

durch den höheren Mittelbedarf für Unterhalt und Substanzerhalt der bestehenden Anlagen begründet: Externe Gutachten der SBB und des BAV haben im 2010 ergeben, dass die bisher vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, um auch zukünftig den Betrieb und Erhalt der bestehenden Eisenbahninfrastruktur zu gewährleisten.

- Die höheren zweckgebundenen Einnahmen (+29 Mio. bzw. +2,1%) des FinöV-Fonds sind wie folgt begründet: Die LSVA-Einlagen nehmen aufgrund des guten Konjunkturverlaufs im Vergleich zum Vorjahr um 21 Millionen zu. Unter Berücksichtigung des nicht in den FinöV-Fonds eingelegten Bundesanteils an der LSVA (283 Mio.; 2011: 206 Mio.) würde der Anstieg 98 Millionen betragen. Die im ordentlichen Bundeshaushalt zurückbehaltenen Mittel werden – wie in Artikel 85 Absatz 2 der Bundesverfassung vorgesehen – zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten und dabei zur Prämienverbilligung der Krankenkassen verwendet (vgl. Band 3, Ziffer 21, Krankenversicherung). Dies schafft Spielraum, um im ordentlichen Bundesbudget die finanziellen Mittel für Unterhalt und Substanzerhalt der Bahninfrastruktur haushaltsneutral zu erhöhen. Die Einnahmen aus dem MWST-Promille steigen konjunkturbedingt um 11 Millionen, während die Mineralölsteuereinlagen, die 25 Prozent der Bauaufwendungen der NEAT-Basislinien ausmachen, um 3 Millionen abnehmen.
- Die Abgeltungen für den Regionalen Personenverkehr (RPV) werden um 65 Millionen (+8,2%) aufgestockt. Damit kann einerseits gewährleistet werden, dass der Bund der Vorgabe aus Artikel 33 des Personenbeförderungsgesetzes vollumfänglich nachkommt und 50 Prozent des von Bund und Kantonen gemeinsam bestellten Angebots finanziert. Andererseits können damit die Mehrkosten aus der Erhöhung des Energiepreises im Trassenpreis auf den 1. Januar 2012 abgedeckt werden.

Die Ausgaben für die *Luftfahrt* nehmen gegenüber dem Vorjahr deutlich zu (+26 Mio. bzw. +16,5%). Dies ist vornehmlich die Folge der unterjährig erfolgten Inkraftsetzung der Ausführungsbestimmungen (1.8.2011) zum geänderten Art. 86 BV (Schaffung Spezialfinanzierung Luftverkehr): Während im Voranschlag 2011 für 5 Monate zweckgebundene Mittel von 18 Millionen eingestellt sind, stehen im Voranschlag 2012 für die technischen und nicht-hoheitlichen Sicherheitsmassnahmen sowie die Umweltschutzmassnahmen 41 Millionen zur Verfügung.

Bundeshaushalt und Infrastrukturfonds

Nebst direkten Ausgaben im Aufgabengebiet Verkehr (bspw. für Ausbau und Unterhalt) tätigt der Bund auch Verkehrsinvestitionen über den separaten Infrastrukturfonds (vgl. Band 4, Sonderrechnung Infrastrukturfonds). Diese indirekten Ausgaben finanziert er mit jährlichen Einlagen in den Fonds, die in der Aufgabensicht des Bundeshaushaltes enthalten sind. Über den Infrastrukturfonds (IF) investiert der Bund zudem aus der Anfang 2008 erfolgten Ersteinlage (2200 Mio.) sowie aus der weiteren ausserordentlichen Einlage 2011 (850 Mio.) zusätzliche Mittel in Nationalstrassen und leistet Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Diese Mittel sind in der Aufgabensicht nicht enthalten.

Während beim Strassenverkehr im Bundeshaushalt ein Ausgabenwachstum von 132 Millionen (4,9%) zu verzeichnen ist (Ausgaben im Bundeshaushalt inkl. der dem Strassenverkehr zurechenbaren jährlichen Einlage in den IF), sinken gleichzeitig die aus den beiden a.o. Einlagen in den IF zugunsten der Strasse finanzierten Ausgaben gegenüber 2011 um 109 Millionen (-20,9%). Daraus ergibt sich in einer Gesamtsicht ein Ausgabenwachstum von 23 Millionen (+0,7%). Die aus dem IF mitfinanzierten Aufgaben haben daran folgenden Anteil:

- Nationalstrassen: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Nationalstrassen von 2599 Millionen ergeben sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 2186 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage in den IF von 407 Mio.) sowie aus Ausgaben von 413 Millionen, welche der IF aus den a.o. Einlagen zugunsten der Netzfertigstellung und für die Engpassbeseitigung aufwendet. Gegenüber dem Vorjahr nehmen sie um 20 Millionen zu.
- Hauptstrassen: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Hauptstrassen von 207 Millionen ergeben sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 187 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage von 24 Mio.) und Mitteln in der Höhe von 20 Millionen, welche der IF aus den a.o. Einlagen für Pauschalbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen leistet (+1,5 Mio. gegenüber 2011).

Die übrigen aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Aufgaben (Strassen- und Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs) werden ausschliesslich aus der jährlichen Einlage finanziert und sind deshalb in der Aufgabensicht des Bundes vollständig abgebildet.

24 Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
				absolut	%
Landesverteidigung	4 395	4 942	4 651	-291	-5,9
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,4	7,8	7,3		
Militärische Landesverteidigung	4 292	4 827	4 529	-298	-6,2
Nationale Sicherheitskooperation	103	115	122	7	5,9

Bei der Landesverteidigung kommt es gegenüber 2011 zu einer Abnahme der Ausgaben um insgesamt 291 Millionen oder 5,9 Prozent, die auf die Militärische Landesverteidigung zurückzuführen ist. 2011 waren insgesamt 330 Millionen Kreditreste aus früheren Jahren berücksichtigt worden. Da diese 2011 voraussichtlich nicht vollumfänglich eingesetzt werden können, wurden 2012 keine Kreditreste budgetiert. Bei Bedarf können – gemäss den Regelungen zum Ausgabenplafond der Armee – Reste aus dem laufenden Jahr (2011) auf das Voranschlagsjahr 2012 übertragen werden.

Die Landesverteidigung umfasst auch einen zivilen Teil (Nationale Sicherheitskooperation). Dieser verzeichnet gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von 5,9 Prozent (+7 Mio.) und ist auf die zusätzlichen Ausgaben beim Zivilschutz für die Umnutzung und Aufhebung von Schutzanlagen zurückzuführen.

Die Militärische Landesverteidigung alleine verzeichnet 2012 einen Ausgabenrückgang im Umfang von 298 Millionen (-6,2 %). Da ab 2012 diesem Aufgabengebiet wiederum Teile des Nachrichtendienstes angerechnet werden, ist dieser Wert leicht gegen unten verzerrt (Rückintegration NDB: +24 Mio.). Unter Einbezug dieser Änderung sind die Ausgaben der Militärischen Landesverteidigung damit um insgesamt 322 Millionen oder 6,7 Prozent rückläufig. Zur Abnahme trägt im Voranschlagsjahr auch die Internationale militärische Kooperation, Friedensförderung bei (-13 Mio.). Dabei sind zwei gegenläufige Entwicklungen nennenswert: Einerseits die Abnahme bei den UNO-Beträgen (-26 Mio.), welche infolge der Dollarschwäche und der nicht linearen Aufteilung der friedenserhaltenden Operationen auf die einzelnen Jahre zurückgehen. Andererseits verzeichnet die Friedensförderung eine Zunahme um knapp 14 Millionen, dies vorwiegend infolge der Erhöhung des Kostenrahmens der Schweizer Beteiligung an der multinationalen Kosovo Force (KFOR). Der verbleibende Rückgang bei der Militärischen Landesverteidigung im Umfang von rund 310 Millionen resultiert aus folgenden gegenläufigen Entwicklungen hauptsächlich im Armeebereich:

- **Rüstungsaufwand (-304 Mio.):** Für die Abnahme bei der Militärischen Landesverteidigung sind hauptsächlich die rückläufigen Rüstungsausgaben verantwortlich. Grund für die Abnahme sind die im Vorjahr in grossem Umfang übertrage-

nen Kreditreste aus früheren Jahren. Während die Ausgaben für die Beschaffung von neuen Rüstungsgütern stark abnehmen, nehmen die durchschnittlichen Kosten für die laufende Ausrüstung und den Erneuerungsbedarf AEB und diejenigen für die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung PEB gegenüber dem Vorjahr leicht zu.

- **Übrige Investitionen (-50 Mio.):** Aufgrund von Projektverzögerungen infolge von Personalengpässen werden Investitionen in militärische Bauten teilweise auf spätere Jahre verschoben. Dadurch verringern sich die Investitionen gegenüber dem Vorjahr. Ebenfalls rückläufig sind die Mittel für die Beschaffung von Brenn- und Treibstoffen, dies vor allem infolge der Sistierung der Beschaffung von Brennstoffen. Die für 2012 erforderlichen Brennstoffe werden im kommenden Jahr ab Lager bezogen.
- **Personalaufwand (+29 Mio.):** Der Anstieg beim Personalaufwand ist einerseits eine Folge der Lohnmassnahmen. Andererseits nehmen die Personalausgaben aufgrund des anhaltenden Mehrbedarfs in den Bereichen Logistik (LBA) und Führungsunterstützung (FUB) gegenüber dem Vorjahr erneut zu. Die Personalabbausistierung in diesen Bereichen widerspiegelt sich auch im Ausgabenrückgang bei den Arbeitgeberleistungen: Die Anzahl der Sozialplan-Pensionierungen reduziert sich stark. Bei den Stäben und in der Militärischen Sicherheit hingegen kann der ursprünglich vorgesehene Personalabbau realisiert werden.
- **Übrige Betriebsausgaben (+18 Mio.):** Zunehmend komplexere und dadurch in der Instandhaltung teurere Systeme und der Nachholbedarf bei den Ersatzbeschaffungen führen gegenüber dem Vorjahr erneut zu einer Zunahme. Der anhaltende Mehrbedarf hängt aber auch mit der grossen Anzahl und Vielfalt von Systemen und der seit der Armee 95 praktisch unveränderten Anzahl Dienstage zusammen.

Im Voranschlag 2011 lag das Verhältnis zwischen den Betriebs- und Rüstungsausgaben bei 63 zu 37 Prozent. Infolge der rückläufigen Ausgaben bei der Rüstung und dem anhaltenden Mehrbedarf bei den Betriebsausgaben der Armee verschlechtert sich das Verhältnis im Voranschlag 2012 weiter auf 68 zu 32 Prozent.

25 Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Bildung und Forschung	6 067	6 329	6 681	352	5,6
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,2	10,0	10,4		
Berufsbildung	691	776	884	108	13,9
Hochschulen	1 833	1 867	1 927	60	3,2
Grundlagenforschung	2 350	2 429	2 519	90	3,7
Angewandte Forschung	1 164	1 228	1 323	95	7,7
Übriges Bildungswesen	28	29	29	0	0,1

Der Aufgabenbereich Bildung und Forschung weist gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 352 Millionen (+5,6 %) auf. Davon werden 168 Millionen zusätzlich zu Gunsten der Bildung und zusätzlich 184 Millionen für die Forschung ausgegeben. Insgesamt sind für die Bildung 2840 Millionen budgetiert, für die Forschung 3841 Millionen.

Abgrenzung des Aufgabengebiets zu den Krediten der BFI-Botschaft: Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung beinhaltet zusätzlich zu den mit der BFI-Botschaft beantragten Krediten weitere Ausgaben. So werden namentlich Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (93 Mio.), die Mietaufwendungen des ETH-Bereichs für die Immobilien im Eigentum des Bundes (der Mietaufwand wird dem ETH-Bereich ohne Anrechnung an den Zahlungsrahmen zur Verfügung gestellt; 301 Mio.) sowie weitere Kredite (v.a. Ressortforschung und Personalaufwand; 290 Mio.) nicht im Rahmen der BFI-Botschaft beantragt. In der Summe bleiben diese Kredite auf dem Niveau des Vorjahres. Der überwiegende Teil der Kredite im Aufgabenbereich Bildung und Forschung ist jedoch Bestandteil der BFI-Botschaft (90%). Diese Kredite wachsen im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 Prozent (+314 Mio.).

Die *Berufsbildung* weist innerhalb des Aufgabengebiets mit Abstand die höchste Wachstumsrate auf (+13,9 %; +108 Mio.). Diese ist in erster Linie im starken Anstieg der Pauschalbeiträge (+13,3 %; +89 Mio.) sowie der Innovations- und Projektbeiträge (+23,9 %; +17 Mio.) begründet. Das sehr starke finanzielle Engagement des Bundes ist auf den Willen zurückzuführen, die Richtgrösse für die Bundesbeteiligung von einem Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand an den Berufsbildungskosten zu erreichen. Im Voranschlag ist der Beschluss des Nationalrates umgesetzt, dass sich die Bundesbeteiligung dem Richtwert nicht nur annähert, sondern 25 Prozent genau erreicht. Der Ständerat hat demgegenüber eine tiefere Bundesbeteiligung vorgesehen (-51 Mio.). Mit den vom Bundesrat im Voranschlag eingestellten Mitteln kann der Beschluss des Nationalrates umgesetzt werden. Für den Fall, dass die Mehrheit des Parlaments dem Ständerat folgt, bleibt ein Teil der Voranschlagskredite gesperrt.

Die Beiträge an die *Hochschulen* wachsen mit 3,2 Prozent (+60 Mio.) weniger stark als das Aufgabengebiet. Dabei steigen die Beiträge an die Bundeshochschulen um 2,8 Prozent (+18 Mio.). In diesen Beiträgen sind in erster Linie die dem Teilaufgabengebiet «Bildung» zugeordneten Mittel an den ETH-Bereich enthalten (648 Mio. bzw. 26,2 % der gesamten Beiträge an den ETH-

Bereich). Der Anteil des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) an den Ausgaben für Bundeshochschulen beträgt knapp 5 Prozent (33 Mio.). Die Bundesbeiträge an die kantonalen Universitäten steigen um 3,1 Prozent (+23 Mio.). Bei den Fachhochschulen beträgt das Wachstum 4,0 Prozent, was die Anstrengungen des Bundes ausdrückt, seinen gesetzlichen Anteil von einem Drittel an den anrechenbaren Aufwendungen der öffentlichen Hand zu erfüllen.

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung unterschieden. Die Ausgaben für die Grundlagenforschung wachen im Vorjahresvergleich um 3,7 Prozent (+90 Mio.) und damit nur etwa halb so stark wie die Ausgaben für die angewandte Forschung (+7,7 %; +95 Mio.). Die *Grundlagenforschung* umfasst namentlich die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds SNF, das CERN, einen Teil der Leistungen an die Europäischen Raumfahrtbehörde ESA sowie knapp 60 Prozent der Bundesbeiträge an den ETH-Bereich. Absolut den grössten Zuwachs verzeichnen die Beiträge an den SNF (+4,0 %; +33 Mio.). Beim SNF ist die Strategie des Bundesrates, die kompetitive Forschungsförderung und damit die Exzellenz der Schweizer Forschenden weiter zu stärken, Grund für die Aufstockung. Der SNF verwendet die zusätzlichen Mittel für die Ausweitung der Forschungsförderung und die verstärkte Abgeltung der indirekten Forschungskosten (Overhead-Beiträge). Der Beitrag an das CERN wird im Vergleich zum Vorjahr um 31 Prozent höher budgetiert (+10 Mio.). Bei der Berechnung der Mitgliederbeiträge an das CERN wird die Wirtschaftsleistung eines Landes berücksichtigt. Da die Schweiz die Wirtschaftskrise besser gemeistert hat als die meisten anderen Mitgliedsländer und sich damit die Schweizer Wirtschaftsleistung relativ erhöht hat, steigt der Schweizer Beitrag ans CERN.

Zur *angewandten Forschung* gehören namentlich die Ausgaben der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), ein Teil der Beiträge an den ETH-Bereich und an die ESA, die Ausgaben der landwirtschaftlichen Forschungsanstalten sowie 90 Prozent der Mittel für die EU-Forschungsrahmenprogramme. Letztere nehmen im Vorjahresvergleich um 20,6 Prozent (+78 Mio.) zu und beeinflussen damit das starke Wachstum der angewandten Forschung (+7,7 %; +95 Mio.) massgeblich. Wie bei den Bundesbeiträgen an das CERN ist die starke Zunahme bei den Beiträgen an die EU-Forschungsrahmenprogramme auf die höhere Wirtschaftsleistung der Schweiz zurückzuführen, die Eingang in den Verteilschlüssel der Mitgliederbeiträge findet.

26 Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut %	
Landwirtschaft und Ernährung	3 666	3 668	3 699	32	0,9
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,2	5,8	5,8		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	184	149	194	45	30,1
Produktion und Absatz	428	442	418	-24	-5,4
Direktzahlungen	2 769	2 799	2 809	11	0,4
Übrige Ausgaben	284	278	278	0	0,1

Rund 3,4 Milliarden bzw. gut 90 Prozent des Landwirtschaftsbudgets wird gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Mit Bundesbeschluss vom 14. April 2011 hat das Parlament diese Zahlungsrahmen für die Jahre 2012 und 2013 wie folgt festgelegt:

- Direktzahlungen: 5625 Millionen
- Produktion und Absatz: 837 Millionen
- Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen: 388 Millionen

Mit diesem Beschluss haben die eidg. Räte in der Landwirtschaft nicht nur die gezielten Kürzungen des Konsolidierungsprogramms, sondern auch die Teuerungskorrektur rückgängig gemacht. Entsprechend steigen die Ausgaben in der Landwirtschaft im Vergleich zum Vorjahr um gut 30 Millionen bzw. 0,9 Prozent an. Bereinigt um die prognostizierte Teuerung von 0,7 Prozent kommt dies in etwa einer realen Stabilisierung der Ausgaben gleich. In den einzelnen Bereichen präsentiert sich die Entwicklung wie folgt:

Die *Direktzahlungen*, die mit 2,8 Milliarden rund drei Viertel der Agrarausgaben ausmachen, steigen im Vorjahresgleich um 10,5 Millionen bzw. 0,4 Prozent an. Dabei findet eine gewisse Mittelverschiebung von den allgemeinen zu den ökologischen Direktzahlungen statt: Um der erwarteten höheren Beteiligung an Öko- und Ethoprogrammen Rechnung zu tragen, werden die Mittel für ökologische Direktzahlungen um rund 18 Millionen (+3 %) auf gut 630 Millionen erhöht. Demgegenüber gehen die allgemeinen Direktzahlungen um knapp 8 Millionen bzw. 0,4 Prozent zurück. Mit 2,2 Milliarden fliesst aber auch im Vor-

anschlag der Grossteil der Agrarausgaben in Form von allgemeinen Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe.

Die unter dem Zahlungsrahmen *Produktion und Absatz* ausgewiesenen Mittel umfassen Marktstützungsmassnahmen in den Bereichen Milchwirtschaft, Viehwirtschaft und Pflanzenbau. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 24 Millionen bzw. 5,4 Prozent ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Mittelaufstockung in der Milchwirtschaft, welche das Parlament im Voranschlag 2011 vorgenommen hat, nicht vollumfänglich ins Folgejahr weitergezogen wird.

Mit rund 45 Millionen bzw. 30 Prozent weisen die *Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen* den grössten Zuwachs gegenüber dem Vorjahresbudget auf. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Investitionskredite zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen im Voranschlag 2011 zur Umsetzung der Teuerungskorrektur des Konsolidierungsprogramms überproportional gekürzt wurden. Aufgrund der Parlamentsbeschlüsse zu den Zahlungsrahmen werden diese Kürzung rückgängig gemacht und die Mittel zusätzlich leicht aufgestockt, damit lange Wartelisten vermieden werden können. Praktisch konstant bleiben die Beiträge an die Pflanzen- und Tierzucht, für das landwirtschaftliche Beratungswesen sowie für Sozialmassnahmen.

Die *übrigen Ausgaben*, welche nicht über die Zahlungsrahmen gesteuert werden, bleiben im Vorjahresvergleich praktisch konstant. Darin enthalten sind auch die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggigesetz») im Umfang von 70 Millionen pro Jahr.

27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 607	2 970	3 179	209	7,0
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,4	5,5	5,0		
Politische Beziehungen	726	785	819	34	4,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 761	1 934	2 100	167	8,6
Wirtschaftliche Beziehungen	75	87	83	-4	-5,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	44	165	177	13	7,7

Hinweis: Voranschlag 2011 bereinigt um den einmaligen Sondereffekt SIFEM (betrifft «Entwicklungshilfe» und «Beziehungen zum Ausland»; vgl. Box Band 1, Ziff. 32).

Innerhalb des Aufgabengebiets *Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit* sind im Vergleich zum Vorjahr (unter Ausklammerung der haushaltsneutralen Auslagerung der SIFEM AG im Jahr 2011) Mehrausgaben von 209 Millionen (+7,0 %) veranschlagt. Diese Erhöhung ist hauptsächlich auf die Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe zurückzuführen.

Rund 26 Prozent der Ausgaben des Aufgabengebiets entfallen auf die *politischen Beziehungen*, die gegenüber dem Voranschlag 2011 einen Ausgabenzuwachs von 34 Millionen (+4,3 %) erfahren. Der Bereich umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, verschiedene Beiträge an internationale Organisationen (UNO, Europarat, Organisationen/Kommissionen im Umweltbereich, usw.), die Sitzstaatspolitik, die Friedensförderung, die Beiträge an die SRG-Sendungen für das Ausland sowie die Präsenz der Schweiz im Ausland. Im Bereich Sitzstaatspolitik gibt es eine Zunahme der Ausgaben aufgrund der einmaligen Beteiligung des Bundes an der Renovation des UNO-Sitzes in Genf in der Höhe von 50 Millionen und der Aufstockung der jährlich wiederkehrenden Beteiligung an den Mietkosten von internationalen Organisationen um 4 Millionen. Diese Mehrbelastungen werden durch die Beendigung einzelner Infrastrukturprojekte der Immobilienstiftung FIPOI etwas abgedämpft, womit in der Sitzstaatspolitik gesamthaft ein Mehrbedarf von 32 Millionen resultiert. Die Umsetzung der neuen Botschaft des Bundesrats zur zivilen Friedensförderung für die Jahre 2012-2016 schlägt mit einem Mehrbedarf von 5 Millionen gegenüber dem Voranschlag 2011 zu Buche. Zu einer Aufwandminderung gegenüber dem Vorjahr führen die günstigeren Wechselkurse, beispielsweise beim Betriebsaufwand, dem Kostenausgleich für Bedienstete im Ausland und den Beiträgen an internationale Organisationen. So verursachen zum Beispiel die tieferen Wechselkurse in Kombination mit der über die Zeit nicht linearen Budgetierung der friedenserhaltenden Operationen einen Minderaufwand von 11 Millionen bei den Beiträgen an die UNO.

Auf die *Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)* entfallen 66 Prozent der Ausgaben des Aufgabengebiets. Mit einer Steigerung von 167 Millionen oder 8,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr weist sie von den grossen Aufgabengebieten des Bundes die höchste Wachstumsrate auf. Das Ziel des Parlaments, bis im Jahr 2015 0,5 Prozent des schweizerischen Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) zu verwenden, schlägt sich in einer Aufstockung der meisten APD-relevanten Kredite nieder. Die grössten Zuwächse verzeichnen die bestimmten Aktionen der Entwicklungszusammenarbeit (+82 Mio.), die Beiträge an die Wiederauffüllung der internationalen Entwicklungsgesellschaft IDA (+21 Mio.), die Osthilfe (DEZA und SECO zusammen: +16 Mio.), die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit (+16 Mio.), die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (+14 Mio.) und die humanitäre Hilfe (+10 Mio.).

Die *wirtschaftlichen Beziehungen* machen knapp 3 Prozent des Aufgabenbereichs aus. Sie umfassen v.a. die Beiträge an internationale Organisationen im Wirtschaftsbereich (Europäische Freihandelsassoziation, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds, usw.). Der Minderaufwand gegenüber dem Vorjahr von 4 Millionen (-5 %) ist auf die günstigeren Wechselkurse zurückzuführen.

Mit einem Zuwachs von 13 Millionen (+7,7 %) gegenüber dem Voranschlag 2011 trägt bei einem Anteil von 5 Prozent am Aufgabengebiet auch die *Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU* zu dessen Wachstum bei. Der Anstieg ist dadurch begründet, dass sich eine steigende Anzahl von Projekten im Rahmen des schweizerischen Beitrags an die Erweiterung der EU in der Durchführungsphase befindet.

28 Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2011	
	2010	2011	2012	absolut	%
Übrige Aufgabengebiete	5 742	6 040	6 070	30	0,5
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,7	9,6	9,5		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 460	2 589	2 605	15	0,6
Ordnung und öffentliche Sicherheit	910	1 029	1 045	17	1,6
Kultur und Freizeit	413	450	476	26	5,7
Gesundheit	228	213	217	4	1,9
Umweltschutz und Raumordnung	1 140	1 229	1 172	-57	-4,6
Wirtschaft	591	529	555	26	4,8

Die Ausgaben der sechs übrigen Aufgabengebiete des Bundes belaufen sich auf 9,5 Prozent des Gesamthaushaltes. Im Vergleich zum Voranschlag 2011 steigen sie um 30 Millionen (+0,5%). Am stärksten wachsen dabei die Aufgabengebiete Kultur und Freizeit (+5,7%, hauptsächlich indirekte Presseförderung) sowie Wirtschaft (+4,8%, primär Standortförderung). Demgegenüber gehen die Ausgaben für den Umweltschutz und die Raumordnung um 4,6 Prozent zurück, weil bei der CO₂-Abgabe die Differenz zwischen dem Abgabenertrag und der Rückverteilung im Jahr 2010 korrigiert werden muss.

Die Ausgaben im Aufgabengebiet *institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* liegen 15 Millionen über dem Voranschlag 2011 (+0,6%) und entwickeln sich somit im Rahmen der Teuerung. Während die Informatikausgaben (-11 Mio.) zurückgehen, nehmen namentlich die Ausgaben für Bauten und Logistik (Investitionen, Mieten, +12 Mio.), für Finanzen (insb. Metallmengen und -preise bei Swissmint, +6 Mio.) und für das Parlament (+3 Mio.) zu.

Im Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* nehmen die Ausgaben gegenüber dem Voranschlag 2011 um 17 Millionen zu (+1,6%). Die Ausgaben für Grenzkontrollen liegen rund 16 Millionen oder 5 Prozent über dem Vorjahr (Lohnmassnahmen, zusätzliche Stellen und höhere Investitionen). Die Gerichte budgetieren 5 Millionen mehr als im Vorjahr (v.a. Personalaufwand/Lohnmassnahmen und Umzug des Bundesverwaltungsgerichts nach St. Gallen). Die Ausgaben für das allgemeine Rechtswesen (BK, BJ, Stiftungsaufsicht, metas, SIR) steigen gegenüber dem Vorjahr um 7 Millionen (Personal, Investitionen des BJ). Der Nachrichtendienst des Bundes wird demgegenüber ab 2012 teilweise auf die Landesverteidigung geschlüsselt, so dass die der Ordnung und öffentlichen Sicherheit zugerechneten Ausgaben entsprechend zurückgehen.

Die Ausgaben im Bereich *Kultur und Freizeit* steigen um 26 Millionen (+5,7%). Die vom Parlament beschlossene Aufstockung der indirekten Presseförderung (Verbilligung Zeitungstransporte) um 20 Millionen erklärt den Löwenanteil des Wachstums. Die

übrigen Kredite in diesem Aufgabengebiet wachsen namentlich aufgrund der vom Ständerat mit der Kulturbotschaft 2012-2015 beschlossenen Aufstockungen um 1,3 Prozent.

Die Ausgaben für die *Gesundheit* wachsen gegenüber dem Voranschlag 2011 um 4 Millionen (+1,9%). Das Wachstum entsteht in erster Linie beim Eigenaufwand (Personal, Investitionen) in den Bereichen Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit; daneben ist 2012 ein höherer Baukostenbeitrag an die Rehabilitationsklinik Novaggio fällig als im Vorjahr (+0,8 Mio.).

Das Aufgabengebiet *Umwelt und Raumordnung* weist einen Ausgabenrückgang von 4,6 Prozent aus (-57 Mio.). Dies ist im Wesentlichen auf die tiefere Rückerstattung der Lenkungsabgaben auf VOC und CO₂ zurückzuführen (-89 Mio.). Demgegenüber liegen die Ausgaben für den Naturschutz um 26 Prozent über dem Voranschlag 2011 (+27 Mio.); die zusätzlichen Mittel sollen v.a. in den Fonds Landschaft Schweiz (10 Mio.) und in neue Projekte zur Revitalisierung von Gewässern (+15 Mio.) fliessen.

Schliesslich nehmen die Ausgaben für die *Wirtschaft* gegenüber dem Voranschlag 2011 um 26 Millionen zu (+4,8%). Die wichtigsten Wachstumstreiber sind die Aufstockung des Beitrags an Schweiz Tourismus (Frankenstärke, +12 Mio.), die vom Nationalrat beschlossene Aufstockung bei der Standortförderungsbotschaft 2012-2015 (+5 Mio.). Sodann führen auch die Erhöhung der Personalbestände bei der Wettbewerbskommission und bei der Schweizerischen Akkreditierungsstelle zu Mehrausgaben. Schliesslich werden ab 2012 im Rahmen der Schaffung der Verwaltungseinheit «Regulierungsbehörden Infrastruktur» im UVEK verschiedene Ausgaben neu dem Aufgabengebiet Wirtschaft zugerechnet (bisher: u.a. Verkehr, institutionelle und finanzielle Voraussetzungen). Demgegenüber liegen die Ausgaben für die Energie um rund 5 Millionen tiefer als im Voranschlag 2011, insbesondere weil weniger Mittel für das Gebäudesanierungsprogramm zur Verfügung stehen (Korrektur der zu hohen Rückverteilung der CO₂-Abgabe im Jahr 2010).

31 Haushaltsrisiken

Begriff und Empfehlungen des IWF

Unter Haushaltsrisiken («Fiscal Risks») versteht man die Gefahr, dass die Abschlüsse der staatlichen Haushalte wesentlich von den budgetierten/geplanten Werten abweichen. Diese Gefahr besteht selbst dann, wenn ein Budget «auf Grund sorgfältiger Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs festgesetzt» wird, wie es das Finanzhaushaltsgesetz den Bundesbehörden in Artikel 32 vorschreibt. Selbst sorgfältig geplante Ausgaben und Einnahmen beruhen auf zahllosen Annahmen über Ereignisse, die durch gesetzliche Bestimmungen oder vertragliche Verpflichtungen finanzielle Konsequenzen für den Staatshaushalt haben. Das effektive Eintreten ist aber nur in den seltensten Fällen mit Sicherheit im Voraus bestimmt. Eine sorgfältige Budgetierung kann sich nur an den (im Zeitpunkt der Budgetierung) wahrscheinlichsten relevanten Ereignissen orientieren – Abweichungen von den Plangrössen beim Budgetvollzug sind damit abhängig vom Ausmass der Unsicherheit.

Ein wichtiges Beispiel sind die makroökonomischen Referenzgrössen, die einem Voranschlag zugrunde gelegt werden: Sie orientieren sich zwar an Expertenprognosen, die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung wird aber in aller Regel davon abweichen. Steuereinnahmen (welche einen gesetzlichen Bezug zu wirtschaftlichen Grössen haben) verfehlen dann den Budgetwert, und auch die Ausgaben (etwa bei den Sozialversicherungen oder den Schuldzinsen) fallen deswegen oftmals anders aus als geplant.

Eine ungünstige Realisation solcher «Zufallsvariablen» kann mit den damit verbundenen finanziellen Konsequenzen die geordnete Erfüllung der Staatsaufgaben gefährden. Folglich muss die Finanzpolitik auch den Haushaltsrisiken stets die nötige Aufmerksamkeit schenken, damit die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand auch in nicht vorhergesehenen ungünstigen Situationen aufrecht erhalten werden kann.

Die (internationalen) Erfahrungen der letzten Finanzkrise haben gezeigt, welches Ausmass Haushaltsrisiken und demzufolge welcher hoher Preis eine fehlende Beachtung haben kann.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat 2008 Richtlinien mit dem Titel «Fiscal Risks: Sources, Disclosure, and Management» veröffentlicht. Im Rahmen des Berichts über die Fiskaltransparenz der Schweiz (Fiscal Report on the Observance of Standards and Codes, kurz: Fiscal ROSC) hat der IWF im Jahr 2009 eine Beurteilung zum Stand der Umsetzung der Richtlinien betreffend Haushaltsrisiken in der Schweiz verfasst. Berichte dieser Art (inkl. regelmässiger Folge-Berichte) werden vom IWF für verschiedene Bereiche auf Antrag der Mitgliederländer erarbeitet. Die Eidg. Finanzverwaltung (EFV) hat auf Grundlage der Richtlinien und des Berichts über die Fiskaltransparenz mögliche Verbesserungen bezüglich Umgang mit Haushaltsrisiken in der Schweiz untersucht. Mit der Eingliederung eines spezifischen Kapitels in die Finanzberichterstattung zum Voranschlag 2011 wurde ein erster Schritt zur besseren Transparenz geschaffen.

Umgang mit Haushaltsrisiken

Gemäss den Richtlinien des IWF stützt sich der Umgang mit Haushaltsrisiken auf die drei Pfeiler Identifizierung, Offenlegung und Management:

Die *Identifizierung* umfasst die Feststellung/Benennung und Quantifizierung konkreter Haushaltsrisiken. Dabei unterscheidet der IWF drei Arten von Risiken:

1. *Makroökonomische bzw. Prognose-Risiken* beziehen sich insbesondere auf das Bruttoinlandprodukt (BIP), die Teuerung des Zinsniveaus oder Wechselkurse.
2. *Explizite Risiken* entstehen durch eine bestehende Obligation, welche durch ein bestimmtes (nicht budgetiertes) Ereignis einen Finanzierungsbedarf auslösen. Sie betreffen beispielsweise die Schuldenverwaltung, Pensionskassen oder staatliche Unternehmen.
3. *Implizite Risiken* entstehen nicht durch eine explizite Verpflichtung sondern durch öffentlichen Druck (z.B. bei Naturkatastrophen).

Eine weitere Risikokategorie stellen «politische Risiken» dar. Dabei handelt es sich um Belastungen des Haushaltes durch mögliche zukünftige Beschlüsse der politischen Entscheidungsträger, beispielsweise in Form von Mehrausgaben oder Steuersenkungen.

Neben der qualitativen Benennung von Haushaltsrisiken gilt es auch, ihre quantitative Bedeutung zu identifizieren. Sie bemisst sich an den möglichen finanziellen Folgen der jeweiligen Ereignisse und an deren Eintretenswahrscheinlichkeit. Die Quantifizierung erlaubt eine Priorisierung bei der Handhabung der Haushaltsrisiken.

Mit der *Offenlegung* von Haushaltsrisiken soll deren Management unterstützt werden. Eine hohe Transparenz kann beispielsweise zu einer verbesserten Bonität führen und somit die Kosten bei der Geldaufnahme reduzieren. Eine Offenlegung wird im Allgemeinen nicht empfohlen, wenn dadurch ein Moral Hazard-Problem (Anreizproblem) entstehen könnte. Diese Gefahr besteht namentlich bei den impliziten Risiken. Die Offenlegung des Risikos einer Stützung von Unternehmungen im Privatsektor kann beispielsweise deren Risikoverhalten negativ beeinflussen.

Ein erfolgreiches *Management* von Haushaltsrisiken stützt sich gemäss IWF auf einwandfreie Strategien in der Wirtschaftspolitik und der Schuldenverwaltung. Zudem ist eine klare Zuteilung von Rollen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf den Umgang mit Haushaltsrisiken notwendig.

Haushaltsrisiken des Bundes

Der IWF kommt in seiner Beurteilung zum Schluss, dass der Bund bei der Umsetzung der Richtlinien betreffend Haushaltsrisiken mehrheitlich dem internationalen «Best-Practice-Standard» entspricht.

Wesentlich dazu beigetragen hat die im Zuge der Einführung des NRM erfolgte konsequente Orientierung an den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) bei der Rechnungslegung und der Finanzberichterstattung.

Das bestehende Risikomanagement des Bundes basiert auf der Risikopolitik vom Dezember 2004. Das Risikomanagement wurde seither laufend weiterentwickelt. Der Bundesrat hat im 2010 neue Weisungen über die Risikopolitik des Bundes erlassen (s. Band 1, Ziff. 61/3). Die Vorgaben bezüglich Risikoerfassung

und Risikobewertung decken sich grösstenteils mit dem empfohlenen Ausweis gemäss IWF-Richtlinien.

Die Offenlegung der Haushaltsrisiken erfolgt hauptsächlich in der Finanzberichterstattung zum Voranschlag und zur Rechnung. Die nachstehende Tabelle fasst sie zusammen und verweist auf die entsprechenden Publikationen.

Die hier genannten Offenlegungen erfüllen die Vorgaben des IWF unterschiedlich. Die EFV ist daran, die Empfehlungen des IWF im Detail zu prüfen, und wird im Rahmen der Finanzberichterstattung zum Voranschlag laufend darüber berichten. Mit der Finanzberichterstattung zum Voranschlag 2012 wird erstmals eine Sensitivitätsanalyse der makroökonomischen Referenzgrössen vorgestellt.

Offenlegung der Haushaltsrisiken

Makroökonomische Risiken

Sensitivitätsanalyse makroökonomischer Referenzgrössen	Kapitel «Haushaltsrisiken», Band 3 zum Voranschlag
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Kapitel «Alternativszenarien», Band 3 zum Voranschlag sowie Finanzplan
Schuldenverwaltung	Band 5 Finanzplan, Anhang 4
Eventualverbindlichkeiten	Band 1 der Staatsrechnung, Anhang
Vorsorgeverpflichtungen	Band 1 der Staatsrechnung, Anhang
Staatliche Unternehmen	Konsolidierte Rechnung Bund
Steuervergünstigungen	Teil des Subventionsberichts, Bericht ESTV
Sozialversicherungen	«Öffentliche Finanzen der Schweiz», Publikation des Bundesamtes für Statistik

Politische Risiken

Mehrausgaben/Steuersenkungen	Band 5 Finanzplan, Kapitel «Mögliche Mehrbelastungen»
------------------------------	-------------------------------------------------------

Sensitivitätsanalyse volkswirtschaftlicher Eckwerte

Die alternativen Budgetszenarien (vgl. Ziff. 32) zeigen die erwartete Entwicklung des Finanzierungsergebnisses unter bestimmten makroökonomischen Rahmenbedingungen. Sie basieren auf Annahmen über mögliche makroökonomische Schocks und zeigen die daraus erwarteten Auswirkungen auf den Bundeshaushalt.

Bei den Budgetsensitivitäten in der nachfolgenden Tabelle handelt es sich hingegen um einfache «Faustregeln» im Sinn einer Sensitivitätsanalyse. Sie zeigen, wie gewisse Einnahmen- und Ausgabenposition im Voranschlag 2012 auf Änderungen der ökonomischen Bestimmungsfaktoren im Jahr 2012 reagieren. Die Sensitivitäten basieren auf Erfahrungswerten und müssen als Grössenordnung verstanden werden.

Sensitivitätsanalyse

	Δ Voranschlag 2012	
	in Mio.	in %
1 Prozentpunkt tieferes BIP-Wachstum		
Fiskaleinnahmen	-650	-1,0
Einnahmenanteile	-100	-1,0
Finanzierungsergebnis	-550	0,0
1 Prozentpunkt höhere kurzfristige Zinsen	0	0,0
Zinsertrag	70	18,0
Passivzinsen	120	4,2
Nettozinsaufwand	-50	0,0
1 Prozentpunkt höhere langfristige Zinsen	0	0,0
Zinsertrag	75	19,0
Passivzinsen	80	2,8
Nettozinsaufwand	-5	0,0

Die Faustregeln machen keine Aussage über die Ursachen der makroökonomischen Schocks und ignorieren auch allfällige Rückkoppelungseffekte («Partialanalyse»). Dies ist vor allem für Änderungen der BIP-Wachstumsrate und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt von Bedeutung. Ob die Wachstumsverlangsamung durch einen Investitions-, Konsum- oder ausländischen Nachfrageschock ausgelöst wird, hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Bundeseinnahmen. Dies betrifft sowohl den Umfang wie auch den Zeitpunkt der Einnahmenreaktion.

Die obgenannten schockartigen Änderungen der Einflussfaktoren («Schocks») wurden mit Hilfe des Finanzhaushaltsmodells der Eidg. Finanzverwaltung (EFV) simuliert¹. Dabei zeigen die Berechnungen, dass die Faustregel zur BIP-Sensitivität der Fiskaleinnahmen und der Einnahmenanteile die verschiedenen Schocks relativ gut approximiert. Sie liegt etwa in der Mitte der verschiedenen Ergebnisse. Bei positiven anstelle von negativen Schocks können die Faustregeln ebenfalls verwendet werden. Die Auswirkungen sind ähnlich hoch wie in der Tabelle ausgewiesen, aber in entgegengesetzter Richtung.

Währungsrisiken des Bundes

Die Bundestresorerie sichert den im Voranschlag budgetierten Fremdwährungsbedarf in den Währungen Euro und US-Dollar systematisch ab. Das kumulierte Volumen dieser beiden Währungen beträgt im Durchschnitt 1 Milliarde. Die Beschaffung mittels Terminkäufen erfolgt parallel zum Budgetprozess schrittweise mit dem Ziel, einen dem Marktverlauf entsprechenden Durchschnittskurs zu erreichen. Primäre Zielsetzung dieses Vorgehens ist, die Ausgaben in Schweizer Franken verlässlich planen und Nachtragskredite aufgrund von ungünstigen Wechselkursentwicklungen vermeiden zu können. Bei der Verabschiedung des Voranschlags durch den Bundesrat sind 100 Prozent des Fremdwährungsbedarfs durch Terminkontrakte abgesichert. Budgetabweichungen aufgrund der Wechselkursentwicklung können dadurch im betreffenden Voranschlagsjahr ausgeschlossen werden.

¹ Es wurden jeweils temporäre Schocks simuliert. Die Schocks wurden nur im Jahr 2012 implementiert. Konsum, Investitionen und Welthandel erreichen dank einem starken Rebound bereits im Jahr 2013 den alten Basiswert. Das BIP findet daher relativ rasch zu seinem ursprünglichen Wachstumspfad zurück. Bereits nach einem Jahr hat das reale BIP die Lücke im Vergleich zum Basisszenario geschlossen. Einzig die Preiseffekte klingen erst gegen 2015 vollständig ab, so dass beim nominalen BIP die Schocks länger spürbar sind.

32 Alternativszenarien

Die volkswirtschaftlichen Eckwerte für den Voranschlag 2012 basieren auf der Juni-Prognose der Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes. Gemäss der Expertengruppe hat die seit gut einem Jahr andauernde Frankenhausse die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen auf den internationalen Märkten erheblich verschlechtert. Bei anhaltend starkem Franken dürfte der negative Wechselkurseffekt im Verlauf von 2011 und 2012 immer mehr auf die Exporte durchschlagen. Infolgedessen geht die Expertengruppe davon aus, dass der Konjunkturaufschwung in der Schweiz vorübergehend ins Stottern geraten wird. Für 2011 erwartet die Expertengruppe ein Wachstum des Bruttoinlandprodukts von 2,1 Prozent und für 2012 eine Abschwächung auf 1,5 Prozent. Die Arbeitslosigkeit könnte im Verlauf von 2012 erstmals wieder leicht ansteigen.

Das beschriebene Basisszenario ist von zahlreichen Unsicherheiten geprägt. Die negativen Risiken betreffen insbesondere eine zusätzliche Aufwertung des Schweizer Franken. Ein weiterer Wechselkurs-Schock könnte sich stark negativ auf die Exportindustrie auswirken und zunehmend auch die Investitions- und Standortentscheide von Unternehmen beeinflussen. Weitere Risiken, denen die Schweizer Wirtschaft momentan ausgesetzt ist, betreffen die politischen Unruhen im Nahen Osten (verbunden mit dem Risiko eines steigenden Ölpreises) sowie eine abgeschwächte Wachstumsdynamik in den Schwellenländern. Diesen negativen Risiken steht indes auch die Möglichkeit gegenüber, dass die Konjunkturentwicklung die Erwartungen weiterhin übertrifft, wie dies in der bisherigen Erholung seit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Fall war. Insbesondere eine rasche Klärung der Staatschuldenkrise im Euro-Raum würde den Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken wohl deutlich mildern und der Schweizer Exportindustrie neue Wachstumsimpulse verleihen. Eine Möglichkeit, die beschriebenen Unsicherheiten offen zu legen, besteht in der Simulation alternativer Budgetszenarien. Zu diesem Zweck hat die EFV zwei makroökonomischen Szenarien formuliert – ein pessimistisches («Bad Case-Szenario») und ein optimistisches («Good Case-Szenario») – und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt berechnet.

Bad Case-Szenario

Im Bad Case-Szenario tragen die Finanzprobleme zahlreicher Staaten zu einer weiteren Aufwertung des Schweizer Franken im laufenden Jahr bei. Von der Frankenaufwertung sind vor allem exportorientierte Unternehmen negativ betroffen, welche mit zunehmenden Mengeneffekten (Auftragsausfälle) zu kämpfen haben. Dementsprechend ergibt sich bei den Güterexporten eine spürbare Wachstumsverlangsamung. Weitere negative Impulse kommen im Alternativszenario von den unterstellten steigenden Erdölpreisen, welche im ersten Halbjahr 2012 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen. Die höheren Ausgaben für Erdölprodukte führen zu einem Kaufkraftabfluss bei den privaten Haushalten, mit der Folge einer geringeren Konsumdynamik. In einem solchen Szenario kommt das reale Bruttoinlandprodukt im Voranschlagsjahr 2012 rund 1,5 Prozent tiefer zu liegen als im Basisszenario.

Bei diesem Szenario ist im Voranschlagsjahr 2012 mit Mindereinnahmen von rund 1,1 Milliarden zu rechnen. Gleichzeitig erhöht sich der Konjunkturfaktor aufgrund der schlechteren Wirtschaftslage deutlich. In der Folge steigt auch das konjunkturell zulässige Defizit um 0,7 Milliarden und erlaubt insgesamt ein Finanzierungsdefizit von 1,1 Milliarden. Gleichzeitig erfährt der Bundeshaushalt – primär aufgrund niedriger Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen – ausgabenseitige Entlastungen. Diese Entlastungen vermögen zusammen mit dem zusätzlich durch den Konjunkturfaktor gewährten Handlungsspielraum die Mindereinnahmen weitestgehend zu kompensieren. Somit werden die Vorgaben der Schuldenbremse auch im pessimistischen Szenario erfüllt.

Good Case-Szenario

Im Zentrum des positiven Szenarios steht eine rasche Lösung der Schuldenkrise im Euro-Raum. Die Entwicklung des Schweizer Franken erfährt dadurch eine deutliche Trendwende: Bereits im laufenden Jahr erreicht der CHF/EUR-Kurs einen Wert von 1.40. Von dieser Entwicklung profitiert in erster Linie die Exportindustrie: Die Exporte erhöhen sich im Vergleich zum Basisszenario um über 4 Prozent. Die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Exportunternehmen stärkt zudem den Produktionsstandort Schweiz und führt zu einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen. In diesem Szenario erhöht sich das Wachstum der Schweizer Wirtschaft in den Jahren 2011 und 2012 kumuliert um rund 2 Prozentpunkte.

Die bessere konjunkturelle Entwicklung schlägt in diesem Szenario mit Mehreinnahmen von rund 1,3 Milliarden zu Buche. Allerdings verschärfen sich gleichzeitig die Anforderungen der Schuldenbremse deutlich: Anstelle eines konjunkturellen Defizits muss daher ein Überschuss im Umfang von 0,4 Milliarden (+0,8 Mrd.) erzielt werden. Der verbleibende Spielraum von rund 0,5 Milliarden wird grösstenteils durch höhere Ausgaben bei den Einnahmenanteilen aufgebraucht.

Fazit

In beiden Szenarien zeigt sich, dass konjunkturelle Schwankungen im Voranschlag 2012 nur einen geringen Einfluss auf den strukturellen Saldo des Bundeshaushaltes haben. Dank der konjunkturgerechten Ausgestaltung der Schuldenbremse wird das schlechtere (bessere) Finanzierungsergebnis durch einen grösseren (kleineren) Konjunkturfaktor fast vollständig kompensiert und der Bundeshaushalt kann seine Wirkung als automatischer Stabilisator frei entfalten.

Volkswirtschaftliche Eckwerte

(Basisszenario und Alternativszenarien; BIP real)

Wachstumsrate in %	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
Good Case-Szenario	3,1	2,5
Basisszenario	2,1	1,5
Bad Case-Szenario	1,5	0,5

41 Personal

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Personalaufwand	4 824	5 120	5 282	162	3,2
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	4 698	5 000	5 153	153	3,1
Legislative	70	72	74	2	2,1
Entschädigungen für Parlamentarier	36	38	38	1	1,3
Personalaufwand ¹	34	34	35	1	3,2
Übriger Personalaufwand	–	0	0	-0	-25,0
Judikative	137	138	138	1	0,6
Bezüge Bundesrichter ¹	37	38	40	2	4,5
Personalaufwand ¹	99	98	97	-1	-1,2
Übriger Personalaufwand	1	1	2	0	21,4
Exekutive	4 462	4 557	4 608	51	1,1
Bezüge BR und BK	4	4	4	–	–
Bezüge Kommissionen	1	1	1	–	–
Personalaufwand ¹	4 346	4 419	4 464	45	1,0
Personalaufwand Lokalpersonal EDA ¹	57	66	69	4	6,0
Übriger Personalaufwand	55	67	70	3	3,7
Global- und Spezialkredite	71	173	279	107	61,7
Berufliche Integration ¹	–	12	12	–	–
Hochschulpraktikanten ¹	–	9	8	-1	-6,4
Lernende ¹	–	15	16	1	6,7
Lohnmassnahmen ²	–	22	83	61	278,5
Arbeitgeberbeiträge global ³	–	59	93	35	59,0
Arbeitgeberleistungen ⁴	71	57	67	11	18,5
Umstrukturierungen	-42	61	54	-8	-12,4
Sozialplan	-76	16	7	-9	-57,4
Vorruhestandsurlaub	34	46	47	1	3,1
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	126	119	129	10	8,1
Aufwand für befristet angestelltes Personal ¹	126	119	129	10	8,1
Personalausgaben	4 894	5 120	5 282	162	3,2

1 Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge

2 V12 vorsorglich eingestellte Lohnmassnahmen

3 R10 dezentralisiert; V11 für zentral eingestellte Kredite reserviert (nach Abtretung); V12 für Lohnmassnahmen und zentral eingestellte Kredite sowie zum Ausgleich der Arbeitgeberbeiträge bei Altersdifferenzen reserviert (vor Abtretung).

4 VLVA-Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken), familienergänzende Kinderbetreuung

Der Personalaufwand wird nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, die zentral vom Eidg. Personalamt (EPA) budgetiert und bewirtschaftet werden. Gegenüber dem Voranschlag 2011 steigt der Personalaufwand um 162 Millionen (+3,2 %) an. Korrigiert um die Lohnmassnahmen, die bereits im Jahr 2011 gewährt wurden (im VA 2011 nicht berücksichtigter Nachtragskredit I/2011 von 20 Mio.), wächst der Personalbereich um 2,8 Prozent. Der Anstieg begründet sich vorab durch Aufstockungen bei den Global- und Spezialkrediten sowie bei der Exekutive.

Legislative

Der Personalaufwand bei der Legislative erfährt gegenüber dem Voranschlag 2011 einen leichten Anstieg im Umfang von knapp 2 Millionen. Der Anstieg ist hauptsächlich auf eine Anpassung der Arbeitgeberbeiträge bei den Parlamentsdiensten zurückzuführen.

Judikative

Der Personalaufwand der Judikative steigt gegenüber dem Vorjahr um 1 Million an. Während der Personalaufwand der ordentlichen Verwaltungsdienststellen der Gerichte um knapp 1 Million abnimmt, steigen die Bezüge der Richter aufgrund des neu geschaffenen Bundespatentgerichts um knapp 2 Millionen an.

Exekutive

Der Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber dem Voranschlag 2011 um 51 Millionen (+1,1 %) zu. Die Bezüge des Bundesrats und diejenigen der Bundeskanzlei und der Kommissionen bleiben stabil. Der Anstieg begründet sich im Einzelnen wie folgt:

Rund 10 Millionen des Anstiegs fallen beim VBS an, welches innerhalb der Kredite des Verteidigungsbereichs eine Mittelumlagerung zum Personalaufwand vorgenommen hat. Heute werden oftmals externe Dritte mit der Ausführung von Arbeiten betraut (Informatik/Fahrausbildung). Hinzu kommt, dass in einigen Rekrutierungszentren Personalengpässe bestehen, vor allem für die Abklärungen bezüglich Abgabe der persönlichen Waffe. Die Massnahmen des VBS führen zu einer Stellenaufstockung im Umfang von 70 Vollzeiteneinheiten.

Weitere knapp 2 Millionen gehen auf *Aufstockungen bei verschiedenen Verwaltungseinheiten* zurück. Ein grösserer Teil davon fällt beim Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) an, welches mit der Zwischenbotschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) im Jahr 2012 zusätzliche Mittel beantragt.

Der Personalaufwand des *FLAG-Bereichs* wächst – unter Berücksichtigung des Wegfalls der Bundesreisezentrale – insgesamt um rund 9 Millionen. Darunter entfallen rund 3 Millionen auf die Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) aufgrund neu übertragener Aufgaben wie die 6. IV-Revision. Zudem steigt der Personalaufwand beim METAS um 4 Millionen an. Dies erklärt sich mit der Übernahme des Labors für Alkoholanalysen von der Eidg. Alkoholverwaltung. Insgesamt führen die beschriebenen Aufstockungen nicht zu Mehrausgaben, sondern werden durch Mehreinnahmen finanziert.

Der übrige Zuwachs von rund 27 Millionen ergibt sich aus den mit der *Gesamtbeurteilung Ressourcen im Personalbereich 2011* beschlossenen Aufstockungen. Der Bundesrat hat insgesamt 212,2 Stellen bewilligt (Vorjahr 272). Davon belasten 96,7 Stellen den Bundeshaushalt nicht, da deren Finanzierung über Mehreinnahmen oder eine Kompensation im Sachaufwand gesichert ist. 115,5 der beantragten Stellen (27,3 Mio.) haben eine Erhöhung der Personalausgaben zur Folge. Darin enthalten sind 51 befristete Stellen für die Bewältigung der durch die Unruhen in Nordafrika bedingten zusätzlichen Asylgesuche beim BFM. In diesem Bereich wurden zusätzlich Mittel zur Entschädigung des auf Stundenbasis angestellten Anhörungspersonals im BFM gesprochen (knapp 8 Mio., befristet). 24 Stellen entfallen auf das Grenzwachtkorps, das wegen dem Wegfall des Assistenzdienstes der Militärischen Sicherheit aufgestockt wird. Die restlichen Stellen verteilen sich gleichmässig auf alle Departemente. Detaillierte Begründungen zu den Aufstockungen können der Zusatzdokumentation des EPA zum Voranschlag 2012 entnommen werden.

Der Personalaufwand für das *Lokalpersonal des EDA* steigt um 4 Millionen an. Dies ist hauptsächlich auf die noch laufende Eingliederung des Lokalpersonals der DEZA in den Personalaufwand zurückzuführen. Die Eingliederung erfolgt kostenneutral durch eine Kreditverschiebung innerhalb der DEZA.

Der übrige Personalaufwand steigt um knapp 3 Millionen an, was zur Hauptsache auf die Aus- und Weiterbildung (2 Mio.) zurückzuführen ist.

Global- und Spezialkredite

Hochschulpraktika, berufliche Integration und Lernende

Der Kredit für Hochschulpraktika, berufliche Integration und Lernende bleibt gegenüber dem Voranschlag 2011 stabil und beträgt insgesamt 36 Millionen.

Lohnmassnahmen

Im Voranschlag 2012 sind vorsorglich finanzielle Mittel für Lohnmassnahmen im Umfang von 1,5 Prozent eingestellt (61 Mio. für Bezüge). Die grundsätzlich auszugleichende Jahresdurchschnittsteuerung 2011 wird auf 0,7 Prozent geschätzt (Juni 2011). Die definitiven Lohnmassnahmen werden erst nach den Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern und in Kenntnis der Ergebnisse der Lohnrunde in der Wirtschaft festgelegt.

Arbeitgeberbeiträge global

Die zentral beim EPA eingestellten Arbeitgeberbeiträge steigen insgesamt um 35 Millionen an. Davon entfallen 22 Millionen auf die Begleitmassnahmen zur Bewältigung des Grundlagenswechsels in der beruflichen Vorsorge (Erhöhung der Sparbeiträge). 12 Millionen gehen auf die vorsorglich eingestellten Mittel für Lohnmassnahmen zurück.

Arbeitgeberleistungen

Die zentral eingestellten Arbeitgeberleistungen nehmen gegenüber dem Voranschlag 2011 um 11 Millionen zu. Dies ist im Wesentlichen auf die Überbrückungsrenten bei vorzeitigen, freiwilligen Pensionierungen gemäss Art. 88f Bundespersonalverordnung (BPV) zurückzuführen. Der Mehrbedarf ergibt sich aufgrund einer angepassten Berechnungsgrundlage (langjähriges Mittel).

Umstrukturierungen

Die Kosten der Aufwendungen im Rahmen des Sozialplans nehmen insgesamt um 8 Millionen ab. Dies erklärt sich hauptsächlich mit der Sistierung des Abbaus im VBS (-9 Mio.). Die Aufwendungen für den Vorruhestand nach Artikel 34 BPV (VBS, GWK) nehmen hingegen um 1 Million zu. Diese Zunahme steht im Zusammenhang mit dem Systemwechsel bei vorzeitigem Altersrücktritt von besonderen Personalkategorien vom Juli 2008.

Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten

Der Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten erfährt einen Zuwachs von 10 Millionen. Davon entfallen gut 5 Millionen auf Aufstockungen beim EDA (u.a. Entwicklungshilfe). 2,5 Millionen fallen beim EDI (hauptsächlich beim BAG) an. Die restlichen 2,5 Millionen verteilen sich über sämtliche Departemente. Diese Aufstockungen werden innerhalb der Sachkredite kompensiert.

42 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehung.

Die *Leistungserbringer* (LE) – BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, EVD und Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) des VBS, welche Teil des Verteidigungsbereichs ist – erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen auch sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam (Leistungsverrechnung, LV, auf der Basis einer Planvollkostenrechnung). Die Leistungsverrechnung beläuft sich 2012 auf 527 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für swissmedic, Publica, FINMA, AHV-Fonds, ETH); diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüchern, LV von den bundesinternen Bezüchern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT mit 364 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen FUB (340 Mio.), ISC-EJPD (93 Mio.) und Informatik EDA (51 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCeco des EVD (16 Mio.).

Die *Leistungsbezüger* (LB) können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel: finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und LV für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezüger handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtsspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Informatikrat Bund (IRB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim GS EFD: Informatikreserve Bund und IKT-Wachstum Bund sowie Querschnittsprojekte).
- Departemente: Informatikreserven und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

Die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen setzen sich wie folgt zusammen:

- Ertrag: finanzierungswirksame Erträge, welche die LE gegenüber externen Dritten erwirtschaften.
- Aufwand: finanzierungswirksamer und nichtfinanzierungswirksamer Aufwand von LB und LE sowie LV-Aufwand der LE für bundesintern bezogene Leistungen wie Mieten oder Büromaterial.
- Investitionsausgaben von LB und LE.
- Ausgaben: finanzierungswirksamer Aufwand und Investitionsausgaben.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Der finanzierungswirksame Ertrag der Informatik-Leistungserbringer steigt gegenüber dem Voranschlag 2011 um 3 Millionen (+10%) auf 33 Millionen. Dieser wird vom BIT und vom ISC-EJPD mit Leistungen für bundesnahe Institutionen mit öffentlicher Zweckbestimmung (z.B. swissmedic, AHV-Fonds, Publica, FINMA und ETH) sowie für Massnahmen im Zusammenhang mit Überwachungen des Post- und Fernmeldeverkehrs erzielt. Die Zunahme beim Ertrag aus Informatikleistungen ist auf zusätzliche Leistungen gegenüber Dritter, insbesondere im Bereich der Büroautomation und der Arbeitsplatzsysteme, wo die swissmedic beim BIT zusätzliche Leistungen bezieht, zurückzuführen. Die Zunahme beim übrigen Ertrag liegt in den Überwachungen des Post- und Fernmeldeverkehrs begründet, wo neue Spezialmassnahmen im Bereich der Internet-Überwachung beschlossen wurden.

Der budgetierte Aufwand für die Informations- und Kommunikationstechnologien steigt gegenüber dem Voranschlag 2011 um 14 Millionen an (+1,2 %). Der Anteil des IKT-Aufwands am Funktionsaufwand des Bundes sinkt dagegen von 12,3 Prozent auf 12,1 Prozent im Voranschlag 2012. Das Aufwandwachstum um 14 Millionen lässt sich durch Änderungen in den folgenden Bereichen erklären:

- 20 Millionen LV Mehraufwand für Mieten, bei der FUB (+14 Mio.) aufgrund des erhöhten Bedarfs für Arbeitsräume, beim BIT (+4 Mio.) infolge einer neuen Bewertungsmethode des BBL gemäss Kostenmietermodell und beim ISC-EJPD (+2 Mio.) aufgrund der Inbetriebnahme eines neuen Standortes für die Rechenzentrumsinfrastruktur und höherer Mietaufwände;

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ertrag	32	30	33	3	10,0
Ertrag aus Informatikleistungen	19	17	19	2	11,8
Übriger Ertrag	13	13	14	1	7,7
Aufwand	1 043	1 183	1 197	14	1,2
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	340	351	346	-5	-1,4
Sach- und Betriebsaufwand	594	690	710	20	2,9
Hardware Informatik	42	57	57	-	-
Software	37	43	36	-7	-16,3
Informatik Betrieb/Wartung	113	141	153	12	8,5
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	230	257	254	-3	-1,2
Telekommunikation	50	52	49	-3	-5,8
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	122	140	161	21	15,0
Abschreibungen	109	142	141	-1	-0,7
Investitionsrechnung					
Investitionsausgaben	107	129	111	-18	-14,0
Investitionen Informatiksysteme	61	69	58	-11	-15,9
Investitionen Software	46	60	53	-7	-11,7
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	0	-	0	0	-
Ausgaben	941	1 055	1 029	-26	-2,5
Finanzierungswirksamer Aufwand	834	926	918	-8	-0,9
Investitionsausgaben	107	129	111	-18	-14,0

- 3 Millionen zusätzlicher Betriebsaufwand beim Bundesamt für Landwirtschaft für die Anwendung ASA (Agrar Sector Administration);
- 2 Millionen zusätzlicher Betriebsaufwand beim GS EVD aufgrund des Einbezugs von agroscope zum Outsourcing-Vertrag bei IBM;
- Rund 2 Millionen zusätzlicher Betriebsaufwand beim Bundesamt für Landestopografie (Unterstützung der Geodaten-Infrastruktur);
- Je rund 1 Million zusätzlicher Betriebsaufwand für Fachanwendungen im Bereich Verteidigung, im Bundesamt für Polizei und beim ISC-EJPD.

Diesem Aufwandwachstum stehen Aufwandminderungen gegenüber. Insbesondere das Projekt INSIEME der Eidg. Steuerverwaltung erfährt eine zeitliche Erstreckung. Diese schlägt sich in Form von Aufwandskürzungen im Bereich des internen (-4 Mio.) und des externen (-3 Mio.) Personals nieder. Andererseits werden 2012 durch die Fortsetzung der im Konsolidierungsprogramm beschlossenen Massnahmen im Bereich der Telekommunikation 4 Millionen weniger für den Betrieb ausgegeben (VoIP und WAN), um die Querschnittskürzungen im Eigenbereich der Verwaltung umzusetzen.

Betrachtet man die Änderungen im Aufwand gegliedert nach *Aufwandarten*, so nehmen der Personalaufwand um 5 Millionen und die Abschreibungen um 1 Million ab, während der Sach- und Betriebsaufwand um 20 Millionen steigt.

Die Abnahme beim *Personalaufwand* der Leistungserbringer ist hauptsächlich auf den Minderaufwand im Projekt INSIEME zurückzuführen, der das BIT dazu veranlasst, seinen Personalaufwand zu kürzen. Beim *Sach- und Betriebsaufwand* sind gegenläufige Bewegungen zu verzeichnen: Während der Aufwand für Betrieb/Wartung (+12 Mio.), und für übrigen Sach- und Betriebsaufwand der Leistungserbringer (+21 Mio.) steigt, sinkt derjenige für Software (-7 Mio.), für Entwicklung von neuen Projekten (-3 Mio.) und für Telekommunikation (-3 Mio.). Die Zunahme bei Betrieb/Wartung und beim Sach- und Betriebsaufwand der Leistungserbringer wurde bereits oben erklärt. Die Abnahme der Aufwände für neue Projekte ist insbesondere auf den erwähnten Minderaufwand für externes Personal im Rahmen des Projekts INSIEME zurückzuführen, während die Abnahme im Bereich Telekommunikation im Konsolidierungsprogramm 2012-2013 begründet ist.

Die Investitionsausgaben gehen gegenüber dem Voranschlag 2011 um 18 Millionen zurück (-14 %). Insbesondere sinken aufgrund des Projektfortschritts die Investitionsausgaben für das bundesweite Programm Büroautomation Bund (-10 Mio.)

Im Weiteren verzeichnet das BIT tiefere Investitionsausgaben (-5 Mio.), was grösstenteils auf die im Konsolidierungsprogramm definierte Verlängerung von 3 auf 5 Jahre der Nutzungsdauer der Server-Infrastruktur, aber auch auf eine Reduktion des Projektvolumens zurückzuführen ist. Von den Investitionsausgaben von insgesamt 111 Millionen entfallen 47 Millionen auf die Leistungserbringer und 64 Millionen auf die Leistungsbezüger.

Die Ausgaben sinken insgesamt um 26 Millionen und betragen im Total 1029 Millionen. Sie setzen sich zusammen aus dem finanzierungswirksamen Aufwand (918 Mio.) und den Investi-

tionsausgaben (111 Mio.). Der finanzierungswirksame Aufwand berechnet sich folgendermassen: Aufwand minus nicht-finanzierungswirksamer Aufwand (Abschreibungen 141 Mio.) minus LV-Aufwand der Leistungserbringer (138 Mio.). Hauptgründe für den Rückgang der Ausgaben sind die tieferen Investitionsausgaben für das Programm Büroautomation Bund (-10 Mio.), die zeitliche Erstreckung des Projektes INSIEME (-7 Mio.), sowie die auf das Konsolidierungsprogramm zurückzuführenden reduzierten Investitionsausgaben beim BIT (-5 Mio.) und Aufwand für Telekommunikation in der Bundesverwaltung (-3 Mio.).

Deutliche Abflachung des Informatikwachstums

	Zuwachs VA 2008/2009	Zuwachs VA 2009/2010	Zuwachs VA 2010/2011	Zuwachs VA 2011/2012
Aufwand	+10,1%	+5,5%	+5,6%	+1,2%
Ausgaben	+7,7%	+3,1%	+2,5%	-2,4%

Die Sparbemühungen des Bundesrates im Eigenbereich der Verwaltung hinterlassen in der IKT deutliche Spuren. Dies führt zu einem verlangsamten Aufwandzuwachs (+1,2%). Gar eine Abnahme ist bei den Ausgaben zu verzeichnen (-2,4%). Diese aus finanzpolitischer Sicht positiven Entwicklungen sind zum grössten Teil auf die Umsetzung der Sparmassnahmen aus dem Konsolidierungsprogramm 2012/2013 zurückzuführen: einerseits auf eine bessere Priorisierung von Projekten, welche sich in tieferen Investitionen niederschlägt, andererseits auf die vorgenommene Standardisierung der Arbeitsplätze sowie Massnahmen im Bereich der Telekommunikation, welche durch Senkungen in den Sach- und Betriebsaufwandkrediten zum Ausdruck kommen.

43 Bundestresorerie

Die Bundestresorerie sorgt dafür, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Die wichtigsten Geldbeschaffungsinstrumente sind die Anleihen und die Geldmarktbuchforderungen. Die benötigten Devisen im Bereich Euro (EUR) und US-Dollar (USD) werden für das Budgetjahr mittels Termingeschäfte an den Devisenmärkten gedeckt. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen hält der Bund angemessene Tresoreriemittel, welche sicher und zinstragend angelegt sind.

Der Voranschlag 2012 sieht einen ausgeglichenen Haushalt vor. Die ALV wird voraussichtlich 0,6 Milliarden an den Bund zurückzahlen. Bei der Sparkasse des Bundespersonals wird mit einem Zufluss von 0,1 Milliarden und bei den Depotkonten von 0,2 Milliarden gerechnet. Zudem werden 0,6 Milliarden ausserordentlichen Einnahmen aus der Auktion der Konzessionen für Mobilfunklizenzen erwartet. Demgegenüber wird die Bundestresorerie Mittel für folgende Zahlungsbedürfnisse bereitstellen: Für den Infrastrukturfonds werden 0,4 Milliarden, für die Bevorschussung an den FinöV-Fonds 0,5 Milliarden und 0,3 Milliarden für Darlehen an die SBB benötigt.

Dieser Netto-Mittelzufluss erlaubt es, bei den Anleihen netto 1,1 Milliarden zurückzubezahlen. Bei Fälligkeiten von insgesamt 8,6 Milliarden ergibt dies für 2012 Neuemissionen in der Höhe von 7,5 Milliarden. Der Stand der ausstehenden Anleihen wird damit Ende 2012 rund 79,3 Milliarden betragen. Bei den Geldmarktbuchforderungen hingegen wird das Volumen um 3,6 Milliarden auf 12,0 Milliarden per Ende 2012 aufgestockt, weil die Tresoreriemittel im Hinblick auf eine grössere Fälligkeit anfangs 2013 erhöht werden müssen. Allfällige kurzfristige Mittelbedürfnisse und Schwankungen der Tresoreriemittel werden im Rahmen des täglichen Cashmanagements durch Geldmarktkredite und -anlagen abgedeckt. Das weiterhin regelmässige Auftreten des Bundes am schweizerischen Kapitalmarkt hilft, auch in Zukunft eine angemessene Marktliquidität im Segment der Bundesanleihen zu gewährleisten. Am Kapitalmarkt gelten die Renditen der Bundesanleihen als Referenzgrösse. Das heisst, dass die Renditen der Obligationen anderer Schuldner mit jener der «Eidgenossen» verglichen werden. Die Bundesanleihen weisen dank der erstklassigen Bonität des Bundes die tiefsten Renditen auf.

Im Rahmen des Devisen-Bewirtschaftungskonzepts hat die Tresorerie Fremdwährungen für das Budget 2012 von rund 301 Millionen EUR und rund 448 Millionen USD beschafft beziehungsweise abgesichert. Weiter sichert die Bundestresorerie laufend Spezialfinanzierungen in EUR und USD ab.

44 Beratungsaufwand

Beratungsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
				absolut	%
Beratungsaufwand	238	252	262	9	3,6
Allgemeiner Beratungsaufwand	217	240	248	7	3,1
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige Kommissionen	16 5	6 6	7 7	1 1	8,6 20,2
Beratungsausgaben	239	252	262	9	3,6

Unter dem Beratungsaufwand werden Dienstleistungen ausgewiesen,

- *deren Empfänger der Bund ist:* Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch der Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit); und
- *die einen Beitrag zur Optimierung von Bundesaufgaben leisten:* Die externe Leistung muss einen Mehrwert für die Aufgabenerfüllung durch den Bund darstellen. Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen, usw.).

Im Vergleich zum Voranschlag 2011 steigen die für die Beratung eingestellten Mittel um 9 Millionen (+3,6 %). Gegenüber den Voranschlägen 2008-2010 liegt der budgetierte Beratungsaufwand allerdings tiefer. Neben der allgemeinen Teuerung erklären Umschichtungen innerhalb des Eigenaufwands sowie einzelne neue Projekte und Aufgaben bzw. Aufgabenintensivierungen den Anstieg gegenüber dem Vorjahr.

Einen Mehrbedarf von mehr als 1 Million gegenüber dem Voranschlag 2011 verzeichnen folgende Verwaltungseinheiten:

- das Bundesamt für Gesundheit (BAG): 1 Million für die Qualitätsstrategie des Bundes im Gesundheitswesen (+0,4 Mio.) sowie wegen Umpriorisierungen innerhalb des BAG-Budgets;

- das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV): 2,7 Millionen, zum einen für die neue Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (+1,2 Mio., gebührenfinanziert), zum anderen wegen Projektverzögerungen beim Forschungsprogramm IV;
- das Generalsekretariat VBS (GS VBS): 1,1 Millionen für Projekte des VBS (insb. Cyber Defense, Sicherheitsverbandsübung 2014);
- das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT): 1,9 Millionen für die Erarbeitung von Grundlagen im Bereich Innovationsförderung und Evaluation der Fördertätigkeit (bisher wurden diese Ausgaben aus einem Subventionskredit bestritten);
- das Bundesamt für Umwelt (BAFU): 3,5 Millionen, insbesondere für die Vorbereitung und Umsetzung der CO₂-Gesetzgebung nach 2012 (+2,9 Mio.) und im Bereich Altlastensanierung. Diese Mehrausgaben werden über zweckgebundene Erträge finanziert.

Demgegenüber ist der Beratungsaufwand insbesondere bei folgenden Verwaltungseinheiten rückläufig:

- beim Bundesamt für Sport (BASPO, -1,7 Millionen) und bei der Verteidigung (V, -1.6 Millionen) wegen interner Priorisierungen;
- bei der Eidg. Steuerverwaltung (ESTV): Nach dem Abschluss der Amtshilfe für die USA (UBS AG) geht der Beratungsaufwand der ESTV gegenüber dem Voranschlag 2011 um 2,7 Millionen zurück.

Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ordentlicher Ertrag	2 173	2 334	2 258	-76	-3,3
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 062	2 126	2 124	-3	-0,1
Regalien und Konzessionen	30	26	30	4	15,9
Übriger Ertrag	81	182	104	-77	-42,5
Ordentlicher Aufwand	5 303	5 479	5 656	177	3,2
Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 023	4 057	4 149	92	2,3
Transferaufwand	1 203	1 378	1 417	39	2,8
Übriger Aufwand	77	44	90	46	103,0
Ausserordentlicher Ertrag	-	-	634	634	-
Investitionsrechnung					
Ordentliche Investitionseinnahmen	54	32	35	3	9,4
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	51	30	33	3	9,5
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	3	2	3	0	8,3
Ordentliche Investitionsausgaben	2 701	2 661	2 729	69	2,6
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 494	1 506	1 625	119	7,9
Investitionsbeiträge	174	173	177	4	2,2
Übrige Investitionen	1 033	982	928	-54	-5,5
Ausserordentliche Investitionsausgaben	-	850	-	-850	-100,0

Hinweis: Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

FLAG umfasst 2012 noch 21 Verwaltungseinheiten. Der Bestand sinkt um eine Einheit, weil die Bundesreisezentrale per 1. Januar 2012 in die übergeordnete Organisationseinheit im EDA integriert wird. Die FLAG-Einheiten sind wie im Vorjahr verantwortlich für rund 30 Prozent des Eigenaufwandes des Bundes (ohne Rüstungsaufwand).

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten sinkt gegenüber 2011 um 76 Millionen (-3,3 %), was zur Hauptsache auf den abnehmenden übrigen Ertrag zurückzuführen ist.

Der *Funktionsertrag* verzeichnet insgesamt einen leichten Rückgang um 3 Millionen (-0,1 %), wobei der finanzierungswirksame Funktionsertrag um 28 Millionen steigt und der Ertrag aus der internen Leistungsverrechnung (LV) um 44 Millionen sinkt. Die grössten Veränderungen betreffen die armasuisse Immobilien: Um 33 Millionen tieferen LV-Erträgen stehen höhere finanzierungswirksame und nichtfinanzierungswirksame Erträge von 6 bzw. 15 Millionen gegenüber. Letztere ergeben sich aus der Neubewertung bestimmter Objekte des Dispositionsbestandes. Weiter hat auch das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) geringere LV-Erträge (-9 Mio.), dies hauptsächlich wegen der angepassten Planung des Projekts INSIEME der Eidg. Steuerverwaltung. Die grösste Zunahme an finanzierungswirksamen Erträgen verzeichnet die Vollzugsstelle für den Zivildienst, wo aufgrund der wachsenden Anzahl geleisteter Zivildiensttage die Abgaben der Einsatzbetriebe deutlich zunehmen (+8 Mio.).

Die Erträge aus *Regalien und Konzessionen*, die im FLAG-Bereich ausschliesslich beim Bundesamt für Kommunikation anfallen, werden um 4 Millionen höher budgetiert (exkl. a. o. Ertrag von 634 Mio. aus der Neuvergabe von Mobilfunkfrequenzen). Sie entsprechen damit dem Durchschnitt der vergangenen Rechnungsjahre.

Beim *übrigen Ertrag* führen zwei gegenläufige Veränderungen zu einer Abnahme von insgesamt 77 Millionen. Im Bundesamt für Strassen (ASTRA) fallen rund 123 Millionen weniger an, weil 2012 nur wenige Nationalstrassenabschnitte dem Verkehr übergeben werden, die nach altem Recht (d. h. vor Einführung der NFA) geplant wurden. Bei diesen Abschnitten wird der von den Kantonen finanzierte Anteil vom Bund jeweils als nicht finanzierungswirksamer Ertrag verbucht. Bei der swissmint ergibt sich dagegen durch die Zunahme des Münzumsatzes ein um 46 Millionen höherer Ertrag.

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten erhöht sich gegenüber 2011 um 177 Millionen (+3,2 %). Etwas mehr als die Hälfte davon betrifft den Funktionsaufwand, der – unter Berücksichtigung des Wegfalls der Bundesreisezentrale – um 96 Millionen ansteigt. Rund zwei Drittel der Steigerung entfallen auf das ASTRA; ohne ASTRA wachsen die Globalbudgets der FLAG-Einheiten durchschnittlich um 0,7 Prozent. Der Funktionsaufwand setzt sich nahezu unverändert zusammen aus 21,3 Prozent Personalaufwand, 36,4 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 42,3 Prozent Abschreibungen. Die Aufwände verändern sich im Einzelnen wie folgt:

- Der *Personalaufwand* steigt um 9 Millionen (+1 %). Die Hauptgründe liegen beim Bundesamt für Metrologie, welches u. a. von der Eidg. Alkoholverwaltung das Labor für Alkoholanalyse übernimmt (+4 Mio.), und bei der Zentralen Ausgleichsstelle, welche Stellen schafft, um neu übertragene Aufgaben wie die 6. IV-Revision zu bewältigen (+3 Mio.). Einen abnehmenden Personalaufwand verzeichnet das BIT, wo die im Konsolidierungsprogramm für 2012 vorgesehenen Querschnittskürzungen ins Gewicht fallen (-4 Mio.).

- Der *Sach- und Betriebsaufwand* steigt um 69 Millionen (+5%). Die grösste Zunahme betrifft den baulichen Unterhalt des Nationalstrassennetzes im ASTRA (+25 Mio.). Weitere wesentliche Steigerungen ergeben sich aus der internen Leistungsverrechnung (+31 Mio.). Einen höheren LV-Aufwand haben insbesondere die armasuisse Immobilien (für das Gebäudemanagement der Logistikbasis der Armee) und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (für IT-Leistungen der Führungsunterstützungsbasis).
- Die *Abschreibungen* nehmen um 18 Millionen zu (+1%). Im ASTRA steigen sie bei den Nationalstrassen und bei der Informatik um insgesamt 38 Millionen. Bei der armasuisse Immobilien nehmen sie um insgesamt 14 Millionen ab.

Der *Transferaufwand* steigt um 39 Millionen. Der Hauptgrund liegt beim Bundesamt für Zivilluftfahrt, wo die Mittel aus der Spezialfinanzierung Luftverkehr erstmals für zwölf Monate budgetiert werden können (+22 Mio.). Weiter verzeichnet das ASTRA höhere Wertberichtigungen auf Investitionsbeiträgen (+13 Mio.).

Der *übrige Aufwand* verdoppelt sich auf rund 90 Millionen, weil die swissmint zur Abdeckung des zunehmenden Münzumschs höhere Rückstellungen bilden muss (+46 Mio.).

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* nehmen um 3 Millionen zu, was zur Hauptsache auf den im ASTRA geplanten Verkauf von nicht mehr benötigten Parzellen zurückzuführen ist.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* steigen um 69 Millionen. Das ASTRA hat höhere Ausgaben für den Ausbau und den Unterhalt der Nationalstrassen (+164 Mio.). Die Ausgaben der armasuisse Immobilien verringern sich, weil verschiedene Vorhaben verschoben werden müssen (-45 Mio.).

Die *übrigen Investitionen* gehen zurück, weil das ASTRA eine tiefere Einlage in den Infrastrukturfonds tätigt (-54 Mio.).

Weiterentwicklung der Verwaltungsführung – Projekt Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)

Der Bundesrat hat am 4.5.2011 den Richtungsentscheid zur Weiterentwicklung der Verwaltungsführung gefällt. Die finanzielle Haushaltssteuerung soll mit einer stärkeren Ausrichtung der Budgetierung und Finanzplanung auf Ergebnisse, Leistungen und Wirkungen ergänzt werden. Zu diesem Zweck will der Bundesrat ein neues Führungsmodell für die ganze zentrale Bundesverwaltung erarbeiten lassen. Im Wesentlichen sind folgende Kernelemente vorgesehen:

- ein *Integrierter Aufgaben- und Finanzplan*, der den Voranschlag und den Finanzplan mit den Ergebniszielen auf der Leistungs- und Wirkungsebene zu einem politischen Leistungsauftrag zusammenführt;
- *verwaltungsinterne Leistungskontrakte* zwischen Departementen und Verwaltungseinheiten, die beschreiben, wie die politischen Vorgaben betrieblich umzusetzen sind.

Bezüglich der Handlungsspielräume und Anreize soll sich das Modell am FLAG-Programm ausrichten und für alle Verwaltungseinheiten Globalbudgets im Eigenbereich vorsehen.

Das Finanzdepartement wurde beauftragt, einen Projektantrag für die Vorbereitung und Einführung eines NFB vorzulegen. Eine interdepartementale Projektorganisation soll im Verlaufe 2012 ihre Arbeit aufnehmen.

Finanzierungsrechnung		Erfolgsrechnung		
Mio. CHF	Voranschlag 2012		Voranschlag 2012	Differenz
Finanzierungsergebnis	652	Jahresergebnis	776	124
Ordentliches Finanzierungsergebnis	17	Ordentliches Ergebnis	142	124
Ordentliche Einnahmen	64 117	Ordentlicher Ertrag	63 988	-129
Fiskaleinnahmen	59 914	Fiskalertrag	59 914	–
Regalien und Konzessionen	924	Regalien und Konzessionen	925	1
Finanzeinnahmen	1 337	Finanzertrag	1 365	29
Übrige laufende Einnahmen	1 691	Übriger Ertrag	1 779	88
Investitionseinnahmen	252			-252
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	5	5
Ordentliche Ausgaben	64 099	Ordentlicher Aufwand	63 847	-253
Eigenausgaben	10 311	Eigenaufwand	12 804	2 494
Personalausgaben	5 282	Personalaufwand	5 282	–
Sach- und Betriebsausgaben	3 992	Sach- und Betriebsaufwand	4 295	303
Rüstungsausgaben	1 037	Rüstungsaufwand	1 037	–
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 190	2 190
Laufende Transferausgaben	43 523	Transferaufwand	48 190	4 667
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 874	Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 874	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	976	Entschädigungen an Gemeinwesen	981	6
Beiträge an eigene Institutionen	3 078	Beiträge an eigene Institutionen	3 078	–
Beiträge an Dritte	14 852	Beiträge an Dritte	14 852	–
Beiträge an Sozialversicherungen	15 743	Beiträge an Sozialversicherungen	15 671	-72
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 355	4 355
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	378	378
Finanzausgaben	2 889	Finanzaufwand	2 789	-100
Zinsausgaben	2 773	Zinsaufwand	2 602	-171
Übrige Finanzausgaben	116	Übriger Finanzaufwand	186	71
		Abnahme von Equitywerten	–	–
		Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	64	64
Investitionsausgaben	7 377			-7 377
Sachanlagen und Vorräte	2 494			-2 494
Immaterielle Anlagen	53			-53
Darlehen	422			-422
Beteiligungen	52			-52
Investitionsbeiträge	4 355			-4 355
Ausserordentliche Einnahmen	634	Ausserordentlicher Ertrag	634	–
Ausserordentliche Ausgaben	–	Ausserordentlicher Aufwand	–	–

Im Unterschied zur Finanzierungsrechnung, die aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die Erfolgsrechnung den periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit im Saldo die Veränderung der vermögensmässigen Situation des Bundeshaushalts. Die Investitionsausgaben und -einnahmen bilden Teil der Finanzierungsrechnung. Die Investitionen führen in der Erfolgsrechnung zu Abschreibungen bei den Sach- und immateriellen Anlagen (jährlicher Wertverzehr) bzw. zu Wertberichtigungen bei den Investitionsbeiträgen (zu 100 % noch im gleichen Jahr) und bei den Darlehen und Beteiligungen (allfälliger Wertverlust). Investitionseinnahmen erscheinen in der Erfolgsrechnung nur im Umfang des Verkaufgewinns unter dem übrigen Ertrag (Einnahmen grösser als Buchwert) bzw. als zusätzliche Abschreibungen (Einnahmen kleiner als Buchwert).

Die Tabelle gibt Einblick über die Herkunft der Differenzen zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Ausgaben, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Geschäftsvorfälle berücksichtigt. Diese beinhalten beispielsweise Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt oder beschafft wurden und mit entsprechenden Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber insbesondere auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen sowie die Wertberichtigungen.

Da das Investitionsvolumen des Bundes in der Regel keinen grossen Schwankungen unterliegt, sondern eine stetige Entwicklung aufweist, weichen die jährlichen Abschreibungen und

Wertberichtigungen nicht stark von den jährlichen Investitionsausgaben ab. Bei der prospektiven Erfolgsrechnung im Rahmen des Voranschlags ist weiter zu beachten, dass zeitliche Abgrenzungen zur periodengerechten Verbuchung der Geschäftsvorfälle nur sehr beschränkt planbar und damit nur teilweise enthalten sind. Gleiches gilt für die Vornahme von Wertberichtigungen und für erfolgswirksame Veränderungen von Rückstellungen. Diese Transaktionen sind meist erst Ende des Rechnungsjahres bekannt und deshalb in der Regel ebenfalls nicht planbar.

Die Erfolgsrechnung schliesst um 124 Millionen besser ab als die Finanzierungsrechnung. Die Differenz rührt einzig von den ordentlichen Transaktionen – der ausserordentliche Haushalt zeigt sowohl in der Finanzierungs- als auch in der Erfolgssicht einen Überschuss von 634 Millionen. Im Einzelnen ergeben sich folgende Abweichungen zwischen den beiden Rechnungen:

Ordentliche Einnahmen / ordentlicher Ertrag (-129 Mio.)

Bei den *Regalien und Konzessionen* stammt die Abgrenzung (+1 Mio.) aus Erträgen für Funkkonzessionen, welche über die gesamte Laufzeit verteilt werden.

Die Differenz des *Finanzertrages* zu den Finanzeinnahmen (+29 Mio.) liegt in der periodengerechten Erfassung der Zinserträge begründet. Während in der Finanzierungsrechnung sämtliche Zinseingänge der laufenden Periode gutgeschrieben werden, erfolgen in der Erfolgsrechnung zeitliche Abgrenzungen auf die Rechnungsperioden, denen der Zinsertrag zuzurechnen ist.

Bei den *übrigen Erträgen* (+88 Mio.) handelt es sich um Buchgewinne aus dem Verkauf von Immobilien (+24 Mio.), um periodengerecht abgegrenzte Erträge aus der Oberaufsicht über die berufliche Vorsorge (+6 Mio.), um Aktivierungen von Eigenleistungen im Zusammenhang mit laufenden Projekten (+25 Mio.), um den Ertrag aus der Aktivierung der von den Kantonen finanzierten Anteile an den Nationalstrassenteilstücken, welche 2012 in Betrieb genommen werden (+17 Mio.), um zeitlichen Abgrenzungen bei Immobilienerträgen (+15 Mio.) sowie um eine Lagerzunahme (+1 Mio.).

Die *Investitionseinnahmen* (-252 Mio.) aus der Veräusserung von Investitionsgütern stellen nur im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten einen Ertrag dar, welcher in der Erfolgsrechnung in der Position «übriger Ertrag» ausgewiesen wird.

Da die zweckgebundenen Einnahmen zur Finanzierung der aus diesen Mitteln zu bestreitenden Ausgaben nicht ausreichen, erfolgen zu Gunsten der Erfolgsrechnung *Entnahmen aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* im Betrag von 5 Millionen. Diese betreffen zur Hauptsache den Altlastenfonds sowie in geringem Ausmass die Filmförderung.

Ordentliche Ausgaben / ordentlicher Aufwand (-253 Mio.)

Beim *Sach- und Betriebsaufwand* resultieren die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung (+303 Mio.) grösstenteils aus nicht finanzierungswirksamen Material- und Warenbezügen ab Lager sowie aus der Erhöhung der Rückstellung für den gestiegenen Münzumlauflauf.

Die *Abschreibungen* auf dem Verwaltungsvermögen (+2190 Mio.) wurden nach den geltenden Bewertungsgrundsätzen budgetiert. Die Abschreibungen erfolgen linear über die Nutzungsdauer und betreffen im Einzelnen Gebäude (517 Mio.), Mobilien (79 Mio.), Informatik (62 Mio.), immaterielle Anlagen (78 Mio.) sowie den Nationalstrassenbau und den projektgestützten Unterhalt im Nationalstrassenbereich (1455 Mio.).

Transferaufwand (+4667 Mio.): Bei den *Entschädigungen an Gemeinwesen* (+6 Mio.) ergibt sich der Mehraufwand aus einer passiven Rechnungsabgrenzung zu Lasten der Nothilfepauschale im Asylwesen. Bei den *Beiträgen an Sozialversicherungen* ist der im Vergleich zu den Ausgaben geringere Aufwand (-72 Mio.) aus der Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit den jährlich neu berechneten Rentenverpflichtungen der Militärversicherung (-75 Mio.) sowie einer zeitlichen Abgrenzung im IV-Bereich (+3 Mio.) entstanden. Ausbezahlte *Investitionsbeiträge* werden aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent abgeschrieben, weshalb die Summe der Position *Wertberichtigung Investitionsbeiträge* entspricht. Die *Wertberichtigungen Darlehen und Beteiligungen* (378 Mio.) betreffen Darlehen und Beteiligungen, die im Zeitpunkt der Auszahlung über die Investitionsrechnung gebucht sowie in der Bilanz aktiviert werden und anschliessend gemäss den Bewertungsregeln wertzu berichtigen sind. Betroffen sind hauptsächlich Darlehen an die SBB und übrige KTU (272 Mio.), Investitionskredite an die Landwirtschaft (56 Mio.), Beteiligungen an regionale Entwicklungsbanken (22 Mio.) sowie Darlehen im Bereich der internationalen Zusammenarbeit (28 Mio.). Die Abgrenzung des *Zinsaufwandes* (-171 Mio.) ergibt sich aus der periodengerechten Zuschreibung der Zinsausgaben sowie der Amortisation des Agios aus Anleihen. Der *übrige Finanzaufwand* liegt um 71 Millionen über den entsprechenden Ausgaben, was mit der zeitlichen Abgrenzung von Kommissionen im Zusammenhang mit den Finanzierungsinstrumenten der Bundestresorerie zu begründen ist.

Die *Einlagen in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital* werden auf insgesamt rund 64 Millionen veranschlagt. Dabei handelt es sich um die Lenkungsabgabe VOC/HEL (5 Mio.), die Rückverteilung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen (41 Mio.), das Gebäudeprogramm der CO₂-Abgabe (4 Mio.), die Spielbankenabgabe (14 Mio.) und um den Fonds Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (1 Mio.).

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
				absolut	%
Total Leistungsverrechnung	2 439	2 629	2 644	15	0,6
Unterbringung	1 483	1 687	1 664	-23	-1,4
armasuisse Immobilien	1 052	1 230	1 196	-33	-2,7
Bundesamt für Bauten und Logistik	431	458	468	10	2,2
Informatik	592	523	533	10	1,9
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	421	361	351	-9	-2,6
Übrige IKT-Leistungserbringer	171	162	181	19	12,0
Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften	235	249	275	26	10,6
Übrige verrechnete Leistungen	129	170	172	2	1,0
Dienstleistungen	71	115	117	3	2,2
Verkäufe	58	55	54	-1	-1,5

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung sieht das Rechnungsmodell des Bundes die kreditwirksame Leistungsverrechnung (LV) zwischen Verwaltungseinheiten vor. Gemäss den Bestimmungen von Artikel 41 der Finanzhaushaltverordnung (SR 611.01) sind die verrechenbaren Leistungen definiert und in den zentralen Leistungsbereichskatalog aufgenommen worden. Innerhalb der Bundesverwaltung werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit der Leistungen:* Das jährliche Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beim Leistungserbringer (LE) übersteigt 500 000 Franken.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden nur Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten die Menge sowie Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs zu steuern.
- *Kommerzieller Charakter der Leistung:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Das geplante Verrechnungsvolumen beträgt im Voranschlag 2012 rund 2,6 Milliarden und bewegt sich damit im Rahmen des Voranschlags 2011. Davon bilden die Unterbringung einschliesslich Gebäudebewirtschaftung mit 1,9 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden die grössten Positionen. Die restlichen 0,2 Milliarden werden für den Bezug von Dienstleistungen und Gütern beansprucht.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die folgenden Veränderungen erwähnenswert:

- Der um 33 Millionen tiefere Ertrag der armasuisse Immobilien ist auf den Abbau des Immobilienbestandes (Kernbestand) zurückzuführen. Beim BBL führten Sanierungen und Erweiterungen sowie die Anpassung der Tarife für die Rechenzentren an die aktuellen Gegebenheiten zu höheren Mieteinnahmen.
- Die Zunahme beim Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften ist grösstenteils durch die Verlagerung der Leistungen für die Ver- und Entsorgung aus der Objektmiete zu den nutzerspezifischen Dienstleistungen begründet.

Evaluation Leistungsverrechnung

Im Rahmen einer Standortbestimmung zur LV hat die EFV eine externe Evaluation in Auftrag gegeben. Es galt zu prüfen, ob die LV nach einer vierjährigen Betriebsphase die ursprünglich angestrebte Wirkung erreicht hat. Im Wesentlichen kann festgehalten werden, dass aus Sicht der Verwaltungseinheiten die LV zu einer erhöhten Kostentransparenz und tendenziell zu einem stärkeren Kostenbewusstsein geführt hat. Hingegen wird aus Sicht der LB die angestrebte Steuerungswirkung noch nicht vollumfänglich erreicht. Als Grund wird unter anderem der fehlende Wettbewerb zwischen den internen und externen LE angegeben. Die aus der Evaluation hervorgegangenen Empfehlungen werden durch die EFV in Abstimmung mit den Departementen und dem Informatikrat Bund bearbeitet. Entscheide zu Optimierungsmassnahmen werden im Herbst 2011 vorliegen und ab dem Voranschlag 2013 in Kraft treten.

Unabhängig von der Evaluation wurden bereits Optimierungen umgesetzt, namentlich durch die Reduktion von Leistungsbeziehungen und Verbesserungen im Bereich der Rechnungsstellung.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
A Übersicht	57
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	57
A02 Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse	58
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	59
B Finanzierungsrechnung	61
B1 Einnahmen nach Kontengruppen	61
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	61
B12 Entwicklung der Einnahmen	62
B13 Struktur der Einnahmen	63
B2 Ausgaben nach Kontengruppen	64
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	64
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	66
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	68
B3 Ausgaben nach Aufgabengebieten	70
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	70
B32 Entwicklung der Aufgabengebiete	72
B33 Struktur der Aufgabengebiete	74
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2012/2011	76
B4 Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	78
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	78
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	80
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	81
C Erfolgsrechnung	83
C01 Ertrag nach Kontengruppen	83
C02 Aufwand nach Kontengruppen	84
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand	86
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand	87
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2012/2011	88

A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung		Bilanz		
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Eigenkapital	Brutto- schulden
VA 2012	17	64 117	64 099	142	63 988	63 847	–	111 300
VA 2011	-646	62 423	63 069	-96	62 019	62 116	–	115 700
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	-29 502	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	-33 869	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	-41 187	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	-81 742	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	-91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	-94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	-92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	-86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	-79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	-76 055	106 813
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	-70 423	108 108
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	-71 969	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	-52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	-52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	-47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 529	-5 014	37 401	42 415	-41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	-36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	-30 875	67 513
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 546	-24 624	55 296
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	-20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	-17 492	38 509

Hinweise:

- Bruttoschulden VA 2011 und VA 2012 basierend auf Schätzung 2011
- Ordentlicher Ertrag und Aufwand bis 2006 (vor Einführung NRM) gemäss statistischer Erfolgsrechnung
- Beim Eigenkapital wird bis 2006 (vor Einführung NRM) der Bilanzfehlbetrag ausgewiesen. Seit der Einführung des NRM (2007) umfasst das Eigenkapital neben dem Bilanzfehlbetrag auch die zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital, die Spezialfonds und die Reserven aus Globalbudgets.

A02 Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung				
		Ausserordentliche Einnahmen	20 286	Ausserordentliche Ausgaben	21 724
VA 2012	a.o. Ertrag Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	634		–	–
VA 2011	–	–		Sanierungsbeitrag PK SBB	1 148
				a.o. Einlage Infrastrukturfonds	850
2010	–	–		Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffe	427
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807		–	–
	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	217			
2008	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	219		Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64		Infrastrukturfonds	2 600
				Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
				Übergang NFA	1 546
				PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754		Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203		–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350		–	–
	Golderlös	7 038			
2004	–	–		Deckungskapitalien BVBD Post	204
				Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
				Deckungskapitalien skyguide	20
				Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–		–	–

A02 Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung				
		Ausserordentliche Einnahmen		Ausserordentliche Ausgaben	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703		Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203		Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582		–	–
1999	–	–		Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940		Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–		–	–
1996	–	–		Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
1 Gesamteinnahmen	58 846	64 177	67 973	62 833	62 423	64 751	2 328	3,7
2 Ausserordentliche Einnahmen	754	283	7 024	–	–	634		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	58 092	63 894	60 949	62 833	62 423	64 117	1 694	2,7
4 Konjunkturfaktor	0,974	0,983	1,018	1,013	1,013	1,007		
5 Ausgabenplafond (Art. 13 FHG) [5=3x4]	56 582	62 808	62 046	63 650	63 234	64 565	1 331	2,1
6 Konjunkturell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	1 510	1 086	-1 097	-817	-811	-449		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	7 038	11 141	–	427	1 998	–		
8 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	–	–	–		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)		–	–	416	166	466		
11 Höchstzulässige Ausgaben [11=5+7-8-9-10]	63 619	73 949	62 046	63 662	65 067	64 099	-967	-1,5
12 Gesamtausgaben gemäss R / VA	61 003	67 739	58 228	59 693	65 067	64 099	-968	-1,5
13 Differenz (Art. 16 FHG) [13=11-12]	2 616	6 210	3 818	3 969	0	0		

B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	58 092	63 894	60 949	62 833	62 423	64 117	1 694	2,7
Fiskaleinnahmen	53 336	58 752	55 890	58 157	57 268	59 914	2 646	4,6
Direkte Bundessteuer	15 389	17 513	17 877	17 886	17 547	18 759	1 212	6,9
Verrechnungssteuer	4 230	6 460	4 380	4 723	3 707	4 186	479	12,9
Stempelabgaben	2 990	2 975	2 806	2 855	2 750	2 445	-305	-11,1
Mehrwertsteuer	19 684	20 512	19 830	20 672	21 450	22 550	1 100	5,1
Übrige Verbrauchssteuern	7 380	7 517	7 279	7 602	7 448	7 435	-13	-0,2
Mineralölsteuern	5 086	5 222	5 183	5 134	5 105	5 090	-15	-0,3
Tabaksteuer	2 186	2 186	1 987	2 356	2 235	2 233	-2	-0,1
Biersteuer	107	110	110	112	108	112	4	3,7
Verkehrsabgaben	2 016	2 137	2 114	2 210	2 150	2 323	173	8,0
Automobilsteuer	358	363	312	373	360	370	10	2,8
Nationalstrassenabgabe	322	333	351	347	340	353	13	3,8
Schwerverkehrsabgabe	1 336	1 441	1 452	1 490	1 450	1 600	150	10,3
Zölle	1 040	1 017	1 033	1 079	1 020	1 060	40	3,9
Spielbankenabgabe	449	455	415	381	405	395	-10	-2,5
Lenkungsabgaben	156	163	151	748	791	761	-30	-3,8
Lenkungsabgabe VOC	127	135	124	123	125	125	0	0,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	0	0	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	28	28	27	36	36	36	0	0,0
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	589	630	600	-30	-4,8
Übrige Fiskaleinnahmen	3	3	4	0	-	-	-	-
Regalien und Konzessionen	1 345	1 331	1 354	1 391	1 335	924	-411	-30,8
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	223	235	246	243	264	275	11	4,0
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	833	833	333	-500	-60,0
Zunahme des Münzumsatzes	45	42	53	74	42	87	46	110,0
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	193	196	187	209	168	196	28	16,6
Übrige Regalien und Konzessionen	50	25	35	32	28	33	5	17,6
Finanzeinnahmen	1 280	1 719	1 608	1 233	1 597	1 337	-260	-16,3
Zinseinnahmen	664	715	535	360	793	496	-298	-37,5
Finanzanlagen	329	298	34	11	69	53	-16	-22,9
Darlehen	146	180	240	67	449	165	-284	-63,2
Bevorschussung an FinöV-Fonds	181	226	177	204	202	194	-8	-3,9
Übrige Zinseinnahmen	9	11	84	77	73	83	10	13,5
Kursgewinne	92	91	49	82	-	-	-	-
Beteiligungseinnahmen	509	905	771	790	800	840	40	5,0
Übrige Finanzeinnahmen	15	8	254	1	3	1	-2	-64,5
Übrige laufende Einnahmen	1 766	1 840	1 802	1 720	1 597	1 691	93	5,9
Entgelte	1 391	1 441	1 396	1 272	1 192	1 247	55	4,6
Wehrpflichtersatzabgabe	138	140	148	155	160	170	10	6,3
Gebühren	293	305	227	217	224	244	20	9,0
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	73	78	79	78	66	68	2	2,4
Verkäufe	201	183	148	128	88	74	-14	-16,0
Rückerstattungen	113	186	198	108	109	116	8	6,9
EU Zinsbesteuerung	121	147	166	120	135	135	0	0,0
Übrige Entgelte	451	402	430	466	410	440	30	7,2
Verschiedene Einnahmen	375	399	406	447	405	443	39	9,6
Einnahmen aus Liegenschaften	320	354	348	376	358	380	22	6,2
Übrige verschiedene Einnahmen	56	45	59	71	46	63	17	35,9
Investitionseinnahmen	365	252	295	333	627	252	-375	-59,8
Veräusserung von Sachanlagen	74	46	74	78	46	62	17	36,6
Rückzahlung von Darlehen	289	202	212	237	410	189	-221	-53,8
Übrige Investitionseinnahmen	1	4	9	18	171	-	-171	-100,0

B12 Entwicklung der Einnahmen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Einnahmen	2,7	3,7	2,3	5,3	1,8	2,8
Fiskaleinnahmen	2,4	5,0	2,7	5,3	1,8	3,3
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	3,3	4,8
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	-3,2	4,9
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-2,1	-1,0
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,2	3,7
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	0,2	-0,7
Mineralölsteuern	7,5	3,1	0,2	1,0	0,1	-0,2
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	0,6	-2,1
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	0,2	0,9
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	1,6	6,0
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	0,1	0,7
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	1,4	18,8
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	2,1	3,6
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	-0,5	0,2
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-2,5	1,2
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	50,1	-1,0
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	-0,3	-
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0	-
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	5,7	-
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	-	-	-1,2
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0	-
Regalien und Konzessionen	-0,6	11,9	12,0	6,3	-0,2	-10,0
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	4,4	-1,4
Gewinnausschüttung SNB	-	25,7	13,6	-	0,0	-20,5
Zunahme des Münzumschs	-	-	-	-	-2,1	11,6
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	-3,4	3,9
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-13,7	4,4
Finanzeinnahmen	23,8	-8,6	-8,9	11,2	5,7	0,5
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	4,5	-0,3
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-32,4	31,6
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	32,5	-14,9
Bevorschussung an FinöV-Fonds	-	-	-	-	2,8	5,9
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	70,6	4,9
Kursgewinne	-	-	-	-	-100,0	-
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	12,0	1,2
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	-31,7	-22,8
Übrige laufende Einnahmen	-5,5	-16,9	-0,4	11,3	-2,5	2,9
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,8	2,9
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,8	1,5
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-6,5	2,6
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	-2,4	0,5
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-18,6	0,8
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	-1,1	1,0
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	2,8	8,3
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-2,4	2,9
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	1,9	3,1
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	2,9	1,8
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	-4,5	11,7
Investitionseinnahmen	61,1	16,3	-5,9	-16,3	14,5	-22,6
Veräusserung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-11,5	2,7
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	9,1	-19,2
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	252,8	-100,0

B13 Struktur der Einnahmen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskaleinnahmen	86,8	89,1	90,4	92,3	92,0	93,4
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,3	29,8
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	7,7	6,5
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6	3,8
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	33,0	35,4
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,9	11,0
Mineralölsteuern	11,2	10,9	10,1	9,4	8,3	7,6
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5	3,2
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,4	3,6
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6	0,5
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,5	0,7
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,3	2,4
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,7	1,6
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,7	0,6
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,7	1,1
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	–	–	–	–	0,5	0,9
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0	–
Regalien und Konzessionen	1,0	1,3	1,7	2,4	2,2	1,3
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnausschüttung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3	0,5
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Finanzeinnahmen	3,7	3,3	2,3	1,9	2,5	2,2
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	1,0	1,0
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,2	0,2
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,4	0,3
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	–	0,2	0,3	0,3
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,1	–
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
Übrige laufende Einnahmen	7,9	3,2	2,3	2,7	2,8	2,6
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,1	1,9
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,2	0,3
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1	0,1
Investitionseinnahmen	0,7	3,1	3,4	0,7	0,6	0,4
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,4	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	53 965	56 598	58 228	59 266	63 069	64 099	1 030	1,6
Eigenausgaben	8 471	9 107	9 533	9 487	10 402	10 311	-91	-0,9
Personalausgaben	4 462	4 555	4 828	4 894	5 120	5 282	162	3,2
Personalbezüge	3 667	3 761	3 954	3 998	4 144	4 254	110	2,7
Arbeitgeberbeiträge	590	612	752	781	838	896	58	7,0
Arbeitgeberleistungen	150	107	41	53	60	51	-9	-15,2
Übrige Personalausgaben	55	76	80	62	78	81	3	4,0
Sach- und Betriebsausgaben	2 841	3 323	3 611	3 592	3 941	3 992	51	1,3
Material- und Warenausgaben	46	46	41	46	54	53	-1	-1,3
Betriebsausgaben	2 795	2 968	3 164	3 126	3 458	3 496	37	1,1
Liegenschaften	230	249	288	287	295	300	4	1,5
Mieten und Pachten	133	152	151	149	177	170	-7	-3,8
Informatik	295	434	482	470	550	549	-1	-0,1
Beratungsausgaben	468	262	252	239	252	262	9	3,6
Betriebsausgaben der Armee	710	796	809	863	955	1 001	45	4,7
Verluste auf Forderungen	224	208	195	189	200	173	-27	-13,3
Übrige Betriebsausgaben	735	866	987	929	1 028	1 041	13	1,2
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	309	405	420	429	443	14	3,3
Rüstungsausgaben	1 168	1 228	1 095	1 001	1 341	1 037	-304	-22,7
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	145	147	120	111	102	105	3	2,9
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	289	290	292	316	350	396	46	13,1
Rüstungsmaterial	734	792	683	575	889	536	-353	-39,7
Laufende Transferausgaben	35 228	37 146	38 194	39 536	42 076	43 523	1 447	3,4
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 624	7 414	7 116	7 705	8 321	8 874	552	6,6
Kantonsanteile	5 999	4 665	4 388	4 436	4 252	4 564	313	7,4
Anteile der Sozialversicherungen	2 478	2 619	2 596	2 694	3 497	3 826	329	9,4
Rückverteilung Lenkungsabgaben	147	130	132	576	573	483	-89	-15,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	969	773	780	801	895	976	81	9,0
Beiträge an eigene Institutionen	2 527	2 573	2 723	2 850	2 955	3 078	123	4,2
Beiträge an Dritte	9 697	12 646	13 290	13 616	14 312	14 852	540	3,8
Finanzausgleich	-	2 725	2 808	2 901	3 051	3 102	51	1,7
Internationale Organisationen	1 298	1 465	1 497	1 602	1 679	1 812	133	7,9
Übrige Beiträge an Dritte	8 399	8 456	8 985	9 114	9 582	9 938	356	3,7
Beiträge an Sozialversicherungen	13 411	13 740	14 285	14 564	15 593	15 743	151	1,0
AHV / IV / ALV	10 181	10 550	10 918	11 055	11 807	11 853	46	0,4
Übrige Sozialversicherungen	3 230	3 190	3 367	3 508	3 786	3 890	105	2,8
Finanzausgaben	4 003	3 791	3 255	2 972	3 028	2 889	-139	-4,6
Zinsausgaben	3 849	3 660	3 135	2 834	2 841	2 773	-67	-2,4
Anleihen	3 310	3 270	2 896	2 595	2 445	2 480	35	1,4
Geldmarktbuchforderungen	221	141	1	3	144	72	-72	-49,9
Übrige Zinsausgaben	318	250	238	236	252	221	-31	-12,1
Kursverluste	54	77	26	54	-	-	-	-
Kapitalbeschaffungsausgaben	89	52	78	83	187	43	-145	-77,2
Übrige Finanzausgaben	10	1	16	2	-	73	73	-

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
							absolut	%
Investitionsausgaben	6 264	6 554	7 245	7 270	7 563	7 377	-186	-2,5
Sachanlagen und Vorräte	874	2 265	2 512	2 585	2 437	2 494	58	2,4
Liegenschaften	603	588	635	596	681	631	-50	-7,3
Möbilien und Vorräte	271	341	378	283	287	285	-2	-0,6
Nationalstrassen	-	1 336	1 499	1 706	1 470	1 579	109	7,4
Immaterielle Anlagen	13	31	39	46	60	53	-7	-12,3
Darlehen	376	366	599	307	323	422	100	30,9
Beteiligungen	35	31	30	30	524	52	-472	-90,0
Investitionsbeiträge	4 966	3 861	4 065	4 302	4 219	4 355	136	3,2
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	1 591	1 548	1 604	1 362	1 391	29	2,1
Übrige Investitionsbeiträge	4 966	2 270	2 518	2 699	2 857	2 964	107	3,7

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	4,0	2,5
Eigenausgaben	0,8	-1,7	-2,6	-0,3	5,3	1,2
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	3,5	2,0
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	3,1	1,7
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	9,2	3,7
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-20,6	-5,2
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	9,0	1,0
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	8,5	1,7
Material- und Warenausgaben	-	-	78,3	38,5	4,2	4,6
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	5,5	1,3
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	6,4	1,7
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	7,3	-0,6
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	16,9	0,8
Beratungsausgaben	5,5	34,0	11,0	4,0	-14,3	2,6
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	7,7	1,2
Verluste auf Forderungen	-	-	-	-	-2,8	1,6
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	8,7	1,4
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	-	-	-	-	4,7
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	3,5	-3,1
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-8,4	3,0
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	4,9	3,1
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	4,9	-6,8
Laufende Transferausgaben	4,6	4,2	3,9	2,9	4,5	3,2
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	-0,9	4,1
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-8,2	4,4
Anteile der Sozialversicherungen	-	-	10,5	7,4	9,0	4,7
Rückverteilung Lenkungsabgaben	-	-	-	50,7	40,5	-2,1
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-2,0	5,0
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	4,0	0,2
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	10,2	3,3
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	2,1
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	6,6	5,1
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,3	3,3
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	3,8	3,1
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	3,8	2,7
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	4,0	4,2
Finanzausgaben	11,1	4,2	-0,8	2,8	-6,7	-0,3
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-7,3	1,2
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-7,3	-0,9
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-10,2	15,9
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-5,7	8,8
Kursverluste	-	-	-	-	-100,0	-
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	20,4	-46,4
Übrige Finanzausgaben	-	-	-	-	-100,0	-

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Investitionsausgaben	-1,0	4,7	5,6	-0,2	4,8	1,8
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	29,2	5,7
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	3,1	0,5
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	1,4	0,9
Nationalstrassen	-	-	-	-	-	8,6
Immaterielle Anlagen	-	-	-	3,0	47,4	-4,4
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	-3,7	10,1
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	97,0	-54,5
Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-4,0	1,8
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	-	-	-	2,8
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-12,9	1,3

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenausgaben	25,4	22,0	17,6	16,1	16,2	15,9
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,2	8,1
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7	6,5
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,3	1,4
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,1	6,1
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,4	5,3
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8	0,8
Beratungsausgaben	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4	1,5
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3	0,3
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,7	0,7
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	2,0	1,7
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5	0,6
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,2	0,9
Laufende Transferausgaben	54,6	57,6	61,8	64,4	66,2	68,0
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	12,9	14,0
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,5	7,2
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8	6,0
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,6	0,8
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,4	1,5
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,7	4,4
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,7	23,2
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,8	4,8
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,6	2,9
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,2	15,5
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,5	24,9
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,7	18,7
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,8	6,2
Finanzausgaben	7,2	7,5	7,6	7,3	5,5	4,4
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	5,3	4,4
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	4,7	3,6
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1	0,3
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4	0,4
Kursverluste	–	–	–	0,0	0,1	–
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,2	0,0
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0	0,0

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Investitionsausgaben	12,8	12,9	13,1	12,3	12,1	11,7
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,1	4,1
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,1	1,1
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,5	2,6
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,7	0,7
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,3	0,0
Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	6,9	6,8
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6	2,3
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,4	4,5

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	53 965	56 598	58 228	59 266	63 069	64 099	1 030	1,6
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 162	2 273	2 474	2 460	2 589	2 605	15	0,6
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 162	2 273	2 474	2 460	2 589	2 605	15	0,6
Ordnung und öffentliche Sicherheit	813	836	890	910	1 029	1 045	17	1,6
Allgemeines Rechtswesen	78	77	75	76	77	84	7	9,2
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	311	324	339	354	449	437	-12	-2,7
Grenzkontrollen	282	291	316	314	329	346	17	5,0
Gerichte	141	145	159	166	174	179	5	2,9
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 274	2 394	2 587	2 607	3 450	3 179	-271	-7,9
Politische Beziehungen	613	645	712	726	785	819	34	4,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 559	1 642	1 723	1 761	2 414	2 100	-313	-13,0
Wirtschaftliche Beziehungen	71	86	76	75	87	83	-4	-5,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	30	21	75	44	165	177	13	7,7
Landesverteidigung	4 327	4 537	4 515	4 395	4 942	4 651	-291	-5,9
Militärische Landesverteidigung	4 231	4 439	4 413	4 292	4 827	4 529	-298	-6,2
Nationale Sicherheitskooperation	95	97	102	103	115	122	7	5,9
Bildung und Forschung	4 978	5 339	5 715	6 067	6 329	6 681	352	5,6
Berufsbildung	518	573	628	691	776	884	108	13,9
Hochschulen	1 564	1 655	1 765	1 833	1 867	1 927	60	3,2
Grundlagenforschung	1 834	2 038	2 196	2 350	2 429	2 519	90	3,7
Angewandte Forschung	1 002	1 043	1 099	1 164	1 228	1 323	95	7,7
Übriges Bildungswesen	60	30	28	28	29	29	0	0,1
Kultur und Freizeit	460	429	395	413	450	476	26	5,7
Kulturerhaltung	94	85	92	106	116	118	2	2,1
Kulturförderung und Medienpolitik	225	168	170	169	175	194	19	11,1
Sport	140	176	134	138	160	164	4	2,4
Gesundheit	264	220	276	228	213	217	4	1,9
Gesundheit	264	220	276	228	213	217	4	1,9
Soziale Wohlfahrt	16 933	17 434	18 049	18 454	20 409	21 006	597	2,9
Altersversicherung	7 984	9 322	9 671	9 935	10 195	10 452	257	2,5
Invalidenversicherung	4 492	3 655	3 581	3 523	4 824	4 951	127	2,6
Krankenversicherung	2 263	1 806	1 847	2 008	2 181	2 263	83	3,8
Ergänzungsleistungen	711	1 127	1 312	1 271	1 372	1 402	30	2,2
Militärversicherung	232	252	195	216	230	230	1	0,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	302	314	406	439	447	459	12	2,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	110	99	144	126	100	93	-7	-6,6
Migration	791	812	842	885	990	1 084	94	9,5
Soziale Hilfe und Fürsorge	48	47	53	51	72	71	-1	-1,4
Verkehr	7 349	7 538	8 099	8 225	8 085	8 467	382	4,7
Strassenverkehr	2 751	2 458	2 678	2 914	2 711	2 844	132	4,9
Öffentlicher Verkehr	4 507	4 989	5 325	5 215	5 219	5 444	224	4,3
Luftfahrt	90	91	96	96	155	180	26	16,5

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
							absolut	%
Umweltschutz und Raumordnung	655	651	726	1 140	1 229	1 172	-57	-4,6
Umweltschutz	320	330	340	792	830	745	-85	-10,2
Schutz vor Naturgefahren	215	212	257	239	273	274	1	0,3
Naturschutz	107	96	117	96	110	137	27	24,5
Raumordnung	12	13	13	14	15	15	0	0,4
Landwirtschaft und Ernährung	3 601	3 551	3 692	3 666	3 668	3 699	32	0,9
Landwirtschaft und Ernährung	3 601	3 551	3 692	3 666	3 668	3 699	32	0,9
Wirtschaft	398	405	560	591	529	555	26	4,8
Wirtschaftsordnung	148	160	109	119	131	143	13	9,6
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	129	131	247	168	127	144	18	13,9
Energie	81	90	179	280	246	241	-5	-2,0
Waldwirtschaft	41	25	27	24	26	26	0	1,3
Finanzen und Steuern	9 753	10 991	10 248	10 111	10 145	10 345	199	2,0
Anteile an Bundeseinnahmen	5 750	4 484	4 185	4 238	4 067	4 354	287	7,1
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	4 003	3 782	3 255	2 972	3 028	2 889	-139	-4,6
Finanzausgleich	–	2 725	2 808	2 901	3 051	3 102	51	1,7

B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	4,0	2,5
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	4,6	1,2
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	4,6	1,2
Ordnung und öffentliche Sicherheit	4,7	0,8	5,8	-1,2	6,1	1,6
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,3	3,4
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	9,6	0,0
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	3,9	3,3
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	5,3	1,6
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3,5	1,3	2,5	-0,2	11,0	2,1
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	6,4	-0,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	11,5	2,9
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	5,1	-0,8
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	53,1	4,2
Landesverteidigung	-1,4	-4,1	-1,7	-0,9	3,4	0,0
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	3,3	-0,1
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	4,9	0,4
Bildung und Forschung	4,3	1,2	2,6	3,1	6,2	3,8
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	10,6	2,7
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	4,5	3,8
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	7,3	3,6
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	5,2	4,7
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,4	0,9
Kultur und Freizeit	0,5	14,3	2,4	-3,7	-0,5	2,4
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	5,3	2,7
Kulturförderung und Medienpolitik	-4,1	31,6	1,7	-7,7	-6,2	3,1
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	3,4	1,5
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,2	0,6
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,2	0,6
Soziale Wohlfahrt	6,0	7,1	3,2	2,6	4,8	3,4
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,3	3,5
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	1,8	2,6
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-0,9	4,7
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	17,9	4,2
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-0,2	1,1
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	10,3	2,0
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	-2,3	7,4
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	5,8	4,4
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	10,6	-10,1
Verkehr	3,1	0,0	4,1	0,8	2,4	3,2
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	-0,4	5,6
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	3,7	1,8
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	14,5	7,3
Umweltschutz und Raumordnung	-4,2	-0,5	4,7	3,8	17,1	-0,1
Umweltschutz	-1,2	2,4	1,5	0,5	26,9	-2,1
Schutz vor Naturgefahren	-5,5	-8,2	9,9	7,0	6,2	1,6
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	0,7	8,9
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	6,0	-0,7
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,5	0,2
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,5	0,2

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

B32 Entwicklung der Aufgabengebiete

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Wirtschaft	-9,1	-2,3	5,2	-11,6	7,4	1,5
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-3,1	3,7
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	-0,4	2,1
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	32,1	0,0
Waldwirtschaft	-3,9	1,6	6,8	-32,2	-10,4	1,5
Finanzen und Steuern	6,5	4,8	2,3	5,9	1,0	2,4
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-8,3	4,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-6,7	-0,3
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	2,1

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

B33 Struktur der Aufgabengebiete

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,0
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5	1,6
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	5,0	4,5	4,8	4,4	4,7	5,1
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	3,2	3,6
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1	0,3
Landesverteidigung	14,3	11,6	9,5	8,4	7,8	7,2
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,6	7,0
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Bildung und Forschung	9,1	8,6	8,6	9,0	9,9	10,4
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1	1,3
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0	3,1
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8	4,0
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	1,9	2,1
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Kultur und Freizeit	0,7	1,0	1,3	0,9	0,7	0,7
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3	0,3
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,2
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Soziale Wohlfahrt	25,5	29,0	29,9	31,3	31,3	33,1
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5	16,5
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,6	7,7
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3	3,6
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1	2,3
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,7	0,7
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2	0,2
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5	1,7
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Verkehr	14,8	14,2	14,0	14,2	13,5	13,2
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5	4,5
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,7	8,4
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3
Umweltschutz und Raumordnung	1,2	1,1	1,2	1,2	1,6	1,8
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,6	1,0	1,1
Schutz vor Naturgefahren	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,1	5,5
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,1	5,5

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

B33 Struktur der Aufgabengebiete

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Wirtschaft	1,6	1,3	1,4	0,8	0,9	0,8
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4
Waldwirtschaft	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0	0,0
Finanzen und Steuern	14,3	14,9	15,7	16,7	17,5	16,1
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	7,2	6,9
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,5	4,4
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,8	4,8

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2012

Kontengruppen	Total Voranschlag 2012	Aufgabengebiete					
		Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landesverteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	64 099	2 605	1 045	3 179	4 651	6 681	476
Eigenausgaben	10 311	2 198	843	743	4 165	262	124
Personalausgaben	5 282	1 382	700	577	1 496	151	88
Sach- und Betriebsausgaben	3 992	817	144	166	1 633	111	36
Rüstungsausgaben	1 037	–	–	–	1 037	–	–
Laufende Transferausgaben	43 523	33	153	2 352	135	6 140	315
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 874	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	976	–	63	–	20	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	3 078	–	–	–	–	2 357	126
Beiträge an Dritte	14 852	33	90	2 352	115	3 783	184
Beiträge an Sozialversicherungen	15 743	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	2 889	–	–	–	0	–	–
Investitionsausgaben	7 377	373	49	84	351	279	37
Sachanlagen und Vorräte	2 494	365	26	0	348	158	1
Immaterielle Anlagen	53	8	5	5	3	–	–
Darlehen	422	–	–	26	–	–	–
Beteiligungen	52	–	–	52	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 355	–	19	–	–	122	36

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umweltschutz und Raumordnung	Landwirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	217	21 006	8 467	1 172	3 699	555	10 345
Eigenausgaben	130	472	727	172	121	183	169
Personalausgaben	63	316	185	104	89	131	–
Sach- und Betriebsausgaben	67	156	542	68	32	52	169
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	83	20 517	2 278	628	3 433	169	7 286
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 826	379	483	–	–	4 185
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	851	30	4	3	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	15	–	580	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	68	185	1 288	141	3 342	169	3 102
Beiträge an Sozialversicherungen	–	15 655	–	–	88	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	–	2 889
Investitionsausgaben	4	17	5 462	372	145	203	–
Sachanlagen und Vorräte	2	0	1 588	2	2	3	–
Immaterielle Anlagen	1	4	26	1	–	0	–
Darlehen	–	12	325	–	56	3	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	2	0	3 523	370	87	196	–

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2011

Kontengruppen	Total Voranschlag 2011	Aufgabengebiete					
		Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landesverteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	63 069	2 589	1 029	3 450	4 942	6 329	450
Eigenausgaben	10 402	2 177	833	728	4 386	252	117
Personalausgaben	5 120	1 347	688	561	1 450	147	85
Sach- und Betriebsausgaben	3 941	830	145	167	1 595	105	32
Rüstungsausgaben	1 341	–	–	–	1 341	–	–
Laufende Transferausgaben	42 076	35	156	2 160	155	5 800	295
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 321	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	895	–	66	–	14	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 955	–	–	–	–	2 280	73
Beiträge an Dritte	14 312	35	90	2 160	141	3 520	218
Beiträge an Sozialversicherungen	15 593	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	3 028	–	–	–	0	–	–
Investitionsausgaben	7 563	377	40	562	401	278	38
Sachanlagen und Vorräte	2 437	359	19	0	398	168	1
Immaterielle Anlagen	60	18	4	5	3	–	–
Darlehen	323	–	–	34	–	–	–
Beteiligungen	524	–	–	524	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 219	–	18	–	–	110	37

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umweltschutz und Raumordnung	Landwirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	213	20 409	8 085	1 229	3 668	529	10 145
Eigenausgaben	126	438	701	164	116	167	196
Personalausgaben	59	298	176	100	88	119	–
Sach- und Betriebsausgaben	67	140	525	64	27	48	196
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	85	19 953	2 205	705	3 452	154	6 922
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 497	381	573	–	–	3 871
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	775	30	3	3	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	16	–	587	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	69	182	1 207	129	3 355	154	3 051
Beiträge an Sozialversicherungen	–	15 499	–	–	94	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	–	3 028
Investitionsausgaben	2	18	5 179	360	100	208	–
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 480	5	2	4	–
Immaterielle Anlagen	–	4	27	0	–	0	–
Darlehen	–	13	258	–	15	3	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	1	3 414	355	83	200	–

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand	1 187	1 158	1 217	59
VOC / HEL-Lenkungsabgabe	256	255	260	5
606 E1100.0111/ 112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	123	125	125	
606 E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	3	5	4	
810 A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgaben VOC	-139	-131	-124	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung	-29	-41	-0	41
606 E1100.0121 (Teil) CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	392	430	400	
606 E1400.0114 Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	2	1	1	
810 A2400.0105 Zinsen auf CO ₂ -Abgabe Brennstoffe	-2	-2	-1	
810 A2300.0112 Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	-437	-442	-359	
810 A2900.0113 Ausserordentliche Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffe	-427	-	-	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm	-4	-4	-	4
606 E1100.0121 (Teil) CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	196	200	200	
810 A4300.0146 Gebäudesanierungsprogramm	-133	-133	-131	
805 A4300.0126 Erneuerbare Energien im Gebäudebereich	-62	-67	-65	
805 A4300.0143 (Teil) Photovoltaikanlagen	-5	-	-	
Spielbankenabgabe	796	786	800	14
318 E1100.0119 Spielbankenabgabe	381	-	-	
318 A2300.0110 Spielbankenabgabe für die AHV	-455	-	-	
417 E1100.0122 Spielbankenabgabe	-	405	395	
417 A2300.0113 Spielbankenabgabe für die AHV	-	-415	-381	
Filmförderung	1	0	0	-0
306 E1300.0146 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	0	0	0	
306 A2310.0454 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	-0	-1	-0	
Altlastenfonds	129	123	119	-5
810 E1100.0100 Altlastenabgabe	36	36	36	
810 A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-14	-41	-40	
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern	32	32	32	-
318 E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318 A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung	6	6	7	1
808 E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	2	2	3	
808 A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-1	-1	-2	
808 A6210.0146 Archivierung Programme	-0	-0	-0	
808 A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-	-1	-	
Krankenversicherung	-	-	-	-
605 E1100.0118 (Teil)* Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	877	872	913	
606 E1100.0109 (Teil) Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	-	206	283	
316 A2310.0110 (Teil) Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-877	-1 078	-1 196	

Hinweis: Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Einlage (+) / Entnahme (-)
Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung					
605	E1100.0118 (Teil)* Mehrwertsteuer, MWSt-Prozent für die AHV (83%)	2 239	2 230	2 323	-
605	E1100.0118 (Teil)* Mehrwertsteuer, Zuschlag 0,4% für die IV	-	852	1 122	-
605	E1100.0118 (Teil)* Mehrwertsteuer, Bundesanteil am MWSt-Prozent (17%)	459	456	477	-
606	E1100.0102 Tabaksteuer	2 356	2 235	2 233	-
601	E1200.0101 Reingewinn Alkoholverwaltung	243	264	275	-
318	A2310.0327 (Teil) Leistungen des Bundes an die AHV				}
318	A2310.0328 (Teil) Leistungen des Bundes an die IV				
318	A2310.0329 (Teil) Ergänzungsleistungen zur AHV	-3 058	-2 955	-2 985	
318	A2310.0384 (Teil) Ergänzungsleistungen zur IV				
318	A2310.0453 (Teil) Sonderbeitrag an die IV-Zinsen				
605	A2300.0105 Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 239	-2 230	-2 323	-
605	A2300.0111 Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-	-852	-1 122	-

*Bei diesen Positionen wurden die budgetierten Debitorenverluste berücksichtigt.

B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Einlage (+)/ Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand	4 048	3 758	4 146	388
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 783	1 894	1 689	-205
Einnahmen	3 908	3 855	3 823	
Ausgaben	-3 972	-4 744	-4 028	
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO	1 178	1 758	2 337	579
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	1 178	580	579	
Spezialfinanzierung Luftverkehr	-	20	33	14
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	-	8	23	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	-	11	31	
803 A6210.0152 Technische Sicherheitsmassnahmen	-	-	-27	
803 A6210.0153 Umweltschutz-Massnahmen	-	-	-7	
803 A6210.0154 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	-	-	-7	
Investitionsrisikogarantie	32	32	32	-
704 E1300.0001 (Teil) Gebühren	-	0	-	
704 A2310.0366 Investitionsrisikogarantie	-	-0	-	
Bundeskriegstransportversicherung	54	55	55	0
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	0	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	-	-0	-0	

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Einnahmen	3 908	3 855	3 823	-31	-0,8
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-33	-33	-31	2	-5,9
606 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand; Verkauf und Kontrolle Nationalstrassenabgabe	-	-	-5	-5	-
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 531	1 512	1 497	-15	-1,0
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 050	2 029	1 999	-30	-1,5
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	347	340	353	13	3,8
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	5	7	8	1	9,3
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	6	-	3	3	-
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen Bahnhofparkanlagen	0	0	0	-	-
Ausgaben	3 972	4 744	4 028	-716	-15,1
Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)	1 529	1 452	1 640	188	12,9
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	315	311	335	24	7,9
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 214	1 141	1 305	163	14,3
Infrastrukturfonds	1 029	1 832	928	-904	-49,4
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	1 029	982	928	-54	-5,5
806 A8900.0100 a.o. Einlage Infrastrukturfonds	-	850	-	-850	-100,0
Hauptstrassen	168	166	168	3	1,5
806 A8300.0107 Hauptstrassen	168	166	168	3	1,5
Übrige werkgebundene Beiträge	568	572	565	-7	-1,3
802 A2310.0214 Abgeltung kombinierter Verkehr	206	180	175	-5	-2,8
802 A2310.0215 Autoverlad	2	2	2	0	2,3
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	-	17	16	-1	-5,7
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	7	4	2	-2	-48,7
802 A4300.0121 Anschlussgleise	23	22	22	0	1,5
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	320	314	310	-4	-1,2
802 A4300.0141 Terminalanlagen	10	33	37	4	11,0
806 A8300.0108 Niveauübergänge	0	-	-	-	-
Nicht werkgebundene Beiträge	383	381	379	-1	-0,4
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	375	373	372	-1	-0,4
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	8	8	8	-0	-0,4
Forschung und Verwaltung	149	171	176	5	2,9
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	145	165	170	4	2,7
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	4	6	7	1	8,7
Umweltschutz	93	105	107	2	1,5
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	1,5
810 A2310.0134 Wald	46	45	46	1	1,5
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	19	23	23	0	1,3
810 A4300.0139 Lärmschutz	28	36	37	1	1,5
Heimat- und Landschaftsschutz	10	14	15	0	1,3
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	7	11	11	0	1,5
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	1,5
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	-	-

Hinweis: Für den Verkauf und die Kontrolle der Nationalstrassenabgabe setzt die EZV anstelle eigenem Personal auch Dritte ein. Diese Ausgaben werden neu unter der Finanzposition A2119.0001 erfasst.

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr
Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011	
				absolut	%
Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten	42	51	51	0	0,5
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	42	51	51	0	0,5
Saldo	-64	-890	-205	685	-77,0
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	2 783	1 894	1 689	-205	-10,8

Hinweis: Für den Verkauf und die Kontrolle der Nationalstrassenabgabe setzt die EZV anstelle eigenem Personal auch Dritte ein. Diese Ausgaben werden neu unter der Finanzposition A2119.0001 erfasst.

C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Ordentlicher Ertrag	58 000	64 047	64 146	63 523	62 019	63 988	1 969	3,2
Fiskalertrag	51 836	58 052	56 790	57 757	57 268	59 914	2 646	4,6
Direkte Bundessteuer	15 389	17 513	17 877	17 886	17 547	18 759	1 212	6,9
Verrechnungssteuer	2 730	5 760	5 280	4 323	3 707	4 186	479	12,9
Stempelabgaben	2 990	2 975	2 806	2 855	2 750	2 445	-305	-11,1
Mehrwertsteuer	19 684	20 512	19 830	20 672	21 450	22 550	1 100	5,1
Übrige Verbrauchssteuern	7 380	7 517	7 279	7 602	7 448	7 435	-13	-0,2
Mineralölsteuer	5 086	5 222	5 183	5 134	5 105	5 090	-15	-0,3
Tabaksteuer	2 186	2 186	1 987	2 356	2 235	2 233	-2	-0,1
Biersteuer	107	110	110	112	108	112	4	3,7
Verkehrsabgaben	2 016	2 137	2 114	2 210	2 150	2 323	173	8,0
Automobilsteuer	358	363	312	373	360	370	10	2,8
Nationalstrassenabgabe	322	333	351	347	340	353	13	3,8
Schwerverkehrsabgabe	1 336	1 441	1 452	1 490	1 450	1 600	150	10,3
Zölle	1 040	1 017	1 033	1 079	1 020	1 060	40	3,9
Spielbankenabgabe	449	455	415	381	405	395	-10	-2,5
Lenkungsabgaben	156	163	151	748	791	761	-30	-3,8
Lenkungsabgabe VOC	127	135	124	123	125	125	0	0,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	0	0	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	28	28	27	36	36	36	0	0,0
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	589	630	600	-30	-4,8
Übriger Fiskalertrag	3	3	4	0	-	-	-	-
Regalien und Konzessionen	1 331	1 284	1 350	1 383	1 336	925	-411	-30,8
Anteil Reingewinn Alkoholverwaltung	223	235	246	243	264	275	11	4,0
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	833	833	333	-500	-60,0
Zunahme des Münzumsatzes	45	42	53	74	42	87	46	110,0
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	193	148	182	199	168	196	28	16,6
Übrige Regalien und Konzessionen	36	26	36	33	29	34	5	16,9
Finanzertrag	2 969	2 740	3 075	2 446	1 613	1 365	-248	-15,4
Zinsertrag	690	659	477	375	810	524	-286	-35,3
Finanzanlagen	334	248	10	11	75	58	-17	-22,2
Darlehen	166	175	206	83	460	189	-271	-59,0
Bevorschussung an FinöV-Fonds	181	226	177	204	202	194	-8	-3,9
Übriger Zinsertrag	9	11	84	77	73	83	10	13,5
Kursgewinne	96	86	49	82	-	-	-	-
Beteiligungsertrag	1	1	0	0	0	0	0	137,5
Zunahme von Equitywerten	1 860	1 807	2 179	1 840	800	840	40	5,0
Übriger Finanzertrag	322	187	370	149	3	1	-2	-64,5
Übriger Ertrag	1 844	1 970	2 893	1 803	1 774	1 779	5	0,3
Entgelte	1 387	1 508	1 354	1 259	1 179	1 253	74	6,3
Wehrpflichtersatzabgabe	138	140	148	155	160	170	10	6,3
Gebühren	291	305	227	217	224	251	26	11,8
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	73	79	80	79	66	68	2	2,4
Verkäufe	196	183	149	129	88	74	-14	-16,0
Rückerstattungen	113	231	173	104	96	116	21	21,5
EU Zinsbesteuerung	121	147	166	120	135	135	0	0,0
Übrige Entgelte	455	423	412	455	410	440	30	7,2
Verschiedener Ertrag	457	462	1 539	544	594	526	-69	-11,6
Liegenschaftenertrag	315	354	357	371	358	380	22	6,2
Übriger verschiedener Ertrag	141	108	1 181	173	236	145	-91	-38,4
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	21	2	37	135	29	5	-24	-82,6

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Ordentlicher Aufwand	54 289	56 587	57 726	59 385	62 116	63 847	1 731	2,8
Eigenaufwand	9 573	11 406	11 929	12 039	12 829	12 804	-24	-0,2
Personalaufwand	4 492	4 501	4 812	4 824	5 120	5 282	162	3,2
Personalbezüge	3 665	3 767	3 948	3 998	4 144	4 254	110	2,7
Arbeitgeberbeiträge	590	611	752	781	838	896	58	7,0
Arbeitgeberleistungen	189	65	42	78	60	51	-9	-15,2
Übriger Personalaufwand	48	58	70	-34	78	81	3	4,0
Sach- und Betriebsaufwand	3 238	3 762	4 120	4 071	4 205	4 295	91	2,2
Material- und Warenaufwand	225	269	237	259	262	302	40	15,2
Betriebsaufwand	3 013	3 139	3 470	3 399	3 514	3 550	37	1,0
Liegenschaften	439	445	552	531	322	328	6	1,8
Mieten und Pachten	152	153	150	149	177	170	-7	-3,8
Informatik	295	434	488	471	550	549	-1	-0,1
Beratungsaufwand	468	263	252	238	252	262	9	3,6
Betriebsaufwand der Armee	718	794	809	861	955	1 001	45	4,7
Abschreibungen auf Forderungen	192	170	205	200	200	173	-27	-13,3
Übriger Betriebsaufwand	749	880	1 014	948	1 057	1 067	11	1,0
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	-	354	412	413	429	443	14	3,3
Rüstungsaufwand	1 168	1 228	1 095	1 001	1 341	1 037	-304	-22,7
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	145	147	120	111	102	105	3	2,9
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	289	290	292	316	350	396	46	13,1
Rüstungsmaterial	734	792	683	575	889	536	-353	-39,7
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	675	1 914	1 902	2 143	2 163	2 190	27	1,2
Gebäude	553	611	359	487	522	517	-6	-1,1
Nationalstrassen	-	1 176	1 390	1 424	1 423	1 455	32	2,2
Übrige Abschreibungen	122	127	153	232	218	219	1	0,4
Transferaufwand	40 604	41 254	42 445	44 024	46 275	48 190	1 914	4,1
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 624	7 414	7 116	7 705	8 321	8 874	552	6,6
Kantonsanteile	5 999	4 665	4 388	4 436	4 252	4 564	313	7,4
Anteile der Sozialversicherungen	2 478	2 619	2 596	2 694	3 497	3 826	329	9,4
Rückverteilung Lenkungsabgaben	147	130	132	576	573	483	-89	-15,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	955	785	778	807	896	981	86	9,6
Beiträge an eigene Institutionen	2 527	2 573	2 723	2 850	2 955	3 078	123	4,2

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	Differenz zu VA 2011 absolut	%
Beiträge an Dritte	9 744	12 668	13 279	13 608	14 312	14 852	540	3,8
Finanzausgleich	–	2 725	2 808	2 901	3 051	3 102	51	1,7
Internationale Organisationen	1 297	1 482	1 496	1 597	1 679	1 812	133	7,9
Übrige Beiträge an Dritte	8 447	8 461	8 976	9 110	9 582	9 938	356	3,7
Beiträge an Sozialversicherungen	13 417	13 582	14 280	14 493	15 521	15 671	151	1,0
AHV / IV / ALV	10 187	10 524	10 915	11 053	11 810	11 856	46	0,4
Übrige Sozialversicherungen	3 230	3 058	3 365	3 439	3 711	3 815	105	2,8
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 966	3 861	4 065	4 302	4 219	4 355	136	3,2
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	372	372	203	259	52	378	327	633,6
Finanzaufwand	4 013	3 864	3 341	3 299	3 012	2 789	-223	-7,4
Zinsaufwand	3 635	3 334	3 042	2 902	2 886	2 602	-284	-9,8
Anleihen	3 096	2 939	2 785	2 679	2 493	2 314	-179	-7,2
Geldmarktbuchforderungen	228	165	9	2	160	79	-81	-50,7
Übriger Zinsaufwand	312	230	248	221	234	210	-24	-10,3
Kursverluste	54	77	26	54	–	–	–	–
Kapitalbeschaffungsaufwand	143	134	128	122	126	113	-12	-9,9
Abnahme von Equitywerten	–	7	5	95	–	–	–	–
Übriger Finanzaufwand	181	312	140	126	–	73	73	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	98	63	11	22	–	64	64	–

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012	2007-2012
Ordentlicher Ertrag	6,2	10,4	0,2	-1,0	-2,4	3,2	2,0
Fiskalertrag	1,9	12,0	-2,2	1,7	-0,8	4,6	2,9
Direkte Bundessteuer	8,1	13,8	2,1	0,0	-1,9	6,9	4,0
Verrechnungssteuer	-30,8	111,0	-8,3	-18,1	-14,3	12,9	8,9
Stempelabgaben	3,5	-0,5	-5,7	1,8	-3,7	-11,1	-3,9
Mehrwertsteuer	3,5	4,2	-3,3	4,2	3,8	5,1	2,8
Übrige Verbrauchssteuern	1,7	1,9	-3,2	4,4	-2,0	-0,2	0,1
Verkehrsabgaben	4,0	6,0	-1,1	4,6	-2,7	8,0	2,9
Zölle	1,3	-2,2	1,6	4,5	-5,5	3,9	0,4
Verschiedener Fiskalertrag	7,6	2,2	-8,1	97,9	5,9	-3,3	13,7
Regalien und Konzessionen	5,2	-3,5	5,1	2,5	-3,4	-30,8	-7,0
Finanzertrag	172,7	-7,7	12,2	-20,5	-34,0	-15,4	-14,4
Beteiligungsertrag	-99,9	-31,9	-37,2	9,3	-80,7	137,5	-26,5
Zunahme von Equitywerten	-	-2,9	20,6	-15,5	-56,5	5,0	-14,7
Übriger Finanzertrag	131,7	-15,9	-3,9	-32,4	34,3	-35,4	-13,9
Übriger Ertrag	32,7	6,8	46,9	-37,7	-1,6	0,3	-0,7
Entgelte	4,8	8,7	-10,2	-7,0	-6,3	6,3	-2,0
Verschiedener Ertrag	585,8	1,1	233,3	-64,6	9,2	-11,6	2,8
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	-	-91,3	1 978,9	262,0	-78,7	-82,6	-24,6
Ordentlicher Aufwand	18,1	4,2	2,0	2,9	4,6	2,8	3,3
Eigenaufwand	16,9	19,1	4,6	0,9	6,6	-0,2	6,0
Personalaufwand	3,9	0,2	6,9	0,2	6,1	3,2	3,3
Sach- und Betriebsaufwand	20,7	16,2	9,5	-1,2	3,3	2,2	5,8
Rüstungsaufwand	-0,9	5,2	-10,9	-8,6	34,0	-22,7	-2,4
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	-	183,4	-0,7	12,7	1,0	1,2	26,5
Transferaufwand	20,6	1,6	2,9	3,7	5,1	4,1	3,5
Anteile Dritter an Bundeserträgen	6,5	-14,0	-4,0	8,3	8,0	6,6	0,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	-3,1	-17,8	-0,9	3,7	11,0	9,6	0,5
Beiträge an eigene Institutionen	21,8	1,8	5,8	4,7	3,7	4,2	4,0
Beiträge an Dritte	0,3	30,0	4,8	2,5	5,2	3,8	8,8
Beiträge an Sozialversicherungen	5,0	1,2	5,1	1,5	7,1	1,0	3,2
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-	-22,3	5,3	5,8	-1,9	3,2	-2,6
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	-	0,0	-45,3	27,5	-80,1	633,6	0,4
Finanzaufwand	-2,2	-3,7	-13,6	-1,2	-8,7	-7,4	-7,0
Zinsaufwand	-9,0	-8,3	-8,8	-4,6	-0,6	-9,8	-6,5
Abnahme von Equitywerten	-	-	-15,8	1 632,4	-100,0	-	-
Übriger Finanzaufwand	238,5	38,3	-43,9	2,9	-58,4	48,2	-13,2
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	-	-36,2	-82,1	97,3	-100,0	-	-8,3

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

C04 Struktur von Ertrag und Aufwand

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Voranschlag 2012
Ordentlicher Ertrag	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskalertrag	89,4	90,6	88,5	90,9	92,3	93,6
Direkte Bundessteuer	26,5	27,3	27,9	28,2	28,3	29,3
Verrechnungssteuer	4,7	9,0	8,2	6,8	6,0	6,5
Stempelabgaben	5,2	4,6	4,4	4,5	4,4	3,8
Mehrwertsteuer	33,9	32,0	30,9	32,5	34,6	35,2
Übrige Verbrauchssteuern	12,7	11,7	11,3	12,0	12,0	11,6
Verkehrsabgaben	3,5	3,3	3,3	3,5	3,5	3,6
Zölle	1,8	1,6	1,6	1,7	1,6	1,7
Verschiedener Fiskalertrag	1,0	1,0	0,9	1,8	1,9	1,8
Regalien und Konzessionen	2,3	2,0	2,1	2,2	2,2	1,4
Finanzertrag	5,1	4,3	4,8	3,9	2,6	2,1
Beteiligungsertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	3,2	2,8	3,4	2,9	1,3	1,3
Übriger Finanzertrag	1,9	1,5	1,4	1,0	1,3	0,8
Übriger Ertrag	3,2	3,1	4,5	2,8	2,9	2,8
Entgelte	2,4	2,4	2,1	2,0	1,9	2,0
Verschiedener Ertrag	0,8	0,7	2,4	0,9	1,0	0,8
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	0,0	0,0	0,1	0,2	0,0	0,0
Ordentlicher Aufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenaufwand	17,6	20,2	20,7	20,3	20,7	20,1
Personalaufwand	8,3	8,0	8,3	8,1	8,2	8,3
Sach- und Betriebsaufwand	6,0	6,6	7,1	6,9	6,8	6,7
Rüstungsaufwand	2,2	2,2	1,9	1,7	2,2	1,6
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	1,2	3,4	3,3	3,6	3,5	3,4
Transferaufwand	74,8	72,9	73,5	74,1	74,5	75,5
Anteile Dritter an Bundeserträgen	15,9	13,1	12,3	13,0	13,4	13,9
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,8	1,4	1,3	1,4	1,4	1,5
Beiträge an eigene Institutionen	4,7	4,5	4,7	4,8	4,8	4,8
Beiträge an Dritte	17,9	22,4	23,0	22,9	23,0	23,3
Beiträge an Sozialversicherungen	24,7	24,0	24,7	24,4	25,0	24,5
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	9,1	6,8	7,0	7,2	6,8	6,8
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,1	0,6
Finanzaufwand	7,4	6,8	5,8	5,6	4,8	4,4
Zinsaufwand	6,7	5,9	5,3	4,9	4,6	4,1
Abnahme von Equitywerten	–	0,0	0,0	0,2	–	–
Übriger Finanzaufwand	0,7	0,9	0,5	0,5	0,2	0,3
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	0,2	0,1	0,0	0,0	–	0,1

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008.

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2012

Mio. CHF	Total Voranschlag 2012	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	63 988	22	46	103	523	135	62 673	314	172
Fiskalertrag	59 914	–	–	–	395	–	59 483	–	36
Direkte Bundessteuer	18 759	–	–	–	–	–	18 759	–	–
Verrechnungssteuer	4 186	–	–	–	–	–	4 186	–	–
Stempelabgaben	2 445	–	–	–	–	–	2 445	–	–
Mehrwertsteuer	22 550	–	–	–	–	–	22 550	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 435	–	–	–	–	–	7 435	–	–
Verkehrsabgaben	2 323	–	–	–	–	–	2 323	–	–
Zölle	1 060	–	–	–	–	–	1 060	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 156	–	–	–	395	–	725	–	36
Regalien und Konzessionen	925	–	–	–	–	–	695	196	34
Finanzertrag	1 365	0	–	1	0	0	1 331	32	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	840	–	–	–	–	–	840	–	–
Übriger Finanzertrag	525	0	–	1	0	0	491	32	1
Übriger Ertrag	1 779	22	46	102	128	135	1 159	86	102
Entgelte	1 253	22	46	101	107	65	760	74	79
Verschiedener Ertrag	526	0	0	1	21	70	398	12	23
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	5	–	–	–	–	–	5	–	–
Ordentlicher Aufwand	63 847	374	2 693	20 890	1 985	4 990	16 436	6 508	9 971
Eigenaufwand	12 804	374	705	551	606	4 771	2 775	501	2 521
Personalaufwand	5 282	302	524	331	382	1 618	1 433	341	351
Sach- und Betriebsaufwand	4 295	72	173	213	179	1 861	963	149	685
Rüstungsaufwand	1 037	–	–	–	–	1 037	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 190	1	8	6	46	255	379	11	1 484
Transferaufwand	48 190	–	1 988	20 339	1 379	219	10 809	6 006	7 449
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 874	–	–	–	381	–	7 630	–	863
Entschädigungen an Gemeinwesen	981	–	–	34	836	74	–	3	34
Beiträge an eigene Institutionen	3 078	–	–	2 415	–	–	–	33	630
Beiträge an Dritte	14 852	–	1 965	2 561	143	139	3 180	5 308	1 556
Beiträge an Sozialversicherungen	15 671	–	–	15 236	–	–	–	435	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 355	–	–	93	19	6	–	143	4 094
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	378	–	22	–	–	–	–	84	272
Finanzaufwand	2 789	–	–	–	–	0	2 788	–	1
Zinsaufwand	2 602	–	–	–	–	0	2 601	–	1
Übriger Finanzaufwand	186	–	–	–	–	–	186	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	64	–	–	–	–	–	64	–	–

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2011

Mio. CHF	Total Voranschlag 2011	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
Ordentlicher Ertrag	62 019	19	41	81	500	107	60 506	481	284
Fiskalertrag	57 268	–	–	–	405	–	56 827	–	36
Direkte Bundessteuer	17 547	–	–	–	–	–	17 547	–	–
Verrechnungssteuer	3 707	–	–	–	–	–	3 707	–	–
Stempelabgaben	2 750	–	–	–	–	–	2 750	–	–
Mehrwertsteuer	21 450	–	–	–	–	–	21 450	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 448	–	–	–	–	–	7 448	–	–
Verkehrsabgaben	2 150	–	–	–	–	–	2 150	–	–
Zölle	1 020	–	–	–	–	–	1 020	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 196	–	–	–	405	–	755	–	36
Regalien und Konzessionen	1 336	–	–	–	–	–	1 139	168	29
Finanzertrag	1 613	0	–	1	0	0	1 363	248	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	–
Zunahme von Equitywerten	800	–	–	–	–	–	800	–	–
Übriger Finanzertrag	813	0	–	1	0	0	563	248	1
Übriger Ertrag	1 774	19	41	80	95	107	1 148	65	219
Entgelte	1 179	19	41	79	81	58	773	55	73
Verschiedener Ertrag	594	0	0	1	14	49	375	10	146
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	29	–	–	–	–	–	29	–	–
Ordentlicher Aufwand	62 116	373	2 561	20 518	1 907	5 274	15 742	6 011	9 729
Eigenaufwand	12 829	373	702	525	585	5 059	2 651	481	2 452
Personalaufwand	5 120	296	520	319	371	1 617	1 314	338	343
Sach- und Betriebsaufwand	4 205	77	176	200	166	1 828	958	137	665
Rüstungsaufwand	1 341	–	–	–	–	1 341	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 163	1	6	6	48	273	379	6	1 444
Transferaufwand	46 275	–	1 859	19 993	1 322	215	10 082	5 530	7 275
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 321	–	–	–	415	–	6 953	–	953
Entschädigungen an Gemeinwesen	896	–	–	33	755	71	–	3	33
Beiträge an eigene Institutionen	2 955	–	–	2 307	–	–	–	32	617
Beiträge an Dritte	14 312	–	1 836	2 473	134	139	3 129	5 138	1 463
Beiträge an Sozialversicherungen	15 521	–	–	15 097	–	–	–	424	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 219	–	–	83	18	5	–	140	3 974
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	52	–	23	–	–	–	–	-207	236
Finanzaufwand	3 012	–	–	–	–	0	3 010	–	2
Zinsaufwand	2 886	–	–	–	–	0	2 884	–	2
Übriger Finanzaufwand	126	–	–	–	–	–	126	–	–